



Bayerisches Landesamt für
Gesundheit und Lebensmittelsicherheit



**Festschrift zum 100. Jahrestag
der Gründung der Veterinärpolizeilichen
Anstalt in Oberschleißheim im Jahr 1914**

Für eine bessere Lesbarkeit haben wir bei manchen Personenbezeichnungen auf ein Ausschreiben der weiblichen Form verzichtet. Selbstverständlich sind in diesen Fällen Frauen und Männer gleichermaßen gemeint.

Herausgeber: Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL)
Eggenreuther Weg 43, 91058 Erlangen
Telefon: 09131 6808-0
Telefax: 09131 6808-2102
E-Mail: poststelle@lgl.bayern.de
Internet: www.lgl.bayern.de
Bildnachweis: Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL)
Fotolia.com: Seite 14 (© kartos), Seite 76 (© RFsole),
Seite 106 (© Stefan Körber), Seite 113 (© Artalis),
Veterinäramt Ostallgäu
Druck: Kaiser Medien GmbH, Nürnberg
Stand: September 2014
© Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
alle Rechte vorbehalten
Gedruckt auf Papier aus 100 % Altpapier
ISBN: 978-3-945332-15-3 Druckausgabe
ISBN: 978-3-945332-16-0 Internetausgabe

Diese Druckschrift wird kostenlos im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von den Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zweck der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden. Bei publizistischer Verwertung – auch von Teilen – wird um Angabe der Quelle und Übersendung eines Belegexemplars gebeten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte sind vorbehalten. Die Broschüre wird kostenlos abgegeben, jede entgeltliche Weitergabe ist untersagt. Diese Broschüre wurde mit großer Sorgfalt zusammengestellt. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit kann dennoch nicht übernommen werden. Für die Inhalte fremder Internetangebote sind wir nicht verantwortlich.



BAYERN | DIREKT ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung. Unter Tel. 089 12220 oder per E-Mail unter direkt@bayern.de erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskunft zu aktuellen Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu Behörden, zuständigen Stellen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.



**Festschrift zum 100. Jahrestag
der Gründung der Veterinärpolizeilichen Anstalt in Oberschleißheim im Jahr 1914.
Eine zusammenfassende Darstellung, basierend auf der Dissertation
„Zur Geschichte der Veterinärpolizeilichen Anstalt in Oberschleißheim,
ab ihrer Gründung im Jahr 1914 bis zur Bayerischen Landesanstalt für Tierseuchen-
bekämpfung“ von Dr. Katharina Rosalinde Daniela Laubenbacher-Freudenstein.**

Ergänzt durch eine Autorengruppe der AG Historie im LGL.

Inhaltsverzeichnis

Grußwort Staatsministerin Ulrike Scharf.	10
Vorwort Präsident Dr. Andreas Zapf.	12
Einleitung	15
Die Entwicklung der Tierseuchenbekämpfung vor Gründung der Veterinärpolizeilichen Anstalt (ab dem 18. Jahrhundert)	18
Die Gründungszeit der Veterinärpolizeilichen Anstalt (ab 1871)	20
Politische und gesellschaftliche Situation.	20
Die Gründung der Veterinärpolizeilichen Anstalt durch Prof. Leonhard Vogel.	22
Die VPA während des Ersten Weltkrieges	28
Politische und gesellschaftliche Situation	28
Die Lage der VPA (1914 - 1918).	28
Aufgaben der VPA (1914 - 1918)	28
Rotzdiagnostik.	30
Rotlauf-Bekämpfung	33

Inhaltsverzeichnis

Die VPA in den Zwanziger- und Dreißigerjahren	36
Politische und gesellschaftliche Situation	36
Die Lage der VPA (1920 - 1940).	36
Aufgaben (1920 - 1940)	40
Rotlauf-Bekämpfung	41
Maul- und Klauenseuche-Bekämpfung	42
Die Seuchenzüge von 1920 und 1937	42
Die VPA während des Zweiten Weltkrieges	44
Politische und gesellschaftliche Situation	44
Die Lage der VPA (1939 - 1945).	45
Aufgaben	45
Rotlauf-Bekämpfung	46
Die VPA in der Nachkriegszeit (1945 - 1948)	51
Politische und gesellschaftliche Situation	51
Die Lage der VPA (1945 - 1948).	51
Aufgaben	56

Inhaltsverzeichnis

Die Umbenennung zur Bayerischen Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung	56
Die Bayerische Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung	
von den Fünfziger- bis in die Siebzigerjahre	60
Aufgaben	66
Bornasche Krankheit der Pferde	67
Bienenseuchen	67
Brucellose-Bekämpfung	68
Bekämpfung der Tuberkulose	68
Das Landesuntersuchungsamt Südbayern (LUA Süd)	77
Von den 70ern bis in die 90er Jahre	78
Die Lage der LUA Süd	78
Organisation	80
EDV	82
Personal	82
Qualitätssicherung	83
Veterinärmedizin	84
Tierseuchen	86
Rinder-Leukose (ERL)	86
Infektiöse Bovine Rhinotracheitis (IBR / IPV / BHV 1)	88

Inhaltsverzeichnis

Brucellose (Seuchenhaftes Verwerfen)	89
Bovine Virusdiarrhoe/Mucosal Disease (BVD/MD)	90
Aujeszkysche Krankheit (AK)	91
Klassische Schweinepest, Europäische Schweinepest (KSP, ESP)	92
Psittakose	94
Tollwut	94
Tuberkulose (TBC)	98
Leptospirose	98
Bienenseuchen	98
Parasitologie	100
Lebensmittel	101
Gründung des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL)	107
Spezialeinheit Lebensmittelsicherheit (SE)	110
TIZIAN	111
VISkompakt	112
Umstrukturierung/ Umressortierung 2008	114
Akkreditierung	114
Spezialeinheit Infektionshygiene	115
Betriebliches Gesundheitsmanagement	116
Bayerisches Aktionsbündnis gegen Antibiotikaresistenzen (BAKT)	116

Inhaltsverzeichnis

Verbraucherinformationsgesetz (VIG)	118
Gründung neuer Dienststellen	119
Wichtige veterinärmedizinische Themen	120
BSE.	120
Bovine Virusdiarrhoe/Mucosal Disease (BVD/MD)	123
Infektiöse Bovine	
Rhinotracheitis (IBR / IPV / BHV 1)	124
Blauzungenkrankheit	
(Bluetongue Disease, Bluetongue, BT)	125
Schmallenberg-Virus (SBV)	126
Tuberkulose	127
Ansteckende Blutarmut der Einhufer	
(Equine infektiöse Anämie, EIA)	128
Tollwut.	130
Geflügelpest/Vogelgrippe	132
Die Ausbildung Veterinärmedizinisch-technischer	
Assistenten (MTA-V) in Oberschleißheim.	135

Inhaltsverzeichnis

Die Leiter der Veterinärpolizeilichen Anstalt	138
Prof. Dr. med. vet. Wilhelm Ernst	138
Dr. med. vet. Ludwig Drescher.	140
Prof. Dr. med. vet. Alfred Beck	141
Prof. Dr. med. vet. Hugo Grau	143
Prof. Dr. med. vet. Hans Schellner.	145
Der Leiter der bayerischen Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung	147
Prof. Dr. med. vet. Georg Beck	147
Die Präsidenten des Landesuntersuchungsamtes Südbayern.	149
Professor Dr. Dr. h.c. Erich Coduro.	149
Dr. Sigurd Henner	150
Dr. Dr. Peter Moritz	152
Der erste Präsident des LGL	153
Prof. Dr. med. Volker Hingst	153
Ausblick	154
Danksagung	156

Grußwort der Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz



100 Jahre im Dienst der Gesundheit von Mensch und Tier: Das ist ein stolzes Jubiläum. Die vorliegende Festschrift lädt ein, in die Geschichte der „Veterinärpolizeilichen Anstalt Oberschleißheim“ einzutauchen - die erfolgreiche Geschichte von Tiergesundheit, Tierseuchenbekämpfung und Lebensmittelsicherheit in Bayern seit Anfang des 20. Jahrhunderts.

Name und Aufgaben der „Veterinärpolizeilichen Anstalt“ haben sich in den letzten 100 Jahren mehrfach geändert und weiterentwickelt. Geblieben aber ist über all die Jahrzehnte ein wesentliches Ziel:

Gesunde Lebensmittel von gesunden Tieren für gesunde Menschen!

Und noch eines hat sich bis heute als „roter Faden“ erhalten: Der Anspruch, wissenschaftlich und methodisch stets einen Schritt voraus zu sein. Höchst modern war schon damals der Gedanke, die Kräfte in der Tierseuchenbekämpfung zu bündeln und dafür eine zentrale Fach- und Koordinierungsstelle zu schaffen. Heute ist das LGL die interdisziplinäre Fachbehörde für Lebensmittelsicherheit, Human- und Veterinärmedizin in Bayern.

Grußwort der Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz

Seine profunde Sachkunde und hervorragende Arbeit sind bundesweit anerkannt und geschätzt. Die Analytik ist auf neuestem Stand.

Mit der Akademie für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit ist das LGL zudem die zentrale Bildungseinrichtung im Geschäftsbereich. Die Eingliederung des Landesamts für Arbeitsschutz und die Gründung der „Spezialeinheit Lebensmittelsicherheit“ haben die fachliche Tiefe und die Schlagkraft des Landesamts weiter gesteigert.

„Stets am Puls der Zeit“ – nach diesem Motto geht das LGL auch in die Zukunft. Das Wiederauflammen bereits besiegt geglaubter Krankheiten oder neue Tierseuchen bringen täglich neue Herausforderungen. Hier bewährt sich das Landesamt jeden Tag aufs Neue. Das Landesamt spielt auch eine wichtige Rolle bei Aufgaben von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung: Aktuell koordiniert das LGL zum Beispiel das Bayerische Aktionsbündnis für eine Reduzierung von Antibiotikaresistenzen. Es leistet damit einen wesentlichen Beitrag dazu, die Wirksamkeit von Antibiotika gegen gefährliche Infektionskrankheiten bei Mensch und Tier zu bewahren.

Herzlichen Dank an alle, die durch ihre Arbeit und ihr enormes Engagement zum Erfolg dieser für ganz Bayern wichtigen Einrichtung beitragen. Als zuständige Ministerin bin ich froh, mich auf das LGL und seine hoch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlassen zu können. Für die Zukunft wünsche ich dem Landesamt alles Gute und weiter viel Erfolg. Bayern kann sich glücklich schätzen, eine solche Einrichtung zu besitzen!

Ulrike Scharf MdL

Bayerische Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz

Grußwort des Präsidenten



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

der Grundstock des Bayerischen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) wurde vor 100 Jahren mit der Errichtung der veterinärpolizeilichen Anstalt in Oberschleißheim gelegt. Noch heute ist der vor 100 Jahren errichtete historische Altbau mit seiner Fassade und der Turmuhr der Blickfang in dem inzwischen großen Areal der LGL-Dienststelle in Oberschleißheim. Die eigenen Wurzeln zu kennen ist immer Voraussetzung für die verantwortungsvolle Arbeit in die Zukunft. Das 100-jährige Jubiläum der veterinärpolizeilichen Anstalt haben wir zum Anlass genommen, die Geschichte und

die verschiedenen Entwicklungsstufen der Untersuchungseinrichtung in Oberschleißheim wissenschaftlich aufzuarbeiten. So bildet die Dissertation „Zur Geschichte der veterinärpolizeilichen Anstalt in Oberschleißheim ab ihrer Gründung im Jahr 1914 bis zur Bayerischen Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung“ die Grundlage der Ihnen vorliegenden Festschrift. Für die Vorbereitung des Jubiläums wurde eine Arbeitsgemeinschaft „Historie am LGL“ unter Einbindung aktiver und im Ruhestand befindlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegründet, die in liebevoller Detailarbeit Archive

Grußwort des Präsidenten

durchkämmt, Dokumente gesichtet und mündliche Berichte niedergeschrieben haben. So war die Erstellung dieser Festschrift ein von viel Enthusiasmus getragener Prozess. Mein besonderer Dank gilt dieser sehr engagierten Autorengruppe.

Die Geschichte zeigt, dass einige Themen sich in ihrer Aktualität wie etwa die Tuberkulose über die Jahre nicht verändern und dass gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen wie die beiden Weltkriege die Arbeit maßgeblich beeinflussten. Auch heute ist eine ständige Weiterentwicklung und Neuausrichtung durch Faktoren wie die Globalisierung oder die Zunahme des internationalen Reiseverkehrs erforderlich. Integrierte staatliche Untersuchungseinrichtungen sind auch in Zukunft unverzichtbar.

Die Basis für das Fortbestehen und den Erfolg einer Behörde sind ihre kompetenten und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Unsere Experten haben in den vergangenen 100 Jahren unter teils schwierigen Bedingungen vieles bewegt und mit großer Kompetenz und großem Engagement Tiergesundheit und

den Verbraucherschutz gesichert. Ihnen gelten ebenfalls mein Dank und meine Anerkennung.

Bedanken darf ich mich auch bei allen politisch Verantwortlichen in Bayern, die das Landesamt über den gesamten Zeitraum sehr unterstützt und gefördert haben.

Ich wünsche Ihnen beim Lesen von 100 Jahre LGL-Geschichte viel Freude und neue Erkenntnisse.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Andreas Zapf".

Dr. Andreas Zapf

Präsident des Bayerischen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit



Einleitung

Das heutige Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit in Erlangen, mit Dienststellen in Oberschleißheim, München, Würzburg, Nürnberg und Schwabach ist als „zentrale Fachbehörde des Freistaats Bayern für Lebensmittelsicherheit, Gesundheit, Veterinärwesen und Arbeitsschutz/Produktsicherheit“ mittlerweile ein unverzichtbarer Bestandteil des Gemeinwesens. In dieser Funktion beurteilt es Gesundheitsgefahren für die Bevölkerung und den Viehbestand, informiert die Verbraucher und unterstützt die amtliche Lebensmittelüberwachung, den öffentlichen Gesundheitsdienst, das amtlichen Veterinärwesen und die Arbeitsschutzverwaltung in Bayern. Eine weitere Aufgabe des Landesamtes besteht darin, Verbraucher vor Irreführung und Täuschung zu schützen und Forschungsprojekte in Kooperation mit Herstellern, Hochschulen und Behörden zu erarbeiten.

Der Grundstein dieser bedeutenden Einrichtung wurde vor mittlerweile 100 Jahren mit der Gründung der Veterinärpolizeilichen Anstalt (VPA) in Oberschleißheim gelegt. Ausgangspunkt war also eine Anstalt zur Bekämpfung von Tierseuchen. Doch warum sind Erkrankungen bei Tieren so wichtig für den Menschen? Zum einen, weil Nutztiere wichtige Lebensmittelquellen darstellen und Seuchen, die einen Teil des Bestandes dahinraffen, zu einer Lebensmittelknappheit führen können. Und zum anderen, weil etliche Tierkrankheiten auf den Menschen übertragen werden können (sogenannte Zoonosen). Ein bis heute wichtiges Beispiel stellt die Tuberkulose dar, die vom Tier auf den Menschen, aber auch umgekehrt übertragen werden kann. Dieser enge Zusammenhang erklärt auch, warum Tierärzte mit der Überwachung von Lebensmitteln tierischen Ursprungs (wie Fleisch, Wurst, Milch, Milchprodukte, Eier, Fisch, Honig) betraut wurden.

**Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt
zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung**

Das Ziel dieser Festschrift ist es, die bedeutendsten Phasen der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der VPA in Oberschleißheim beziehungsweise der Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung und des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit anlässlich des 100-jährigen Bestehens im Jahr 2014 darzulegen. Als Grundlage diente die Dissertation aus dem Jahr 2013 von Katharina Rosalinde Daniela Laubenbacher-Freudenstein mit dem Titel:

„Zur Geschichte der Veterinärpolizeilichen Anstalt in Oberschleißheim, ab ihrer Gründung im Jahr 1914 bis zur Bayerischen Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung“.

Erweitert wurde diese Festschrift um die Entwicklung bis heute und um einen Ausblick. Aufgrund wesentlicher, sowohl von politischen als auch gesellschaftlichen Ereignissen geprägten Entwicklungen, die die VPA im Laufe der Geschichte erlebte, wurde der Hauptteil der vorliegenden Arbeit in bestimmte Zeiträume gegliedert, wobei jedes Kapitel mit einem kurzen Überblick über die politische, gesellschaftliche und landwirtschaftliche Situation in Deutschland eingeleitet wird.

Im Weiteren wird in jedem Kapitel die finanzielle, bauliche, fachliche und personelle Situation geschildert.

Im Anschluss daran werden die beruflichen Werdegänge der einzelnen Leiter dargestellt, deren Lebensläufe und Verdienste in engem Zusammenhang mit der Geschichte der VPA stehen.

**Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt
zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung**



*Im Vordergrund: Das Hauptgebäude,
1914 direkt nach der Dienstaufnahme*

Die Entwicklung der Tierseuchenbekämpfung vor Gründung der Veterinärpolizeilichen Anstalt (ab dem 18. Jahrhundert)

Grundlage für eine funktionierende Tierseuchenbekämpfung und damit für die Arbeit der VPA waren die Seuchenvorschriften.

Aus Mangel an wissenschaftlichen Dokumentationen und geschulten Personen war die staatliche Fürsorge im Bereich der Tierseuchenbekämpfung im 18. Jahrhundert noch sehr gering. Selbstverständlich wurde auch damals schon versucht, die Bevölkerung und ihr Vieh vor Seuchen zu schützen. Die wichtigsten Maßnahmen dabei waren: Vergraben der toten Tiere, Einfuhrsperrungen, Beschränkungen von Personen- und Tierverkehr und drakonische Strafen einschließlich Androhung des Galtens. Die weitverbreitete Meinung führender Humanmediziner war es noch bis Ende des 18. Jahrhunderts, dass die Tierseuchenbekämpfung eine Aufgabe der Mediziner und deswegen ein selbstständiger tierärztlicher Beruf nicht notwendig sei. Allerdings hielten es aber genau die Mediziner meist für anrüchig, Tiere selbst zu behandeln, weshalb man dies üblicherweise Hufschmieden, Wasenmeistern oder Stallmeistern überließ.

Es scheint, dass die Bedeutung und Bedrohung der Viehseuchen für den Menschen lange Zeit verkannt wurden. Auch aufgrund der Probleme mit Seuchen kam es jedoch im Laufe des 18. Jahrhunderts zur Gründung von Ausbildungsstätten für Veterinäre. Erst mit Eintritt in die wissenschaftliche Phase der Tiermedizin, deren Mittelpunkt die Einrichtung tierärztlicher Ausbildungsstätten bildete, entwickelte sich der Gedanke der Viehseuchenbekämpfung. Dabei wurde dem Pferd besonderes Augenmerk geschenkt, denn nach wie vor war es für Marstall und Militär unverzichtbar, doch auch die um sich greifenden Tierseuchen der Rinder wie Rinderpest und Lungenseuche wollte man nun, da sie für die heimischen Bestände eine immer größere Bedrohung darstellten, bekämpfen.

1810 wurde im organischen Edikt über das Veterinärwesen in Bayern bestimmt, dass unter anderem Kurse über Seuchenbekämpfung absolviert werden mussten, es wurden Vorkehrungen gegen die Ausbreitung von Tierseuchen und Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen in Fällen von Krankheitsausbrüchen

vorgeschrieben. Außerdem sollte in München aus der bisherigen „Thierarznei-Schule“ eine „Central-Veterinär-Schule“ für das ganze Königreich errichtet werden. Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts konnte jeder Schüler, unabhängig von seiner bisherigen Schullaufbahn Student der Tiermedizin werden, doch ab den Vierzigerjahren des 19. Jahrhunderts wurde von den künftigen Studenten eine höhere Vorbildung gefordert. Trotz dieser Neuerungen fehlte es dennoch an fachkundigen Personen, da es auch weiterhin am Verständnis für die Ursachen und Verbreitung von Seuchen mangelte.

Jenem Zustand wurde durch die Entwicklung der Bakteriologie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, vor allem durch die grundlegenden Arbeiten von Robert Koch und Louis Pasteur, ein Ende gesetzt. Dazu kam die Einsicht in die Notwendigkeit einer einheitlichen Tierseuchenbekämpfung im deutschen Wirtschaftsraum. So wurde im Artikel 4 der Reichsverfassung vom 16. April 1871 bestimmt, dass die Medizinal- und Veterinärpolizei und damit die Tierseuchenbekämpfung dem Reich unterlagen. Doch es dauerte noch einige Jahre, bis das „Reichsgesetze vom 23. Juni 1880 (geändert und ergänzt am 1. Mai 1894),

betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen“ erlassen wurde. Aber nicht nur die neuen wissenschaftlichen Fortschritte, auch der Viehverkehr, der durch das mittlerweile besser ausgebauten Schienennetz immer mehr zunahm, und die dadurch größere Gefahr von Seuchenverschleppungen forderten eine Bearbeitung des Tierseuchengesetzes. Die Bemühungen führten letztlich zur Konzeption eines neuen Gesetzes, nämlich des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519), das am 1. Mai 1912 in Kraft trat. In diesem Gesetz wurde der Präventivgedanke deutlich hervorgehoben. Es regelte das Verfahren zur Bekämpfung übertragbarer Viehseuchen, mit Ausnahme der Rinderpest. Als Vieh im Sinne dieses Gesetzes galten „alle nutzbaren Haustiere, ausschließlich der Hunde, der Katzen und des Geflügels“. In den folgenden Jahren und Jahrzehnten wurden am Viehseuchengesetz vom 26. Juni 1909 Änderungen vorgenommen. Dies war nötig, da die wissenschaftlichen Erkenntnisse von Jahr zu Jahr zunahmen und sich 1957 mit Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der Tierhandel und -markt vom nationalen zu einem internationalen Markt entwickelte. Außerdem kam man zu dem Entschluss, dass in diesem Gesetz auch die umgangssprachlich als Haustiere bezeichneten

Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung

Arten bzw. Gattungen, wie Hunde, Katzen, Pferde, Bienen und Fische, berücksichtigt werden mussten.

Mit der Aufnahme der Veterinärmedizin 1871 in die Verfassung des Deutschen Reichs wird eine Neuordnung des Veterinärwesens möglich,

das in Bayern in den Jahren 1872/73 reorganisiert wurde. Den dabei aufgestellten Landes-, Kreis- und Bezirkstierärzten fiel die Aufgabe zu, „die Tierseuchen nach den Direktiven des Reichsviehseuchengesetzes und der erlassenen Instruktionen zu bekämpfen.“

Die Gründungszeit der Veterinärpolizeilichen Anstalt (ab 1871)

Politische und gesellschaftliche Situation

Eng verbunden mit der politischen Situation war die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Deutschen Reiches, das sich nach Reichsgründung im Jahr 1871 immer mehr von einem Agrarstaat zu einem Industrie- und Großstaatstaat wandelte. Die Industrialisierung erforderte eine starke Zuwanderung von Arbeitskräften, sodass die Bevölkerungszahl in Deutschland rasant anstieg. Scharenweise zog es Menschen von den Agrargebieten in die anwachsenden Industriezentren. Schnell wurden in den Städten Wohnviertel errichtet, jedoch konnte der Bau neuer Wohnungen mit der Bevölkerungsexplosion nicht standhalten. Zimmer wurden überbelegt, noch nicht fertig gestellte Wohnungen frühzeitig bezogen und aus Profitgier Wohnblöcke dicht aneinander gebaut. Die mehrmals überbelegten Wohnungen trugen

dazu bei, dass sich ansteckende Krankheiten, wie die Tuberkulose ausbreiten konnten. Die Hauptursachen für die Verbreitung der Tuberkulose waren jedoch der sorglose Umgang mit der Milch betroffener Kühe und die unzureichende Fleischbeschau, beziehungsweise die Nichtbeachtung der festgestellten Mängel. Ungenießbares Fleisch wurde für den Verzehr nicht zugelassen, jedoch nur selten unschädlich gemacht, sondern unbehandelt und zu niedrigen Preisen verkauft.

Die Konsequenzen musste, wie so oft, vor allem die arme Bevölkerungsschicht tragen.

Deutschland entwickelte sich bis 1914 zur größten Industrieland Europas. Doch trotz Industrialisierung und Urbanisierung blieb Deutsch-

Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung



Links: Vermutlich Stallgebäude im Bau



Mitte: Blick aus dem Innenhof auf die Stallgebäude



Rechts: Die „Direktorenvilla“ im Bau 1913,
jetzt EDV-Zentrale des LGL

land auch eines der wichtigsten Agrarländer in Europa. So war die Tierzucht einerseits aus der Volkswirtschaft nicht mehr wegzudenken, andererseits bestand die Gefährdung durch Tierkrankheiten und -seuchen. Im 18. Jahrhundert sollen in Deutschland 28 Millionen, in ganz Europa 200 Millionen Rinder der Rinderpest zum Opfer gefallen sein. Doch nicht nur Tierseuchen waren die Ursache für Hungersnot, in Kriegszeiten musste die Bevölkerung zudem ihre für den Ackerbau und Transport so dringend benötigten Pferde dem Militär zur Verfügung stellen. 1870 hatte die deutsche Armee 250.000 Pferde im Dienst. In solchen Zeiten wurde die Zivilbevölkerung dadurch schwer getroffen – es fehlten sowohl Nahrungsmittel und Arbeitstiere als auch der tierische Dünger, wodurch die Ernterträge dramatisch zurückgingen. Der Einzelne war gegen Seuchen und die dadurch bedingten

Verluste machtlos, sodass die Frage nach einem besseren staatlichen Schutz immer vordringlicher wurde.

Obwohl Deutschland wie kein anderes Land in Europa seinen Viehbestand seit Beginn des 20. Jahrhunderts stark vergrößert hatte, kam es Ende 1910 dennoch zu Engpässen in der Fleischversorgung. Die Ursachen waren sowohl in einem Mangel an Futtermitteln durch schlechte Ernten, als auch in Preiserhöhungen unter anderem durch die Steuerpolitik und staatliche Auflagen zu suchen.

Diese kurze Schilderung zeigt, dass die Gründung der Veterinärpolizeilichen Anstalt in eine Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs und einer sehr angespannten wirtschaftlichen Situation fiel.

Die Gründung der Veterinärpolizeilichen Anstalt durch Prof. Leonhard Vogel

Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts stellten sich Erfolge des ersten Reichsviehseuchengesetzes vom 23. Juni 1880 ein. So gelang es beispielsweise, die Lungenseuche des Rindviehes vollständig zu tilgen, desgleichen auch die Pocken bzw. gelegentliche Neuausbrüche dieser Seuche schnell zu unterdrücken. Auch Meldun-

gen von Rotzerkrankungen bei Pferden gingen immer weiter zurück. Doch neben all diesen Erfolgen hatte das 1880 erlassene Gesetz beim Kampf gegen zahlreiche Tierseuchen, wie die Schafräude, den Milzbrand oder die Maul- und Klauenseuche auch Niederlagen zu verzeichnen. Außerdem war die Bekämpfung von



*Prof. Dr. Leonhard Vogel: Tierarzt,
geboren am 12. November 1863
im fränkischen Rothenburg ob der Tauber*

Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung

Seuchen des Geflügels und der Schweine, insbesondere aber der Tuberkulose der Rinder noch nicht gesetzlich geregelt, sodass diese sich immer weiter ausbreiten konnten. Eine Überarbeitung des Viehseuchengesetzes, bei der Leonhard Vogel (Abb. 1) eine wichtige Rolle spielte, war dringend notwendig.

Leonhard Vogel wurde am 12. November 1863 im fränkischen Rothenburg ob der Tauber geboren. Nach kurzer tierärztlicher Tätigkeit kam er mit 26 Jahren ins Bayerische Innenministerium und war von 1903 - 1913 als Veterinärreferent (Landestierarzt) von Bayern tätig. Er begann das bayerische Veterinärwesen neu zu organisieren und die Bildung der Tierärzte zu heben, beispielsweise mit der Einführung des Abiturs als Bedingung für das tierärztliche Studium, dem Promotions- und Habilitationsrecht und Anschluss der Tierärztlichen Hochschule an die Universität. Nachdem er das Veterinärwesen geordnet und modernisiert hatte, machte er sich an die planmäßige Förderung der Tierzucht. Er gab die Leitung des Veterinärreferats ab und richtete im Innenministerium ein Tierzuchtreferat ein, dem er als „Landes-Tierzucht-Inspektor“ und Ministerialrat vorstand. 1912 wurde Vogel zum Professor an die landwirtschaftliche Abteilung der technischen Hochschule berufen. Diese Stelle konnte er

jedoch aufgrund des Kriegsausbruchs nicht antreten. Ab dem 1. September 1919 folgte er dem Ruf an die Tierärztliche Fakultät und hatte dort das Amt des Ordinarius für Tierzucht und Veterinärpolizei bis zu seiner Emeritierung am 1. Mai 1934 inne. Er starb 1942.

Die damals bestehenden Gesetze wurden von Vogel in Zusammenarbeit mit den führenden Personen auf diesem Gebiet – dem badischen Landestierarzt August Lydtin in Karlsruhe und Robert von Ostertag in Stuttgart – durch detaillierte Durchführungsverordnungen ergänzt.

Allerdings war die Ausführung der Seuchen- vorschriften nur mit polizeilicher Hilfe möglich – was zwar keine sehr demokratische Methode, aber gegenüber den konservativen „und in Alt-bayern auch gegenüber dem Staat grundsätzlich obstinaten Bauern“ die einzige wirksame war. Im Laufe seiner Arbeit und Bemühungen erkannte Vogel, dass die Impfung und somit die Impfstoffherstellung ein unverzichtbarer Teil der Prävention war. Daher leitete er in den Jahren 1909 und 1910 Verhandlungen ein, deren Ziel es war, eine VPA zu errichten. Man beschloss, dass in Schleißheim ein entsprechend „modernes vorbildliches Veterinär-Untersuchungsamt“ geschaffen werden und

als einziges in Deutschland die Bezeichnung „Veterinärpolizeiliche Anstalt (VPA) erhalten sollte. So konnte die Berliner Tierärztliche Wochenschrift am 4. Juli 1912 berichten, dass „der Finanzausschuss der bayerischen Abgeordnetenkammer für die Errichtung einer veterinärpolizeilichen Anstalt 450.000 M. genehmigt hatte.“

Die VPA wurde auf dem zum Königlichen Remontedepot gehörigen, sogenannten „Barackenanger“, einem Grundstück mit einer Fläche von 6 Tagwerk in Schleißheim bei München errichtet. Die Anstalt war durch ein Industriegleis mit dem nahen Bahnhof verbunden. Die gesamte überbaute Grundfläche betrug rund 1.690 m². Im Jahr 1913 erschien in der Tierärztlichen Rundschau eine Beschreibung der VPA, der ersten derartigen Anstalt im Deutschen Reich, die sämtliche bekannte Tierkrankheiten in ihren Untersuchungsbereich aufnehmen sollte. Hier hieß es auch, dass die ganze Anstalt voraussichtlich bis Herbst 1913 fertiggestellt und beziehbar sein sollte. Jedoch konnte dieser Termin nicht eingehalten werden.

Dass die „im Stile der Kurfürstenzeit reizend ausgeführte Gebäudegruppe“ großes Aufsehen erregte, wird aus einem Bericht, der am

Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung

29. März 1914 in der Tierärztlichen Rundschau erschien, deutlich: „Infolge der reichen Gliederung der ganzen Anlage macht diese schon von weitem einen sehr wirkungsvollen Eindruck. Das 36 Meter lange und 17 Meter breite Hauptgebäude ist mit einem reich ausgestatteten Hauptportal geschmückt, über dem sich eine Kartusche mit dem bayerischen Wappen befindet und eine Balkonbalustrade mit geringer Ausladung hervortritt. Das Dach ist mit einem Turme bekrönt, der eine Jos. Mannhardtische Uhr in sich birgt und mit Schindeln gedeckt ist, die in der Sonne wie Silber glänzen. Beim Eingang in das Gebäude fällt die schöne Stuckdecke und die Stiege mit ihrem steigenden Rabitzgewölbe in die Augen.“ In diesem Artikel wurde auch die Aufteilung der Stockwerke und Räume genauer geschildert: „Die Keller enthalten die Heizungsanlagen, das Erdgeschoss Seziersaal mit Verbrennungsofen, Präparier- und Baderäume und ein großes Lokal für Versuchstiere, dann die Hausmeisterwohnung. Das erste Obergeschoss ist bestimmt für Laboratorien, enthält die Nährbodenküche, Desinfektions- und Sterilisierungsräume und solche für Wutschutzstoff- und Serumbereitung. Das zweite Obergeschoss endlich ist vorgesehen für die Serodiagnose, die Bibliothek und Bureaus, außerdem ist dort der 64 Quadratmeter große

Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung

Kurssaal untergebracht. An der westlichen Straßenfront liegen Stallgebäude mit hübschen Ventilationstürmchen, in denen die Räume für die Beobachtungs- und geimpften Tiere, dann für die kleinen Versuchstiere sich befinden. Das östlich gelegene 14 Meter lange und 15,5 Meter breite Gebäude enthält die Dienstwohnungen; zu den beiden Eingängen führen Freitreppen.“

Als gärtnerischer Schmuck wurde in der Hauptsache Rasen gepflanzt, was den Vorteil hatte, dass sich die VPA so auch einen Teil der benötigten Heu- und Grasmenge für die Verpflegung der Tiere sichern konnte. Sowohl die Abwässer aus dem Betriebsgebäude als auch die der Stallungen wurden gesammelt, gereinigt und desinfiziert.

In einem Zeitungsartikel vom 29. April 1914 wurde angekündigt, dass die Eröffnung der VPA nicht wie geplant im Mai, sondern erst im September 1914 stattfinden werde, da sich die Bauarbeiten verzögert hatten. Es war beabsichtigt, ab Juni 1914 zumindest einen vorläufigen Betrieb aufzunehmen. Zunächst sollten die Untersuchungen, die bislang in einem Zimmer der Tierärztlichen Hochschule ausgeführt worden waren, in das neue VPA-Gebäude verlegt werden. Bis September 1914, so hoffte man,

sollte mit dem vollen Betrieb im Neubau begonnen werden. Laut königlicher Verordnung vom 5. Juni 1913 fiel der Anstalt in der Hauptsache die Aufgabe zu, „bei der Bekämpfung der Tierseuchen mitzuwirken,“ was bedeutete, dass die VPA unter anderem bei der Feststellung von Tierseuchen helfen, Impfstoffe herstellen, Schutz- und Heilverfahren nachprüfen sowie Landwirte und Tierärzte aufklären sollte. Die Anstalt ist dem Staatsministerium des Innern unmittelbar unterstellt.

Als Leiter der neu errichteten VPA empfahl Vogel den städtischen Amtstierarzt Dr. Wilhelm Ernst. Mit dieser Ernennung sollte Ernst auch mit der Stelle des Direktors der VPA betraut werden. Neben der Stelle des Direktors waren an der neu errichteten VPA natürlich noch weitere Stellen zu besetzen. Vom 1. Juli 1914 an wurden ein Hausmeister, ein Sekretär und ein Diener I. Ordnung, der in Laborarbeiten und der Bedienung der technischen Geräte ausgebildet war, angestellt.

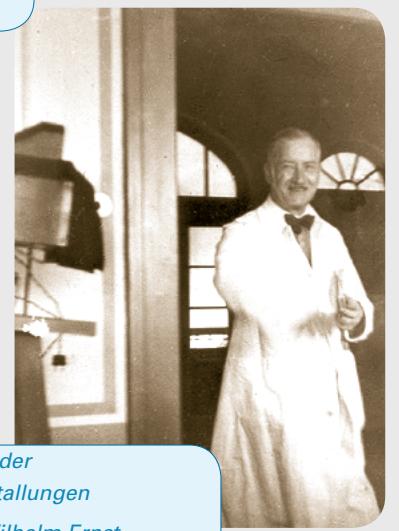
Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung



Links: Ostansicht, Hauptgebäude
Rechts: Toreinfahrt von Westen mit Rückansicht Pferdestallungen



Links: Nordansicht der Schweine- und Kleintierstallungen
Rechts: Prof. Dr. med. vet. Wilhelm Ernst, der erste Direktor der VPA, trägt zeitgemäß im Dienst Fliege zum Laborkittel



Die VPA während des Ersten Weltkrieges

Politische und gesellschaftliche Situation

Der Kriegsausbruch hatte vor allem für die Landwirtschaft weitreichende Folgen. Schon im Januar 1915 verschlimmerte sich die Ernährungslage dermaßen, dass die Getreidevorräte nicht einmal mehr für die Selbstversorgung Deutschlands ausreichten. Alle Weizen- und Roggenvorräte wurden von der staatlichen Kriegsgetreidegesellschaft beschlagnahmt. Die Frontsoldaten mussten aber auch mit Fleisch versorgt werden, sodass auch Fleischwaren immer knapper und teurer wurden. Es kam zu Hungerkrawallen. Die Situation für die Bevölkerung spitzte sich bis Januar 1916 derart zu, dass Lebensmittel immer öfter gehortet wurden, obwohl die Regierung genau das durch Festsetzung von Höchstpreisen verhindern wollte. Einen Monat später gab es kein Fleisch mehr zu kaufen. Der Winter 1917 wurde zum so genannten „Kohlrübenwinter“. Rund 750.000 Menschen in Deutschland starben aufgrund von Mangelernährung.

Die Lage der VPA (1914 - 1918)

Die Situation, die im Deutschen Reich herrschte, wirkte sich auch auf das Arbeits- und Betriebsleben der VPA aus. Die Ausgaben für Futtermittel, Kleintiere und beispielsweise Heizmaterial, die für die Aufrechterhaltung des täglichen Anstaltsbetriebes unverzichtbar waren, stiegen ins Unermessliche. Ohne die dringend erforderlichen Labortiere war jedoch vor allem die Bekämpfung der kriegsbedingten Tierseuchen, die auch noch nach der Demobilisation 1918 ein erhebliches Problem darstellten, nicht zu bewältigen. Dass die VPA gleich zu Beginn ihres Schaffens auf Personal, das zum Kriegsdienst eingezogen wurde, verzichten musste, erschwerte die Situation zusätzlich.

Aufgaben der VPA (1914 - 1918)

Die Hauptaufgaben bestanden darin, die bedrohlichsten Tierseuchen durch Diagnostik und Impfung einzudämmen. Besonders sind dabei zu nennen der Rottz der Einhufer und der Rottlauf der Schweine.



Hauptgebäude der VPA im Jahr 1913

Rotzdiagnostik

Kaum war die VPA bezogen, da stellte sie der Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor die erste große Herausforderung – die Bekämpfung des Rotzes der Einhufer. Bei der Rotzerkrankung, auch Malleus genannt, handelt es sich um eine bakterielle Infektionskrankheit, die durch den Erreger *Burkholderia mallei* hervorgerufen wird und deren Krankheitsausbruch sich vor allem durch hohes Fieber, Lymphknotenschwellung und blutig-eitrige Geschwüre zeigt. Da es sich um eine Zoonose, also um eine auf den Menschen übertragbare Erkrankung handelt, die ohne medizinische Behandlung der betroffenen Personen meist tödlich verläuft, stellt der Rotz auch für den Menschen eine große Gefahr dar. Vor allem in Kriegszeiten bildete Rotz eines der Hauptprobleme. Ein Großteil der infizierten Pferde zeigt zunächst keine offensichtlichen Symptome, so ist eine Ansteckung etwa über gemeinsam genutzte Tränken leicht möglich. Eine frühzeitige Diagnose und Isolierung befallener Tiere war vor Entdeckung geeigneter Diagnostika oft unmöglich. War ein Pferd an Rotz erkrankt, so musste es laut den damals geltenden Rotzbekämpfungsvorschriften getötet werden.

Man wusste, dass die Seuche nur durch die Ausschaltung von Ansteckungsmöglichkeiten und somit der kranken Pferde bekämpfbar und dieses Vorgehen umso effektiver war, je schneller man die rotzkranken Pferde identifizierte konnte. Folgende Mittel standen zur Verfügung, um infizierte Pferde schon vor Auftreten typischer Symptome zu erkennen: die Anwendung des Malleins, um eine allergische Reaktion bei infizierten Pferden nachzuweisen (Mallein-Augenprobe), die Blutuntersuchung nach Schütz und die Testung potenziell infektiösen Materials am Meerschweinchen. Durch die Zusammenarbeit der Zivilverwaltungs- und Militärbehörden und der zuständigen Tierärzte mit der VPA in Oberschleißheim wurde der Rotz in Bayern erfolgreich bekämpft: Ab November 1916 bis zur Demobilisierung des Heeres gab es keine Meldungen! Jedoch muss man bedenken, dass zu dieser Zeit die meisten Pferde im Ausland waren und erst nach der Demobilisierung zurückkehren sollten. Es wurde damit gerechnet, dass etwa 140.000 Pferde über den Friedensetat nach Bayern zurückkommen sollten. Wie viele Tiere davon an Seuchen erkrankt waren, konnte im Voraus jedoch nur annähernd abgeschätzt werden. Die erfolgreiche Rotzbekämpfung im Ersten Weltkrieg war mit erhebli-



Oben links:
Rotzerkrankung beim Menschen – der Patient
hat sich am Pferd infiziert.

Oben rechts:
Mallein-Augenprobe zur Diagnostik beim Pferd

Unten rechts:
Hautrotz beim Pferd, historisches,
anatomisches Feuchtpräparat



Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung

chen Schwierigkeiten verbunden. So stiegen die Preise für Labortiere im Vergleich zu Friedenszeiten um das Vier- bis Zehnfache. Darüber hinaus besaß die VPA keine geeigneten Zuchttstellungen, um die groß organisierte Rotzbekämpfung, für die täglich zwei bis drei Meerschweinchen benötigt wurden, zu gewährleisten. Da die Rotzbekämpfung unter anderem zur Erhaltung der Einsatzbereitschaft des Heeres beitrug, fragte Ernst 1917 beim Innenministerium an, ob man den bestehenden Notstand in der Beschaffung an Versuchstieren nicht durch eigene Zucht beseitigen könne.

Für die Unterbringung des Mehrbedarfs an Versuchstieren würde ein Neubau benötigt. Mit dem Bau wurde Anfang 1918 begonnen. Ein weiteres Problem ergab sich daraus, dass ein Teil der Armee die Durchführung der Blutuntersuchung für nicht möglich hielt und deshalb die Mallein-Augenprobe angeordnet hatte, deren Ergebnisse aber oft sehr schwierig zu beurteilen waren und auch noch 24 Stunden lang beobachtet werden mussten. Die Ergebnisse der Blutuntersuchungen dagegen konnten von einem zentralen Institut bewertet werden, und auch die daraus resultierende zentrale Leitung der Bekämpfungsmaßnahmen sprachen für die Blutuntersuchung.

Durch die unerwartet schnelle Demobilisation im November 1918 wurden, wie das Innenministerium schon 1917 vorausgeahnt hatte, tatsächlich vermehrt Rotzfälle eingeschleppt. So wurde mit den einzelnen Truppenteilen vereinbart, dass vor Abgabe von Pferden die Blutuntersuchung stattfinden und nur, falls das nicht möglich war, die Malleinaugenprobe durchgeführt werden sollte: Aufgrund dieser Probleme war es nach Beendigung der Heeresauflösung nötig, die Maßnahmen durch periodische Pferderevisionen oder durch einmalige Blutentnahme bei allen Zivil- und Militärpferden zu vervollkommen.

Mit der Demobilmachung, als tausende von der Westfront zurückkehrende Militärpferde dem Blutuntersuchungsverfahren zugeführt wurden, und abermals tausende von den Truppenteilen an die Landwirtschaft als ‚Beobachtungspferde‘ und ‚ansteckungsverdächtige Pferde‘ abgegebenen Tiere zu untersuchen waren, wuchs die Zahl der täglich eingehenden Proben stark an.

Insgesamt wurden allein im Jahre 1918 79.177 Blutproben von 60.398 Pferden untersucht. Der Erfolg der Arbeit war, dass bei keinem einzigen Militärpferd, das im Jahre 1918

Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung

nach vierjähriger Kriegsdauer zurückgekehrt war, eine Rotzinfektion festgestellt werden konnte. Obwohl das Deutsche Reich gegenüber fast allen außerdeutschen Ländern abgesperrt war, kam es dennoch durch Pferdetransporte aus Nachbarländern zu einer Verbreitung der Seuche in Zivilbeständen, jedoch konnte mit Hilfe des Blutuntersuchungsverfahrens die Seuche in wenigen Wochen getilgt werden obwohl die Pferde in viele Distriktsverwaltungsbezirke verstreut waren.

In der Zwischenzeit gingen weitere Aufgaben auf die VPA über. So stellte diese ab Ende 1915 Rauschbrandimpfstoff her und wurde mit der Untersuchung von Rauschbrandverdachtsfällen beauftragt.

Rotlauf-Bekämpfung

Schon gut 20 Jahre vorher hatte eine weitere Seuche – der Schweinerotlauf – für Unruhen gesorgt, weil seine weite Verbreitung die Schweinehaltung in manchen Gebieten fast unmöglich machte. Erst eine bedeutende tierärztliche Errungenschaft auf dem Gebiet der Mikrobiologie, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte Simultanimpfung nach Lorenz, konnte dem Schrecken der Seuche Einhalt gebieten.

Durch den Ministerialerlass vom 29. September 1916 wurde die VPA mit der Herstellung von Rotlaufserum beauftragt, doch erst im Jahre 1917 wurde mit der Serumherstellung begonnen. Zu diesem Zweck wurden Pferde mit dem Rotlauferreger infiziert und aus ihrem Blut dann der Impfstoff gewonnen.

Allerdings war der Bedarf weitaus größer als die staatliche Produktion, sodass ein großer Teil der angeforderten Impfstoffe durch die Anstalt zugekauft werden musste. Doch dies stellte nur einen von vielen Posten im Bereich der Ausgaben dar. Zu Mehrausgaben kam es durch zusätzlich für die Rotzbekämpfung eingesetztes Personal, Verbrauchsmittel, v. a. Versuchstiere und die Kosten für die vorzeitig aufgenommene Herstellung von Rotlaufserum.

Aus dem Verkauf von Tieren, die nicht für Versuchszwecke geeignet waren oder deren Zahl durch Züchtung den Bedarf des Betriebes überstieg, oder von landwirtschaftlichen Erzeugnissen wie Eiern oder Mist konnten Einnahmen in Höhe von 250 Mark erzielt werden. Die Ausgaben überschritten die Einnahmen aber um ein Vielfaches. Darüber hinaus wurden sämtliche Untersuchungen kostenlos durchgeführt, sodass auch aus

Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung

diesem enormen Auftragsgebiet keine Gewinne zu erzielen waren. Die Auswirkungen des Krieges verschärften die ohnehin schon angespannte finanzielle Situation der VPA zusätzlich. Auch bei größter Sparsamkeit konnte eine Überschreitung des Etats nicht vermieden werden. Die Inflation tat ein Übriges, so waren Preiserhöhungen von bis zu 1.000 Prozent beispielsweise für Versuchstiere keine Seltenheit. Im Juni 1918 schrieb Ernst an das Innenministerium, dass mit einer Überschreitung des Etats für die Geschäftsbedürfnisse um die Summe von rund 25.000 M zu rechnen sei. Das Innenministerium kam der Bitte des Direktors nach und bewilligte diesen Kredit.

Nachdem im Herbst 1914 die Gebäude der VPA eingeweiht worden waren, konnten nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges nur noch kleinere Baumaßnahmen durchgeführt werden. Für diese Arbeiten wurden auch Kriegsgefangene herangezogen.

Im Jahr 1918 wurden Stallungen für die Zucht von kleinen Labortieren gebaut, dabei wurden für das vorgesehene Gebäude neben den Einzelställen und Käfigen noch ein Isolierstall, ein Hantierungsraum, eine Futterkammer und ein Lagerraum für Heu- und Futtervorräte eingeplant. Außerdem wurde in den Plänen schon eine möglicherweise später notwendig werdende Vergrößerung des Stallgebäudes berücksichtigt. Die Kriegssituation beeinflusste nicht nur die Aufgaben der VPA sondern wirkte sich auch auf den Personalbestand aus, da sowohl Ernst, als auch andere wichtige Mitarbeiter einberufen wurden. Es mussten Hilfskräfte eingestellt werden, um den Betrieb aufrechterhalten zu können. Am 30. Januar 1915 wurde Ernst zur Übernahme der Leitung der Anstalt zurückbefohlen, sodass sich der bisherige „stellvertretende Leiter“ wieder praktisch an den Blutuntersuchungen beteiligen konnte. Nach und nach erfolgten weitere Abkommandierungen von Tierärzten an das Remontedepot Schleißheim zur Dienstleistung an der VPA. Das Innenministerium und die VPA waren sich im Gegensatz zum Kriegsministerium, darin einig, dass für das Personal vor allem „militärfreie Personen“ berücksichtigt werden sollten, da die Anstellung nicht für kürzere sondern für längere Zeit erfolgen sollte, um die Arbeit der Anstalt nicht durch Personalwechsel zu stören.

Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung

<h1 style="margin: 0;">Antrag auf Gestellung von Kriegsgefangenen.</h1>	
<small>(Nur der hier markierte Teil ist von der Gemeindebehörde auszufüllen.)</small>	
<small>(Nur durch die Militärbehörde auszufüllen.)</small>	
<p>Widrige des Auftragstellers: <i>K. Landbauamt München für die K. Kriegsgefangenen in Würzburg, Kompt. 2</i></p> <p>Begleitamt: <i>München</i> Rückfahrtsopton: <i>Fliegerpfeife</i></p> <p>Unterbringung soll erfolgen in den nächstgelegenen, für jetzt noch unbekannten, Kriegsgefangenen- quartier des K. Kriegsgefangenen-Offizial in Fliegerpfeife.</p> <p>Die Besitzung übernimmt: <i>Der K. K. Kriegsgefangener</i></p> <p>Die Ausei. soll beginnen am: <i>1. Oktober 1915.</i></p> <p>Beauftragte Zahl der Kriegsgefangenen: <i>20 Männer</i></p>	
<p>Arbeitgeber und Arbeit</p> <p><i>K. Kriegsgefangener in München Würzburg im Oberhaupt des K. Land- bauamtes München die jetzt Würzburg der Kompt. für die K. Kriegsgefangenen- kompt. Offizial Kriegsgefangenen- Quartierung Würzburg soll.</i></p>	
<p>Bescheinigungen des Bezirksamts</p> <p>a) Das Bezirksamt wird informiert, dass mein Arbeitgeber oder Belegschaftsmitarbeiter über dem Kompt. für die Kriegsgefangenen unterliegt auswartige Rechte, welche durch die Entstehung der Besitzungen Kriegsgefangenen nicht verhindert werden.</p> <p>b) Gegen die in Würzburg gewonnein Unterbringung und Ver- sorgung sind Sicherheit, Schmiede- und sonstige politi- sche Bedenken nicht zu erheben.</p> <p>c) Einrichtung der Kriegsgefangenenlager und dem Ziel,</p> <p>Bank wird Das Kriegsgefangen wird durch das Bezirksamt aufgezogen, benannt, zum Würzburger Landstall und über Wege und Plätze im Würzburger Land unterzubringen werden.</p> <p>d) Die geistige Behandlung an den nächsten Tagen zu be- obachten ist erforderlich, dass die Kriegsgefangenen nach Rückkehr ihres Dienstes, zu überprüfen.</p>	
<p>Mit Dringlichkeitser- vermerk weiterge- geben an dasstell- vertretende Genera- lkommando in</p> <p><i>Fliegerpfeife</i> <i>zu überprüfen.</i></p>	
<p><i>München den 21. September 1915.</i></p> <p><i>W. [Signature]</i></p> <p>Weitergegeben an das Kompt. Bezirksamt am <i>21. September 1915.</i></p>	
<p><i>Würzburg den 21. 9. 1915.</i></p> <p>St. Bezirksamt: <i>Würzburg</i></p>	
<small>(*) Mit dieser/er/ihnen ist einheitlich.</small>	
<small>(Vom Transportführer und Gemeinde- [Gemeinde] Verwandt auszufüllen.)</small>	
<p>Die Kriegsgefangenen werden gestellt vom:</p> <p>Auf dem Kriegsgefangenenlager:</p> <p>Dieleben treffen ein:</p> <p>Transport- und Wachkommando:</p> <p>Von Bezirksamt und der Auftragstelle sind benachrichtigt am: <i>1915.</i></p>	
<p>Der Transportführer und Gemeinde- [Gemeinde] Verwandt auszufüllen.)</p> <p>Angetroffen am:</p> <p>Unterbringung:</p> <p>Der Transportführer ist in Kenntnis der Bekleidungswaren über- zeugt worden, dass es bei Auslieferung seiner Würde - abgesehen von den Fällen der Auslieferung - nicht zu einer Verhinderung der Auslieferung kommt, dass die Bekleidung von Kriegsgefangenen über einer festen wechselseitigen Verabredung der Transportfirma, Landesverordneten, nach der Würzburger Land zu werden, und gegen gewordene Abrechnung zu entrichten und vom Transportführer ausreichende Auslieferung und sofortige Zurückgabe ausreichend bestätigt werden kann, auch ja freie.</p>	
<small>(Transportführer: <i>W. [Signature]</i> Bürgermeister: <i>W. [Signature]</i>)</small>	
<small>(Zurückgesandt am: <i>01.10.1915.</i>)</small>	

*Antrag des Königlichen Landbauamts München
auf Gestellung von Kriegsgefangenen*

Die VPA in den Zwanziger- und Dreißigerjahren

Politische und gesellschaftliche Situation

Das Ende des Ersten Weltkrieges und die Ausrufung der Weimarer Republik am 9. November 1918 ließ die Bevölkerung auf eine Verbesserung der katastrophalen Lebensumstände der vergangenen Jahre hoffen. Jedoch mussten die Menschen täglich mit den Auswirkungen des Krieges leben und erkennen, dass sich die Versorgungslage so schnell nicht bessern würde. Viele Menschen, vor allem Kinder, fielen Krankheiten wie der Tuberkulose zum Opfer. Unzählige Familien konnten sich Fleisch, Eier, Milch oder Gemüse überhaupt nicht mehr leisten. Für radikale Parteien und extremistische Gruppierungen waren die politische Instabilität und die soziale Armut eine ideale Ausgangslage. Obwohl die Landwirtschaft weiterhin ein wichtiger Bestandteil der deutschen Wirtschaft war, nahm die Verschuldung der Bauern zu. Die Landflucht hielt auch während der Weimarer Republik an. Der Bevölkerungsanteil der Großstädte wuchs bis 1933 auf ungefähr 30 %, wodurch sich die Wohnungsnot dramatisch zuspitzte. Dazu kam die 1929 eintretende Weltwirtschaftskrise.

Die Lage der VPA (1920 - 1940)

Die prekäre Finanzlage Deutschlands bedeutete auch für die VPA eine starke Beeinträchtigung des Arbeitsbetriebes, es kam zur Überschreitung der genehmigten Mittel: so waren zum Beispiel Pferde, die so dringend für die Serumherstellung gebraucht wurden, nun erstens nur schwer und zweitens nur zu horrenden Preisen erhältlich. Schaffte es die VPA dennoch, Pferde zu erwerben, war ihre Versorgung mit ausreichend Futter das nächste Problem. Der Betrieb konnte 1918/19 nur durch mehrere Vorschüsse des Ministeriums aufrechterhalten werden. Das Staatsministerium der Finanzen hegte bezüglich dieser Forderungen im Hinblick auf die beängstigende Finanzlage des Staates große Bedenken, da die VPA den vorgesehenen Betrag für 1919 um 230 % überschritten hätte. Ernst rechtfertigte die Überschreitungen der geplanten Summe in einem Schreiben an das Innenministerium, indem er darauf hinwies, dass trotz der enorm hohen Überschreitung des Anstaltsetats das staatlich hergestellte Serum immer noch billiger als das im Privathandel gekaufte sei. Ernst regte statt einer Einschränkung des Anstaltsbetriebes eine derartige Erweiterung der VPA an, dass sie den Gesamt-

bedarf des Landes an Serum decken könnte und so die Ausgaben Bayerns für Rotlaufimpfstoffe gesenkt werden könnten. Eine Möglichkeit zur Senkung der Betriebskosten der Anstalt sah Ernst nur in einer Erhebung von Gebühren für Untersuchungen und für die Abgabe von Impfstoffen.

Nach der Währungsreform ging es der VPA finanziell zunächst relativ gut. 1924 überschritten die Einnahmen sogar die staatlichen Zuschüsse. Allerdings wollte das Finanzministerium wegen der Finanznot des Staates dennoch die Personalkosten senken. Die VPA konnte ihren Personal- und Betriebsaufwand 1924 selbstständig decken. Das Innenministerium sprach sich deshalb gegen einen Personalabbau aus, weil die Anstalt auch noch nicht die Grenzen ihres Tätigkeitsbereiches ausfülle, sich im Gegenteil noch im Ausbau und der Entwicklung befindet.

Ab dem Jahre 1929 stiegen die Jahreseinnahmen der VPA stetig an. Sie wären vermutlich noch höher ausgefallen, wäre es der Anstalt nicht untersagt gewesen, den hergestellten Impfstoff auch außerhalb Bayerns abzusetzen. An Nachfragen diesbezüglich mangelte es nicht. Obwohl die Einnahmen durch die Her-

stellung von Serum und Impfstoffen stiegen, war die VPA doch auf Zuschüsse aus der Staatskasse angewiesen, da auch die Ausgaben stetig zunahmen, bzw. nicht zurückgeschraubt werden konnten. Daher rechtfertigte sich Ernst damit, dass es für den Haushalt der Anstalt untragbar sei, dass die Anstalt mit Aufgaben in ständig steigender Zahl belastet werde, die sie zu erledigen habe, ohne dass man ihr Einnahmen zubillige. Stattdessen müsse die Anstalt den Ruf aushalten, ihren Betrieb nur durch staatlichen Zuschuss aufrechterhalten zu können. Allein im Jahr 1931 wurden 17.267 Proben kostenlos bakteriologisch und serologisch untersucht. Einnahmen konnte die VPA hauptsächlich durch gebührenpflichtige Untersuchungen und die Herstellung von Impfstoffen gegen Bezahlung, wie zum Beispiel Rotlaufimpfstoff, Rekonvaleszentenserum gegen Maul- und Klauenseuche und stallspezifische Impfstoffe, erzielen. So bot, wie Ernst 1932 feststellte, einzig und allein die Abgabe des Rotlaufserums im Hinblick auf die gegenwärtige Haushaltsgestaltung der Anstalt eine Möglichkeit, der Forderung der Staatsregierung auf Erhöhung der Einnahmen der Anstalt gerecht zu werden. Da es die damalige Situation der Landwirte nicht zuließ, die Preise für Rotlaufserum zu erhöhen, konnten die Einnahmen nur

Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung

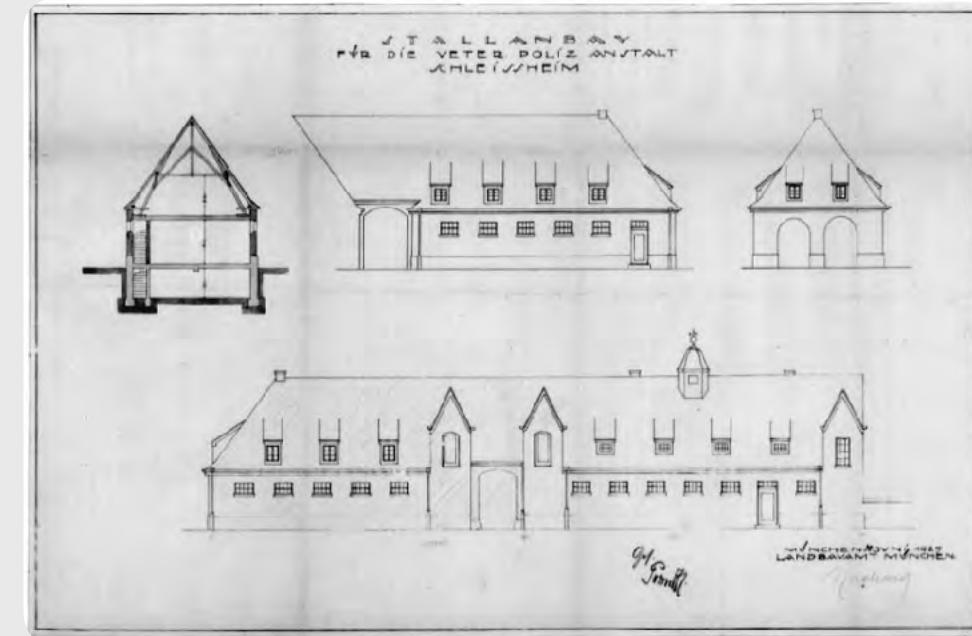
durch Erhöhung des Absatzes gesteigert werden. Seit dem Jahre 1930 war deshalb die Anstalt mit Genehmigung des Staatsministeriums des Innern dazu übergegangen, Rotlaufimpfstoffe auch außerhalb Bayerns abzusetzen. Dennoch war die VPA auf staatliche Zuschüsse angewiesen. Seit dem Jahr 1914 konnten die staatlichen Zuschüsse ohne Schwierigkeiten geleistet werden. Als die Weltwirtschaftskrise 1932 jedoch ihren Höhepunkt erreichte, wurde die finanzielle Unterstützung der VPA zu einer großen Belastung für den Staatshaushalt. Zum Glück erzielte die VPA in den Jahren 1931 und 1932 Überschuss und auch für 1933 schien ein ausgeglichener Haushalt möglich, obwohl sie in Anbetracht der Notlage der Landwirtschaft die Untersuchungsgebühren um bis zu 66 % ermäßigte. Erschwerend kam hinzu, dass vom Reich keine Zuschüsse mehr für wissenschaftliche Arbeiten geleistet werden konnten. Wie die finanzielle Lage der VPA für das Jahr 1933 tatsächlich aussah, lässt sich anhand der Akten nicht erschließen und auch für die Jahre 1934 bis 1937 liegen keine Angaben zum Haushalt der VPA vor.

Ein Ausbruch der Maul- und Klauenseuche im Jahr 1938 verschärfte die Situation. Das in der VPA hergestellte Rekonvaleszentenserum erfor-

derte einen Mehrbedarf an Geldmitteln, der nicht mit den eingeplanten Beträgen für das Jahr 1938 vereinbar war. Das Innenministerium befürwortete die unvermeidbaren Mehrausgaben vor dem Finanzministerium und argumentierte damit, dass die Überschreitungen durch Mehreinnahmen aus dem Verkauf von Serum im Allgemeinen wieder gedeckt würden. Im Jahr 1939 wurde die Maul- und Klauenseuche-Bekämpfung abgeschlossen. Insgesamt gingen, im Vergleich zum Jahr 1938, im Jahr 1939 sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben zurück.

Dass seit Januar 1933 eine nationalsozialistische Diktatur im Deutschen Reich herrschte, hatte natürlich auch Auswirkungen auf die VPA. So wurde gegen den damaligen Direktor der Anstalt, Ludwig Drescher 1934 ein Disziplinarverfahren wegen antinazistischer Äußerungen eingeleitet. Im Februar 1935 wurde das Arbeitsverhältnis zwischen der VPA und Drescher aufgelöst und dieser in den Verwaltungsbezirk Lichtenfels versetzt. Während dieser Übergangsphase übernahm Dr. med. vet. Franz Lang als stellvertretender Direktor die Leitung der Anstalt. Bis die Stelle am 26. November 1935 an Prof. Alfred Beck neu vergeben wurde. Ob Becks Zugehörigkeit zur NSDAP seit dem

Von der Bayerischen Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung Oberschleißheim zum Landesuntersuchungsamt für das Gesundheitswesen Südbayern



*Pferdestallungen, Blick vom Hauptgebäude
Richtung Norden, links westliche Toreinfahrt,
daneben der Isolierstall und ein Teil der Pferdestallungen.
An die „Blutungshalle“, die zur Immunisierung und
Gewinnung von Serum aus Pferdeblut genutzt wurde,
schloss sich die Schmiede mit der Tordurchfahrt und
das spätere „Rotzlabor“ an. Aufnahmejahr nicht genau
bekannt, vermutlich in den Zwanzigerjahren.*

Jahre 1933 und die Entlassung Dreschers, einem bekennenden Regime-Gegner, für die Anstellung Becks als Direktor ausschlaggebend war, lässt sich zwar vermuten, jedoch nicht belegen.

Nicht nur bei der Besetzung von Planstellen war eine Bescheinigung über die Mitgliedschaft der NSDAP erforderlich, sondern auch bei der Beschäftigung von Aushilfen war der Nachweis über die politische Zuverlässigkeit unerlässlich.

Aufgaben (1920 - 1940)

Durch den Ausbau der Anstalt hatten sich besondere Abteilungen herausgebildet.

- Die allgemeine Untersuchungsabteilung, deren Aufgabe es war, Kadaver und Kadaverteile zu untersuchen und pathologisch-anatomische und mikroskopische Arbeiten besonders im Zusammenhang mit Milzbrand, Rauschbrand, Wild- und Rinderseuche vorzunehmen. Des Weiteren wurden dort Untersuchungen auf Tuberkelbazillen durchgeführt. Die Abteilung stand unter Leitung des Veterinärrates Dr. Drescher, dem auch die Durchführung von Versuchen zur Erforschung der Maul- und Klauenseuche und die Vertretung des Direktors oblagen.

- Die Impfstoffabteilung unter der Leitung des Bezirkstierarztes Dr. Franz Lang. Allein im Jahr 1923 wurden in dieser Abteilung unter anderem 1.830 Liter Rotlaufserum und 5.000 Dosen Rauschbrandimpfstoff hergestellt. Daneben gab es eine Impfstoffabteilung zur Bekämpfung des seuchenhaften Verwerfens; deren Aufgabe war es, eingesandte Feten von Rindern, Pferden, Schafen und Schweinen zu untersuchen.
- Eine Nährboden-, sowie eine Sterilisations- und Reinigungsküche

Als neue Aufgaben kamen die Untersuchungen auf Milzbrand und Tollwut hinzu: Allerdings hatte Ernst Bedenken, ob das ohne Personalaufstockung bei dem Umfang der Tollwut in Bayern durchgeführt werden könnte, da Arbeiten mit auch für Menschen gefährlichen Erregern auf keinen Fall überhastet durchgeführt werden durften, da dadurch neben den zuverlässigen Arbeitsergebnissen auch die Gesundheit und das Leben der Mitarbeiter gefährdet würden.

Weiterhin stellte die Bekämpfung von Tierseuchen das Hauptaufgabengebiet.

Rotlauf-Bekämpfung

1917 wurde das Rotlaufserum nach der Methode der Tierimpfstoffgewinnungsanstalt in Mödling bei Wien hergestellt. Allerdings waren in der VPA dabei die Verluste an Serumpferden sehr hoch, so dass 1919 zur mildereren Lorenz'schen Herstellungsart übergegangen wurde.

Der Bedarf an Rotlaufserum stieg, so dass es 1922 trotz Überstunden und Sonntagsarbeit fast nicht möglich war, allen Bestellungen nachzukommen.

Im Sommer 1926 konnte das neue Stallgebäude in Betrieb genommen werden, wodurch 16 neue Pferde zur Rotlaufserumbereitung untergebracht werden konnten. Insgesamt besaß die VPA zu diesem Zeitpunkt 37 Pferde. Dies wirkte sich auch auf die Produktionskraft aus – 1927 war die Rotlaufserumherstellung um etwa 40 % höher als in den vorangegangenen Jahren. Auch in den darauf folgenden Jahren wurde die Nachfrage nach Rotlaufserum und Rotlaufkulturen immer größer. Welcher Arbeitsaufwand dahinter steckte, wird in einem Schreiben der VPA an das Innenministerium vom 4. Mai 1931 deutlich:

Rotlaufkulturen, werden nicht etwa im Großen gezüchtet, sondern müssen in einzelnen Ampullen von 5 bzw. 10 ccm hergestellt werden. Jede Ampulle muss von Hand versiegelt, etikettiert und verpackt werden.

Immerhin konnten für die Serumherstellung die Erfahrungen, die man im Rahmen der Herstellung des Maul- und Klauenseuchersums gesammelt hatte, angewandt werden. Aber auch die Abgabe von anderen Impfstoffen stieg – wenn auch nicht in dem Maße wie die Abgabe von Rotlaufserum. Um der angestiegenen Nachfrage nach Impfstoffen nachkommen zu können, musste die VPA ihren Pferdebestand im Frühjahr 1931 um weitere 15 Tiere aufstocken.

Maul- und Kluunseuche-Bekämpfung

Immer wieder wurde das Deutsche Reich von Seuchenzügen der Maul- und Kluunseuche (MKS) heimgesucht.

Die Seuchenzüge von 1920 und 1937

Besonders in den Jahren 1920 und 1937 grasierte die Seuche. In den Jahren 1920/21 fielen in Bayern 76.000 Rinder der MKS zum Opfer.

Vergleicht man den Verlauf des Seuchenzuges der Jahre 1911/12, mit dem die bayerischen Landwirte und Tierärzte bis zum Jahr 1913 zu kämpfen hatten ehe der Stand von 1910 wieder erreicht wurde, mit dem der Jahre 1920/21, in denen der Seuchenzug deutlich schneller unter Kontrolle gebracht werden konnte, ist offensichtlich, welch großen Stellenwert die neuen Erkenntnisse bezüglich des MKS-Erregers bzw. das an der VPA entwickelte Impfverfahren – auch als „Schleißheimer Verfahren“ bezeichnet – hatten.

Bis in die Zwanzigerjahre des 20. Jahrhunderts bestand die „Schutzimpfung“ gegen MKS darin, „Speichel von Tieren im Anfangsstadium der Erkrankung auf gesunde Tiere zu übertragen.“ Aufgrund des dramatischen Fortschreitens des Seuchenverlaufs entwickelte der Leiter

der VPA, Ernst, ein effizienteres Bekämpfungsverfahren, das „Schleißheimer Verfahren“, bei dem man den erkrankten Tieren zuerst Rekonvaleszentenblut subkutan injizierte und diese anschließend mit virulentem Speichel impfte.

Dieses Verfahren erwies sich in der Folge im gesamten Deutschen Reich und den angrenzenden Ländern als das einzige Verfahren, das in der Praxis Verluste und Schäden vermeiden und mindern konnte. Wie das Innenministerium dem Finanzministerium im Februar 1925 mitteilte, konnte das weitere Umsichgreifen der MKS in Bayern durch die Maßnahmen der VPA schnell verhindert werden:

Mehr als ein Jahrzehnt ließ sich die MKS dank der Schutzimpfung relativ gut unter Kontrolle halten. Doch 1937 häuften sich die Fälle derart, dass massenhaft Tiere der Seuche zum Opfer fielen und die Existenz vieler Landwirte gefährdet war. Die Herstellung von MKS-Serum musste beschleunigt werden, um eine weitere Ausbreitung der Krankheit einzudämmen. Deshalb wurde in einer stillgelegten Molkerei ein Behelfslaboratorium eingerichtet, in dem ein Teil des Arbeitsganges durchgeführt wurde.



*MKS beim Schwein:
Seuchenzüge 1920 und 1937*

Aufgrund der hohen Infektiosität des Erregers der MKS, hatten die Mitarbeiter, die das Blut entnahmen, einen ungewöhnlich hohen, aber nicht vermeidbaren Verbrauch von Wäsche, Kleidern und Schuhen, sodass die vorhandene Waschhausanlage nicht mehr genügte. Da ein Umbau nicht sinnvoll schien, wurde der Bau einer modernen Anlage im Pumpenhaus beschlossen.

Die Nachfrage nach MKS-Rekonvaleszentenserum stieg bis zum Frühjahr 1938 derart an, dass ab März 1938 zur Unterstützung der Arbeitskräfte aushilfsweise Personal eingestellt werden musste und die VPA Mitte Juli des Jahres 1938 bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen war. In allen von der

MKS heimgesuchten Gebieten wurden Blutentnahmekolonnen eingesetzt, an verschiedenen Orten Bayerns Behelfslabore errichtet. Rund zwei Monate später sah die Situation bezüglich der Rekonvaleszentenserumherstellung und -abgabe aber schon völlig anders aus, weil der Bedarf drastisch zurückging.

Insgesamt stellte die VPA im Jahr 1938 rund 320.000 Liter MKS-Rekonvaleszentenserum her. Bis zum Frühjahr 1940 waren die Bekämpfungsmaßnahmen der VPA so erfolgreich, dass ein Teil der in den Jahren 1937 und 1938 beschafften Ausstattung abgegeben werden konnte, da nicht davon ausgegangen wurde, dass diese in absehbarer Zeit wieder benötigt würden.

Die VPA während des Zweiten Weltkrieges

Politische und gesellschaftliche Situation

Der Beginn des Zweiten Weltkriegs im Herbst 1939 machte sich durch Einschränkungen in vielen Alltagssituationen auch abseits der Kampfgebiete bemerkbar. Ab jetzt war Benzin nur noch auf besondere Bezugsscheine erhältlich und private Fahrzeuge durften nur noch für spezielle Fahrten genutzt werden. Der Krieg

dauerte über Jahre an und die Stimmung unter der deutschen Bevölkerung litt immer mehr. Am 8. Mai 1945 endeten die zwölfjährige nationalsozialistische Herrschaft und der Zweite Weltkrieg, der weltweit fünfzig Millionen Menschen das Leben gekostet hatte, mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht.

Aufgaben

Je länger der Krieg dauerte, umso mehr Arbeitskräfte wurden aus der Landwirtschaft abgezogen. Kriegsgefangene oder zwangsweise nach Deutschland gebrachte Ostarbeiter konnten diesen Verlust nicht ausgleichen, sodass sich Ende 1942 Engpässe in der Lebensmittelversorgung bemerkbar machten. Die Kapitalknappheit machte es für den Großteil der Landwirte unmöglich, den Verlust ihrer Arbeitskräfte durch Mechanisierung zu kompensieren.

Die Lage der VPA (1939 - 1945)

In Friedenszeiten ganz alltägliche Dinge wurden in Zeiten des Krieges zu kostbaren Waren. So musste jetzt auf eine möglichst schnelle Rücksendung von Probengefäßen gedrängt werden, denn Glaswaren, Packmaterialien oder Flaschenverschlüsse aus Gummi oder Kork waren nur mit langen Lieferfristen und in beschränkter Stückzahl erhältlich. Deren ständige Neuanschaffung bedeutete für den Haushalt der VPA eine große und überflüssige Belastung.

Während des Jahres 1940 wurde die Errichtung eines weiteren Stallgebäudes auf dem Gelände der Anstalt notwendig. Schwierigkeiten beim Legen des Fundaments und die Kriegsverhältnisse allgemein vermehrten die Kosten noch zusätzlich.

Je länger der Krieg dauerte umso drastischer wirkte sich die Treibstoffknappheit aus, sodass es für die VPA immer schwieriger wurde, bei den aus Heeresbeständen abgegebenen Pferden die vorgeschriebenen Blutuntersuchungen durchzuführen.

Weil bei Bestellungen oft angezweifelt worden war, dass die VPA eine kriegswichtige Einrichtung sei, bestätigte das Innenministerium im März 1943, dass die Anstalt bei der Bekämpfung der Tierseuchen und bei der tierärztlichen Lebensmittelüberwachung mitwirke und im Rahmen dieser Aufgaben kriegswichtige Arbeit leiste. Neben den Schwierigkeiten, Treibstoff zu organisieren, wurde es immer beschwerlicher, Verbrauchsmaterialien wie Propangas oder Glaswaren zu beschaffen, sodass das Innenministerium am 14. März 1945 einen Antrag an den Reichsminister des Innern stellte und darum bat, die Veterinäruntersuchungsanstalten in die Dringlichkeitsstufe 1 einzureihen. Fast ein Monat verging, bis zur Mitteilung, dass durch die Einreihung in die Dringlichkeitsstufe 2 der Anstaltsbetrieb voraussichtlich weiter gewährleistet wäre. Auch während des Zweiten Weltkriegs ging die Bekämpfung von Tierseuchen weiter.

Rotlauf-Bekämpfung

Brachte der 2. Weltkrieg auch viele unüberbrückbare Schwierigkeiten für die VPA mit sich, so war zumindest die Versorgung der Anstalt mit Pferden, die der Serumgewinnung dienen sollten, bis 1940 geregelt. Durch eine Verfüzung des Wehrkreiskommandos war festgelegt worden, dass das Heer jedes Jahr ausgemusterte Pferde zum Abschätzungspreis an die VPA abgeben musste. Bis Anfang 1940 funktionierte diese Bestimmung, doch dann mussten alle noch verwendungsfähigen Ausmusterungspferde an die Landwirtschaft und alle übrigen zum Schlachten abgegeben werden. Es war der Anstalt nicht möglich, eine ausreichende Anzahl Pferde zu beschaffen: Die Anstalt bat beim Reichsminister des Inneren um die Genehmigung, aus dem Bereich des Generalgouverneurs von Polen 12 bis 16 für Heereszwecke ungeeigneten Pferde zollfrei einführen zu dürfen. Nach einem Monat wurde der Anstalt vom Amt des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete schließlich mitgeteilt, dass der VPA die benötigten Pferde bereitgestellt würden.

Ab 1941 wurde das an der VPA hergestellte Rotlaufserum den Behringwerken verkauft. Der Vertrag zwischen der VPA und den Behring-

werken sah vor, dass durch die Behringwerke jährlich bis zu 4.000 Liter von der Anstalt hergestelltes Rotlaufserum verkauft werden sollten. Im Gegenzug hatte die Anstalt den Verkauf von Rotlaufserum am 1. April 1941 eingestellt. Bis 1944 gab es bei der Abnahme seitens der Behringwerke keine gravierenden Schwierigkeiten. Ab dem Herbst 1944 verschlechterten sich jedoch die Transportverhältnisse und damit unausweichlich auch der Rotlaufserumversand dramatisch. Teilweise war es nicht möglich, einen Versand zu organisieren, teilweise verzögerte sich der Transport durch andere Gründe. Direktor Beck schilderte dem Innenministerium in einem Schreiben vom 22. März 1945 die Situation: Eine Sendung, die Mitte Dezember 1944 abging, war über sechs Wochen unterwegs. Sie hatte trotz bester Verpackung unter der Kälte so gelitten, dass die Sera eingefroren und die Ballons zum Teil zersprungen waren. Durch Auftauen konnten nach Mitteilung der Behringwerke nur ein Teil gerettet werden. Eine Mitte Januar 1945 abgesandte Charge war Anfang März noch nicht bei den Behringwerken eingetroffen. Da außerdem eine regelmäßige Rücksendung des Verpackungsmaterials nicht mehr gesichert war, bleibe es sehr fraglich, ob sich die Abgabe des Rotlaufserums an die Behringwerke in der



Pferde zur Rotlaufserumgewinnung

**Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt
zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung**

bisherigen Weise aufrechterhalten ließe. Die gravierende Verschlechterung der Versand- und Zustellungsbedingungen zum Ende des Krieges hin führte dazu, dass das Reichsministerium des Innern die Prüfung von Rotlaufserum, das von der VPA hergestellt worden war, auf die VPA selbst übertrug, da nicht sichergestellt werden konnte, dass Proben an das bis dahin zuständige Institut für Tierseuchentherapie der Universität Berlin auch wirklich ankamen. Da zudem einige andere Serumherstellungsbetriebe ausgefallen waren, wurde die VPA gebeten, die Serumherstellung zu verdoppeln. Das größte Problem dabei war, die zusätzlich benötigten Serumpferde zu beschaffen. Zumindest bis Ende November 1945 wurde dieses Problem nicht gelöst.

Zu den organisatorischen Problemen den Arbeitsablauf betreffend musste auch noch ständig mit Luftangriffen gerechnet werden. Die VPA musste dafür sorgen, dass das Personal Grundkenntnisse in der Brandbekämpfung hatte und über das notwendigste Material und Geräte zur Bekämpfung von Brandbomben verfügte.

Aber nicht nur die Angst vor Luftangriffen beunruhigte das Personal der VPA, sondern auch

die zunehmenden Probleme bei der Versorgung des Tierbestandes. Beck verfasste am 12. Mai 1941 ein Schreiben an das Innenministerium, in dem er diesem mitteilte, dass der VPA das ihr zugeteilte Heu nicht mehr zugewiesen wurde. Zu diesem Zeitpunkt betrug der Tierbestand der VPA 52 Pferde, die vor allem für die Rotlaufserumherstellung verwendet wurden, vier Rinder, zwölf Schafe und Ziegen und mehrere tausend Kaninchen und Meerschweinchen. Für die Versorgung dieser Tiere wurden unter größten Einschränkungen täglich 4,5 Zentner Heu benötigt, die nach der Beurteilung Becks nur durch Zuweisung aus Heeresbeständen aufgebracht werden konnten. Die persönliche Rücksprache Becks bei der zuständigen Stelle des Wehrkreises VII hatte ergeben, dass nur das Oberkommando des Heeres über die im Wehrkreisbereich gelagerten Heuvorräte verfügen konnte. Dieses wies die Wehrkreisverwaltung an, der VPA die benötigte Heumenge gegen Bezahlung zuzuteilen. Nachdem die Versorgung mit Heu gesichert war, kam es kurze Zeit später zu einem weiteren Engpass – der Anstalt fehlte Torfstreu: Auch hier musste die Versorgung über eine zentrale Stelle, den Beauftragten des Reichswirtschaftsministers für Weißtorf, geregelt werden. Einen Teil der Futtermenge zur

**Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt
zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung**

Versorgung der Tiere brachte die Anstalt selbst ein. Im Herbst 1941 beantragte das Ersatzverpflegungsmagazin München II, auf dem Wiesengelände der VPA drei Raufutterscheunen errichten zu dürfen. Für das Ersatzverpflegungsmagazin war vor allem der Gleisanschluss des Grundstückes wichtig. Die Anstalt äußerte Bedenken, da die Flächen für die Futterversorgung der Tiere dringend benötigt würden und durch das Lagern von Raufutter in den geplanten Scheunen eine Verschleppung von Tierseuchen nicht ausgeschlossen werden konnte.

Ein weiterer Grund, warum die Anstalt gegen die Errichtung der Scheunen war, war die Angst vor einer erhöhten Gefährdung durch Luftangriffe. Schließlich fand man einen Kompromiss, bei dem die VPA dem Ersatzverpflegungsmagazin erlaubte, ihr Gleis abzubauen und für die Dauer des Krieges auf einem anderweitig beschafften Grundstück aufzubauen. Für das Ersatzverpflegungsmagazin stellte das eine große Hilfe dar, denn auch die Beschaffung von Gleismaterial war in Kriegszeiten teilweise unmöglich. Der VPA wurde zugesichert, dass während dieser Zeit im Gegenzug Zugmaschinen und genügend Personal zur Ausladung von Waggoneingängen zur Verfügung gestellt wür-

den und der Ausgangszustand nach Kriegsende kostenlos wiederhergestellt würde. Im Sommer 1944 wurden die Gleise entbehrlich, da die Raufutterscheunen in Oberschleißheim zerstört worden waren.

Eine weitere große Schwierigkeit stellte der Bezug von Treibstoff dar. Da die Treibstoffzuteilung auf monatlich fünf Liter gekürzt worden war, setzte sich das Innenministerium beim Landeswirtschaftsamt dafür ein, der Anstalt monatlich 20 l Benzin zuzuteilen, damit die Beamten der Anstalt in Zweifelsfällen die Art auftretender Seuchen schnell feststellen und Beratung zu ihrer Bekämpfung an Ort und Stelle erteilen konnten. Kurz vor Weihnachten 1942 wurde Oberschleißheim von einem Bombenangriff in Mitleidenschaft gezogen, von dem auch die VPA betroffen war. Im Sommer 1943 wies das Innenministerium alle Veterinärpolizeilichen Untersuchungsanstalten darauf hin, dass es durch den Kriegsverlauf sinnvoll und notwendig geworden war, sogenannte Ausweichstellen zu schaffen. So sollte alles zur Durchführung der gegenwärtigen Aufgaben nicht unbedingt erforderliche Material insbes. Glasflaschen, Instrumente und Geräte, an einen weniger luftgefährdeten Platz am Rande der Stadt oder nach außerhalb, z. B.

Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung

in eine kleinere Stadt, etwa in ein stillgelegtes Schlachthoflaboratorium verbracht werden, damit im Katastrophenfall der Betrieb in Ausweichstellen weitergeführt werden könnte.

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges änderte sich die Personalsituation an der VPA dramatisch. Im Frühjahr 1942 – mittlerweile war der Leiter der VPA aus dem Kriegsdienst zurückgekehrt – verfügte die VPA über vier tierärztliche Beamte: Da 1942 festgelegt worden war, dass das Einzugsgebiet der bakteriologischen Fleischuntersuchungsstelle Landshut ab dem 1. April 1942 durch die VPA übernommen werden sollte, konnte der vermehrte Arbeitsanfall mit den an der Anstalt vorhandenen technischen Hilfskräften nicht bewältigt werden. Weil sich die Mehrausgaben neuer Einstellungen durch die Einnahmen der zusätzlichen bakteriologischen Fleischuntersuchungen decken würden, genehmigte das Innenministerium die Einstellung von zusätzlichem Personal. In eine akute Personalnot aufgrund von Einberufungen kam der Betrieb der VPA während des Zweiten Weltkrieges nicht. Vorübergehende Einstellungen von Aushilfen sicherten in Zeiten von Personalengpässen den Arbeitsablauf.

Das Kriegsjahr 1943 war zwar – wie für das ganze Land – auch für die Anstalt ein Jahr voller Schwierigkeiten. Eine positive Nachricht jedoch war die am 19. April 1943 veröffentlichte „Bekanntmachung über die Ausbildung der veterinärmedizinisch-technischen Assistentinnen“. Darin wurde bestimmt, dass die VPA die einzige Einrichtung in ganz Bayern war, an der die Ausbildung zur veterinärmedizinisch-technischen Assistentin (MTA-V) unter Leitung des Direktors oder seines Stellvertreters absolviert werden konnte. Eine ausführliche Schilderung der MTA-V-Schule erfolgt in einem eigenen Kapitel auf Seite 135. An der Lehranstalt für veterinärmedizinisch-technische Assistenten der Tierärztlichen Hochschule Hannover wurden dagegen bereits seit 1938 MTA-V-Schülerinnen ausgebildet.

Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung

Die VPA in der Nachkriegszeit (1945 - 1948)

Politische und gesellschaftliche Situation

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges endete zugleich die zwölf Jahre andauernde Herrschaft der nationalsozialistischen Diktatur. Deutschland wurde unter den alliierten Streitkräften in vier Zonen aufgeteilt. Viele Städte Deutschlands waren ausgebombt und Industrieanlagen zerstört worden. Noch Ende 1946 war die Wohnungsnot unbeschreiblich groß. 7,5 Millionen Menschen waren obdachlos. Solange Krieg herrschte, war die Lebensmittelversorgung durch staatliche Lebensmittelrationierungen einigermaßen gesichert gewesen, doch durch den Wegfall dieser Rationierungen seit Kriegsende war die Nahrungsmittelversorgung völlig zusammengebrochen. 1947 spitzte sich die Situation in Deutschland infolge einer Kältewelle dramatisch zu. Ein wichtiger Grund, warum Deutschland in den Nachkriegsjahren seine Lebensmittelversorgung nicht mehr aus eigener Kraft leisten konnte, war der Verlust der agrarischen Ostgebiete und damit eines wichtigen Teils seiner landwirtschaftlichen Nutzfläche. Hinzu kam der anhaltende Flüchtlingsstrom, es fehlten Arbeitskräfte und die landwirtschaftlichen Maschinen waren veraltet, sodass die Bevölkerung auf Lebensmittellieferungen der Alliierten angewiesen war.

Die Lage der VPA (1945 - 1948)

Mit den alltäglichen Schwierigkeiten und Folgen des Krieges, die vielerorts im Nachkriegs-Deutschland herrschten, hatte auch die VPA zu kämpfen. Die so dringend notwendigen Neu-einstellungen wurden durch die allgegenwärtige Wohnungsnot erschwert. Aber auch die politischen Folgen des Krieges, wie beispielsweise die Entnazifizierungsverfahren, die auch an der VPA zu Entlassungen führten, wirkten sich auf das Betriebsleben aus, das trotz allem aufrecht erhalten werden musste.

Es gibt keine Hinweise darauf, wie genau der Betrieb der VPA durch die Kriegsfolgen und -beschädigungen beeinträchtigt wurde, doch ein Schreiben vom 8. September 1945, lässt vermuten, dass vor allem der Ausfall unzähliger Verkehrswege und die Einstellung des Postverkehrs auch die Arbeit an der VPA einschränkten. In diesem Schreiben wird darum gebeten, die Bevölkerung durch Rundfunkdurchsagen zu informieren, dass die Möglichkeit der Einsendung von Untersuchungsmaterial durch Tierärzte zur Feststellung von Tierkrankheiten und der Übermittlung des Untersuchungsergebnisses an den Einsender wieder gegeben waren.

Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung

Offensichtlich wurde die VPA nach Sendung dieser Rundfunkdurchsage mit unzähligen Aufträgen und Aufgaben betraut.

Die Pferde, die die VPA Mitte 1946 besaß, waren durch die Serumproduktion und Mangelernährung sehr stark in Anspruch genommen, sodass die Beschaffung von etwa 20 geeigneten neuen Serumpferden, sowie die Sicherstellung der Futtermengen die Hauptsorgen darstellten. Neben dem Futtermangel mehrten sich die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Chemikalien. Hugo Grau, der erste Leiter der VPA der Nachkriegszeit, befürchtete, dass manche Untersuchungstätigkeiten der Anstalt durch Mangel an chemischen Grundstoffen unterbleiben müssten, weswegen er anregte, die amerikanische Militärregierung um Unterstützung zu bitten. Auch Hohlglaswaren waren in diesen Zeiten schwer zu bekommen, sodass die VPA dazu überging, Flaschenpfand zu erheben, um die Rücksendung der Flaschen zu sichern. Im November 1947 stellte die Beschaffung von Verpackungsmaterial, wie beispielsweise Pappschachteln und Packpapier, das zur Einsendung von Untersuchungsmaterial erforderlich war, ein Problem dar. Wollte man eine Lieferung von Packmaterial, war dazu im Gegenzug die Abgabe von Altpapier erforderlich.

Aus diesem Grund bat Grau um Unterstützung und Zuweisung von Akten-Altmaterial durch das Ministerium. Oberschleißheim war bis 1945 Garnisonsstadt mit Flughafen, weshalb es die durch Luftangriffe des zweiten Weltkrieges am meisten zerstörte Ortschaft des Landkreises München war. Im August 1945 waren die Kriegsbeschädigungen an der VPA noch deutlich zu sehen: die großen Dachflächen aller Anstaltsgebäude waren nur notdürftig gedeckt, die Mehrzahl der Fenster war ohne Scheiben, Tür- und Fensterstöcke waren aus ihrem Gefüge gerissen, es gab zahlreiche Mauerrisse, Stuckschäden und andere Zerstörungen. Nach Kriegsende stand deshalb vor allem die Beseitigung der umfangreichen Schäden im Vordergrund. Dafür wurden vom Innenministerium 10.000 Mark genehmigt. Im Sommer 1946 waren die Bauarbeiten aufgrund des immer noch herrschenden Mangels an Fachkräften und Baumaterial aber noch nicht beendet. Grau rechnete damit, dass die restlichen Arbeiten noch ein halbes Jahr in Anspruch nehmen würden, für die noch ausstehenden Schreiner- und Spenglerarbeiten plante er ein weiteres Jahr ein. Bei den Installationsarbeiten sah die Situation noch schwieriger aus. Während der laufenden Reparaturarbeiten musste Ende 1945 entschieden werden, wie die zur VPA gehören-

Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung



Seit 1945 Leiter der VPA: Prof. Hugo Grau,
Organisationstalent anstehender Probleme:
Mitarbeitermangel und Wohnungsnot
Skizze Notwohnhaus Prof. Grau

Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung

den Dienstwohnungen weiter genutzt werden sollten. Obwohl die amerikanische Militärregierung den Betrieb der VPA unter die Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung gestellt hatte, beschlagnahmte sie im Juni 1946 das im Anstaltsgelände befindliche Beamtenwohnhaus zu Gunsten der United Nations Relief and Rehabilitation Administration. Dadurch litt nicht nur der Dienstbetrieb, weil die Wohnungen für die Beamten der VPA dringend benötigt wurden, es bestand auch eine ständige Infektionsgefahr für Betriebsfremde und damit die Gefahr der Seuchenverschleppung. Durch Bitten des Innenministeriums und des Leiters der VPA konnten eine Freigabe des Wohnhauses und die Ausstellung von „Off-Limits“-Plakaten für die VPA erwirkt werden.

Gegen Ende des Jahres 1946 traten neue Probleme auf, weil die Häufigkeit von Einbrüchen und Diebstählen immer weiter zunahm. Grau bat den Chef der Landpolizei München um die Abstellung von bewaffneten Wächtern der Landpolizei und um eine besondere Berücksichtigung der VPA durch die Patrouillengänge des Polizeipostens Schleißheim. Außerdem wurden an der VPA selbst Maßnahmen ergriffen, um die Sicherheit der Anstalt und ihres Eigentums zu gewährleisten. So wurden ein

Pförtner- und ein Nachtwächterdienst eingerichtet. Seit Kriegsende verschärften sich die Arbeitsbedingungen an der Anstalt immer mehr. Die Aufgaben nahmen zu und das Personal nahm ab. Der Arbeitsbereich der VPA umfasste in manchen Arbeitszweigen ganz Bayern; im Wesentlichen jedoch die Regierungsbezirke Oberbayern, Niederbayern und Schwaben. Zahlreiche Einsendungen erfolgten jetzt auch aus außerbayerischen Gebieten. Im Frieden waren an der Anstalt 13 Tierärzte und ein Hilfspersonal von etwa 50 Köpfen beschäftigt. Die Aufgaben der Anstalt hatten sich nach dem Kriege durch erhöhte Seuchengefahr, den Ausfall mancher Impfstoffwerke und durch Sonderaufgaben erheblich vermehrt. Trotzdem verfügte die Anstalt nur über vier Tierärzte.

Auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung wurden in den Jahren 1945 und 1946 15 Personen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur NSDAP und deren Gliederungen entlassen. Dazu gehörte auch der ehemalige Leiter der VPA, Prof. Dr. Beck. Entsprechend wurde der Oberregierungsveterinärrat Prof. Dr. Hugo Grau als wissenschaftliche Aushilfskraft eingestellt und mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Leiters der VPA Schleißheim betraut. Am 23. Mai 1946 teilte Grau dem Innenministe-

Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung

rium mit, dass sich an der Anstalt keine Mitglieder in gehobener Stellung befänden, die nach Artikel 58 und 59 des Gesetzes zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus, zur Entlassung zu bringen wären. Wenige Angestellte, die wegen ihrer Parteizugehörigkeit entlassen worden waren, wurden in den folgenden Jahren unter Auferlegung einer Sühne von der Berufungskammer München als Mitläufer eingereiht. Einzelne Personen wurden wieder eingestellt, weil Fachkräfte, die vor allem im Labor benötigt wurden, nur schwer zu bekommen waren. Deswegen war die VPA auf Einstellungen von zuziehenden Arbeitskräften, „insbesondere aus Flüchtlingskreisen“, angewiesen. Für Bewerber hätten in jedem Fall Wohnungen bereitgestellt werden müssen. Die Wohnungsnot war jedoch nach wie vor groß und für die Realisierung dieses Plans ein ernstzunehmendes Hindernis. Graus Anliegen war, die problematische Situation mit der Aufstellung von Wohnbaracken zu überbrücken, weswegen er den Flüchtlingskommissar darum bat, Wohnbaracken für die Unterbringung von ungefähr 50 Personen zur Verfügung zu stellen. Dazu kam es aber nicht.

Neben Wohnraum waren aber auch Untersuchungs-, Unterrichts- und Versuchstierräume dringend notwendig, vor allem nachdem die VPA zu Beginn des Jahres 1948 vom Innenministerium darum angewiesen wurde, die Bekämpfung der Rindertuberkulose, der Zuchtseuchen bei Pferden und Rindern und der Jungtierkrankheiten in die Wege zu leiten.

Die VPA hatte aufgrund dieser Situation beschlossen, sich durch den Bau eines Wohnhauses auf anstaltseigenem Grund selbst zu helfen. Nach langwierigen Verhandlungen stellte das Finanzministerium für das Jahr 1947 einen Betrag von 30.000 RM für den Bau eines „Notwohnhauses“ bereit. Noch im Sommer 1947 war mit den Erdbauarbeiten begonnen worden. Der Mangel an Facharbeitern und die Probleme, Baumaterial aufzutreiben, erschwerten die Maßnahme jedoch erheblich. Trotzdem gelang die Fertigstellung samt Großteil der Innenausbauten ein Jahr nach Baubeginn. Dafür war unter anderem das Organisationstalent Graus maßgeblich beteiligt, denn er war es, der in Ermangelung von Eisen die restlichen Schienen des ehemaligen, inzwischen stillgelegten Gleisanschlusses ausgraben und als Träger für die Zwischendecken einziehen ließ. Die Wohnungen wurden am 1. September 1948

Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung

von drei Tierärzten und zwei weiteren Angestellten bezogen. Allerdings konnte der Neubau die schwierige Wohnsituation für den Großteil des angestellten Fachpersonals nicht beseitigen. Viele der Angestellten wohnten außerhalb von Schleißheim und hatten dadurch sehr lange Arbeitswege, was wiederum zu vermehrten Erkrankungen oder Ausfällen wegen Zugverz�ungen führte. So blieb die immer noch herrschende Wohnungsnot in Oberschleißheim weiterhin ein ernstzunehmendes Hindernis für Neueinstellungen.

Zur Sicherung des Arbeitsbetriebes sah sich die VPA gezwungen, weitere Wohnräume zu schaffen und ein weiteres Wohnhaus zu errich-

ten. Auch dieses Wohngebäude wurde auf dem Gelände der VPA gebaut und existiert ebenso wie das oben erwähnte Notwohnhaus noch heute.

Aufgaben

Bis zur Mitte des Jahres 1946 waren die Aufgaben der VPA nach wie vor sehr vielseitig. Die Zahl der im ersten Halbjahr durchgeföhrten bakteriologischen Fleischuntersuchungen betrug 487, 92.087 serologische Blutuntersuchungen auf Malleus und 8.966 auf ansteckendes Verkalben waren erledigt worden. Insgesamt belief sich die Zahl der durchgeföhrten Untersuchungen im Monat Juni 1946 auf 16.644.

Die Umbenennung zur Bayerischen Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung

Im Frühjahr 1948 begann man sich innerhalb des Innenministeriums und der VPA Gedanken über eine Namensänderung zu machen. Dies ging auf die bekannte Tendenz der Besatzungsmacht zurück, den "Polizei"-begriff ganz eng zu fassen. Außerdem sei die Amtsbezeichnung „Veterinärpolizeiliche Anstalt“ überholt und sprachlich wenig schön. In diesem Zusammen-

hang sollte auch die Veterinäruntersuchungsanstalt in Nürnberg umbenannt werden. Dr. Willi Ankermüller, der damalige bayerische Innenminister, der seinen Äußerungen zufolge für die Umbenennung in ein Landestierseuchenamt bzw. Tierseuchenamt war, begründete dies damit, dass beide Anstalten Hilfsorgane des Bayerischen Staatsministeriums des Innern

Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung



Trotz Krieg - gute Stimmung
bei den technischen Mitarbeiterinnen

Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung

seien, dass beide Einrichtungen sowohl über einen eigenen Haushalt als auch planmäßige Beamte und Angestellte verfügten und ein Dienstsiegel führten. Mit "Polizei" im landläufigen Sinne hätten beide nichts gemein, wenn sie auch vorwiegend auf dem Gebiete der Seuchenpolizei (Tierseuchenbekämpfung als historische Wurzel) und der Lebensmittelpolizei (Lebensmittelüberwachung) tätig seien, also wirtschaftlichen- und gesundheitlichen Zwecken dienten. Mit der Bayerischen VPA sei außerdem eine nicht unbedeutliche Herstellung von Impfstoffen (Erlös 1947: 104.000 RM) verbunden. Doch es kamen Bedenken auf, da die Bezeichnung Landesamt nur für zentral nachgeordnete Ämter in Frage komme. So wurde der Vorschlag gemacht, auch der Münchner Anstalt die Bezeichnung Veterinäruntersuchungsanstalt zu geben.

In einem Schreiben vom 16. November 1949 bat Grau das Innenministerium darum, die Veterinärpolizeiliche Anstalt künftig in „Bayerische Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung“ umzubenennen, wodurch der Bezug auf das „ganze Land Bayern“ erhalten bliebe und gleichzeitig hervorgehoben würde, dass die Veterinärpolizeiliche Anstalt, die seinerzeit „im westdeutschen Raum das größte tierärzt-

lich-wissenschaftliche Institut außerhalb der Hochschulen“ war, nicht mit einer Veterinäruntersuchungsanstalt verglichen werden könne. Darüber, dass sowohl die Einrichtung in Oberschleißheim als auch in Nürnberg einen neuen Namen bekommen sollte, war man sich einig. Bei den neuen Bezeichnungen sollte allerdings erkennbar sein, dass Schleißheim im Vergleich zur Nürnberger Einrichtung älter und nicht nur räumlich, sondern auch was die Zahl der Beschäftigten anging, wesentlich größer war. Außerdem war die Veterinärpolizeiliche Anstalt in Oberschleißheim für besondere Aufgaben, wie die Untersuchung auf Beschälseuche, ansteckende Blutarmut oder die Differenzierung und Sammlung sämtlicher in Bayern aufgefunder Fleischvergifterstämme zuständig, bildete zudem veterinärmedizinisch-technische Assistentinnen und Fachkräfte in der bakteriologischen Fleischuntersuchung aus und stellte Impfstoffe in einer eigenen Impfstoffabteilung her, deren Belegschaft allein bereits zahlenmäßig einer Veterinäruntersuchungsanstalt gleichkomme. Beachte man die Anzahl der verschiedenen damals hergestellten Impfstoffe: Schweine-Rotlauf-Serum, Polyvalentes Hyper-Immun-Serum, Hühnerpest-Adsorbat-Vakzine, Rauschbrand-Pararauschbrand- Vakzine, Encephalitis-(Borna)-Vakzine, Abortus-Bang-Formol-

Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung

Vakzine, Abortus-Bang- Lebendkultur, Stallspezifische Vakzine, Serologische Antigene, Schweinepest-Vakzine, Rotlauf- Adsorbat-Vakzine, so werde die Bedeutsamkeit dieser Abteilung offensichtlich. Dazu käme, dass auch die wissenschaftliche Forschung eine große Bedeutung an der Veterinärpolizeilichen Anstalt hätte. Allein in den Jahren 1946 - 1949 erschienen aus der Anstalt 32 Veröffentlichungen, darunter 23 Dissertationen.“ Mehr als ein Dutzend Doktorarbeiten waren Ende 1949 im Entstehen.

Das Innenministerium antwortete der Veterinärpolizeilichen Anstalt am 31. Dezember 1949, dass das Innenministerium die Bezeichnung „Landesanstalt“ nur für solche Einrichtungen als zulässig befand, die für das gesamte bayerische Staatsgebiet tätig waren. Ein weiterer Grund, warum das Innenministerium den Namensvorschlag Graus ablehnte, war eine damit verbundene Einschränkung des Arbeitsgebietes der Anstalt, das sich nur auf die Tierseuchenbekämpfung beschränken „und die wichtige Aufgabe der Lebensmittelüberprüfung nach außen völlig unterdrücken würde“. Die Veterinärpolizeiliche Anstalt wurde um einen erneuten Vorschlag gebeten. Knapp einen Monat später unterbreitete die Anstalt dem Innenministerium zwei neue Namensvorschläge –

„Bayerische Veterinäruntersuchungsanstalt und Landesinstitut für Tierseuchenbekämpfung“ bzw. „Bayerisches Veterinäruntersuchungsinstitut und Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung“. Einen Monat später war man sich darüber einig, dass die Veterinärpolizeiliche Anstalt künftig „Bayerische Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung und Veterinäruntersuchungsanstalt Südbayern, Schleißheim“ heißen sollte. Im Innenministerium kam man zu dem Entschluss, dass die Umbenennung nur im Wege einer Verordnung der Landesregierung erfolgen könne. Darüber hinaus handele es sich bei der Anstalt in Schleißheim wohl nicht nur um eine Umbenennung, sondern hinsichtlich der Tierseuchenbekämpfung um die Errichtung einer Landesanstalt nach Art. 77 der bayer. Verfassung. Dr. Ankermüller verfasste daraufhin den Entwurf einer Verordnung zur Umbenennung der Veterinärpolizeilichen Anstalt, in dem unter anderem festgelegt wurde, dass die Anstalt dem Staatsministerium des Innern unmittelbar unterstellt war. Im weiteren Schreiben begründete Ankermüller die Art der Umbenennung und stellte die vielfältigen Aufgaben der Anstalt dar. Wiederum betonte er die speziellen und sich landesweit erstreckenden Aufgaben der Veterinärpolizeilichen Anstalt, bei der spezielles

Fachwissen und besondere Laboratorien notwendig waren und die zum Teil eine zentrale Bearbeitung erforderten, die an der Nürnberger Einrichtung nicht möglich war. Damit meinte er unter anderem die Organisation des Tiergesundheitsdienstes in Bayern, der die Bekämp-

fung der großen chronischen Tierseuchen zur Aufgabe hatte. Am 11. Juli 1950 wurde vom bayerischen Ministerpräsident, Dr. Hans Ehard, mit dem Erlass der Verordnung über die „Bayerische Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung“ die Umbenennung vollzogen.

Die Bayerische Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung von den Fünfziger- bis in die Siebzigerjahre

Das zu Beginn der 50er Jahre einsetzende Wirtschaftswachstum brachte einen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel mit sich. Dabei verlor die Landwirtschaft fast zwei Drittel ihrer Beschäftigten, die aufgrund höherer Löhne in den gewerblichen Sektor abwanden. Große landwirtschaftliche Betriebe konnten ihre Erträge jedoch dank der modernen Maschinen trotzdem steigern. Durch eine aktive Agrarpolitik wollte man die Situation der Landwirtschaft verbessern. Dies wirkte sich auch auf die Bayerische Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung aus. Beispielsweise wurde die Zusammenarbeit mit dem Rindergesundheitsdienst aufgenommen, der kurze Zeit später als eine seiner bedeutendsten Aufgaben das staatlich gelenkte, freiwillige Tuberkulose-Bekämp-

fungsvorfahren begann. Außerdem wurden die Untersuchungsmethoden zur Tierseuchenermittlung weiter ausgebaut. Schon in den beginnenden 1950er Jahren ist eine deutliche Zunahme der Gesamteinnahmen der Bayerischen Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung zu verzeichnen, darunter besonders die Gewinne der Impfstoffabteilung.

Anfang 1951, als der Arbeitsanfall an der Bayerischen Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung weiter anstieg, stellte der Platz- und Raummangel erneut ein Problem dar. Ein Hauptgrund bestand darin, dass die Anstalt ihre Arbeitsmöglichkeiten weitgehend dem Rindergesundheitsdienst zur Verfügung stellte. Der Ausbau des Dachgeschosses hätte es



*Wegweiser zur Landesanstalt
in den Siebzigerjahren*

Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung

ermöglicht, neue Räume zu schaffen, und dabei unter anderem eine Unterkunft für die Abteilung „Deckseuchenbekämpfung“ des Rindergesundheitsdienstes zu errichten. Dort hätte dann auch die Abteilung „Tuberkulosebekämpfung“ des Rindergesundheitsdienstes untergebracht werden können, die bis dahin völlig unzureichend in den Laboratorien der Bayerischen Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung einquartiert war.

Die Arbeitssituation im Tuberkuloselabor der Bayerischen Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung, in dem von zehn Personen in einem Raum sowohl Untersuchungen für die Anstalt als auch für den Rindergesundheitsdienst durchgeführt werden mussten, stellte eine Gefährdung des Personals dar. So hatte sich bereits eine technische Assistentin eine Laborinfektion mit Tuberkulose zugezogen. Grau plante, das Tuberkuloselabor in zwei Abteilungen aufzuteilen und die Arbeiten des Rindergesundheitsdienstes in Sonderlaboratorien durchführen zu lassen. Da die Abteilung „Deckseuchenbekämpfung“ des Rindergesundheitsdienstes laut Grau auf unmögliche Weise untergebracht war, hielt er es für unabsehbar, auch hierfür neue Arbeitsräume zu schaffen. Büro- und Stallräume für den Rindergesundheits-

dienst wurden benötigt, die die Bayerische Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung schon aus seuchenpolizeilichen Gründen nicht zur Verfügung stellen konnte. Abhilfe schafften das Staatsgut Schleißheim und die staatliche Verwaltung für Schlösser und Seen, die sich beide bereit erklärt hatten, einen stark kriegsbeschädigten Gebäudeteil für den Rindergesundheitsdienst zur Verfügung zu stellen und sich an dessen Wiederherstellung zu beteiligen. Aus diesen Gründen beantragte Grau im Februar 1951 beim Innenministerium die Ermöglichung des Dachgeschossausbaus und des Bauvorhabens bezüglich der Abteilung „Deckseuchenbekämpfung“. Insgesamt würden sich die Kosten auf 140.000 DM belaufen. Im Juni des gleichen Jahres lag noch keine Entscheidung vor, so dass Grau nochmals ein Schreiben an das Innenministerium verfasste. Wieder war es aufgrund der beengten Raumsituation zu Laborinfektionen gekommen: eine weitere Tuberkuloseinfektion und vier Infektionen mit Bangscher Krankheit. Die Beengtheit der Verhältnisse an der Schleißheimer Anstalt erschließt sich am besten aus dem Anwachsen der Beschäftigten: 1945 arbeiteten 38 und 1951 bereits 104 Personen in den gleichen, nicht vergrößerten Räumen der Anstalt. Der Antrag auf Ausbau des Dachgeschosses des Hauptbaus der Bayeri-

Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung

schen Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung wurde am 30. April 1952 schließlich genehmigt und die erforderlichen Mittel wurden zur Verfügung gestellt. Weitere finanzielle Unterstützung in Form von bis zu 20.000 DM aus Mitteln des European Recovery Programm (= Marshall-Plan) hatte der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bereits im Oktober 1951 zugesichert. Nachdem Grau mit der Obersten Baubehörde Rücksprache gehalten hatte, teilte diese dem Innenministerium mit, dass schon Ende Mai mit den Bauarbeiten begonnen werden könne.

Bereits im August 1953 waren Pläne für eine Erweiterung der Sektionshalle, die Errichtung eines Seuchenschlachthauses, sowie eines Vorkühlraums angefertigt worden. Im März 1954 wurde im Rahmen einer Besprechung beschlossen, vorerst nur das Seuchenschlachthaus ohne Erweiterung des Sektionsraumes zu errichten. Die Sektionshalle sollte 1955 erweitert werden. Für dieses Bauvorhaben stellte das Innenministerium gemäß einem Kostenvoranschlag des Landbauamtes München 28.500 DM zur Verfügung.

Schon zwei Jahre später beantragte die Bayerische Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung einen Erweiterungsbau an der Ostseite des Hauptgebäudes. Bereits im Jahr 1951 hatte das Landbauamt München dafür einen Plan entworfen. Da die Untersuchungszahlen der einzelnen Abteilungen weiter gestiegen waren, war eine Erweiterung der jeweiligen Laboratorien dringend erforderlich. Mit der Zunahme der Untersuchungszahlen nahmen in gleicher Weise die Arbeiten der Verwaltung, der Nährboden- und Spülküche und des Packraumes zu, sodass bei dem geplanten Erweiterungsbau auch diese Bereiche berücksichtigt werden sollten. Durch den kontinuierlichen Ausbau des freiwilligen Tuberkulosebekämpfungsverfahrens, sowie des Brucellosebekämpfungsverfahrens waren die erst 1952 neu eingerichteten Räume nicht mehr ausreichend. Direktor Schellner schrieb, dass sämtliche im Dachgeschoss von den übrigen Abteilungen benützten Räume deshalb für die Tuberkuloseabteilung benötigt würden. Das bedeutete, dass die Abteilung der Aufzuchtkrankheiten, des Unfruchtbarkeitsbekämpfungsverfahrens des Rindergesundheitsdienstes und das Schreibzimmer verlegt werden mussten.

Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung

In dem Antrag der Bayerischen Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung war neben einer anderen Raumeinteilung nach den damaligen Bedürfnissen, mit Ausnahme des Kellergeschosses der Umbau aller übrigen Stockwerke des Haupt- und westlichen Erweiterungsbau vorgesehen.

Das zuständige Sachgebiet IA5 des Innenministeriums hegte starke Zweifel, ob ein derart umfangreiches Bauvorhaben, das einen finanziellen Aufwand von rund einer Million DM erfordern würde, wirklich notwendig sei. Aus diesem Grund bat es die Abteilung III des Innenministeriums um Überprüfung. Entgegen der Einschätzung des Sachgebietes IA5 war das Sachgebiet III nach einer Überprüfung vor Ort der Ansicht, dass die Forderungen dem tatsächlichen Bedarf uneingeschränkt entsprachen. Aus Gründen der Gewerbeaufsicht, der Hygiene und der Arbeitstechnik sollte der vorhandene Notstand so schnell wie möglich behoben werden.

Doch auch im Jahr 1960 wurde noch nicht begonnen. Schellner wies das Innenministerium in einem Schreiben vom 5. November 1960 erneut auf die Dringlichkeit hin und betonte, dass auch die Räume für die Lebensmittelüberwachung in Zukunft unmöglich ausreichen würden und es sogar zu unvertretbaren Verzögerungen der Arbeiten kommen könnte, da mit der Änderung des Fleischbeschauugesetzes vom 1. August 1960 alle Not- und Krankschlachtungen der bakteriellen Fleischuntersuchung unterlagen und ein erweitertes Untersuchungsverfahren gesetzlich vorgeschrieben war. Außerdem rechnete er mit vermehrten bakteriologischen und histologischen Untersuchungen von aus dem Ausland eingeführten Lebensmitteln. Schellner bat darum, die Finanzierung „so sicherzustellen und die Planarbeiten soweit voranzutreiben, dass mit dem Bau im Frühjahr 1961 begonnen werden könne. Nachdem auch im Dezember 1960 noch keine Entscheidung gefallen war, wies Schellner den zuständigen Baureferenten darauf hin, dass die Angelegenheit mit Sicherheit eines Tages in der Abendzeitung erscheinen würde, wobei jedoch dann nicht nur der Leiter der Anstalt sondern auch der verantwortliche Leiter der Bauplanung der Kritik unterzogen werden würde. Doch auch im Herbst 1961 war noch nicht

Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung



Anbau mit Hörsaal 1963

Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung

mit Bauarbeiten begonnen worden, weswegen das Innenministerium am 11. September 1961 ein Schreiben an die oberste Baubehörde sandte, in dem neuerlich die Unaufschiebbarkeit der Erweiterung des Dienstgebäudes der Bayer. Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung bemerkte.

Die Zahl der Untersuchungen war von 120.794 im Jahr 1951 auf 887.781 im Jahre 1956 gestiegen, sodass der bezüglich der Raumverhältnisse gegebene Notstand umgehend beseitigt werden sollte. Nachdem Direktor Schellner im Dezember 1961 nochmals auf die schlechten Verhältnisse hingewiesen hatte, wurde schließlich mit dem Erweiterungsbau begonnen, der nach Angaben des Innenministeriums voraussichtlich im Oktober/November 1963 bezugsfertig sein sollte. In einem Artikel Dr. Georg Becks, dem auf Schellner nachfolgenden Direktor, schildert dieser die damalige Situation und die Folgen des Erweiterungsbaus folgendermaßen: „Das Bayerische Staatsministerium des Innern hatte den Bayerischen Landtag davon überzeugen können, einen weiteren Anbau – der 1964 bezogen werden konnte – zu errichten.“ Ende der Sechzigerjahre wurden nicht nur die Laboratorien im Neubau, sondern auch die in den 1914 und 1937 errichteten Bauten in modernste Arbeitsräume umgestaltet und mit den neuesten Geräten ausgestattet.

Damit waren die Voraussetzung geschaffen worden, um nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen zu arbeiten.

Aufgaben

Nun war es möglich, die Untersuchungsverfahren zur Ermittlung von Tierseuchen, der Feststellung von Jungtier- und Aufzuchtkrankheiten und Fruchtbarkeitsstörungen weiter auszubauen, ferner der übertragenen Aufgabe, die Untersuchung vom Tier stammender Lebensmittel wie Fleisch- und Wurstwaren, Milch, Eier, Fische, Geflügel nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen durchzuführen.

Einen bedeutenden Untersuchungsbereich stellte die Erkennung von Zoonosen wie Tollwut, Toxoplasmose oder Leptospirose dar. Zu dieser Thematik werde die Landesanstalt laut Beck nicht nur von Tierärzten, sondern überwiegend von Krankenhäusern und Fachärzten aus dem ganzen Bundesgebiet in Anspruch genommen.

Die geleistete Forschungsarbeit verband die Bayerische Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung mit der gesamten Medizin. Im Lauf der Zeit änderten sich natürlich die Aufgaben. Wichtig in den 50er bis 70er Jahren waren vor

allem die Bornasche Krankheit der Pferde, die Bienenseuchen, die Brucellose und die Tuberkulose.

Bornasche Krankheit der Pferde

Im Frühling 1950 war die Bayerische Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren in größerem Umfang mit Untersuchungen von Fällen der Bornaschen Krankheit beschäftigt, da diese Erkrankung in außerordentlichem Ausmaß zugenommen hatte. Mit 437 Borna-Verdachtsfällen in den Monaten Januar bis März 1951 wurde die gesamte Einsendungsanzahl von 1950 schon fast in den ersten drei Monaten des Jahres 1951 erreicht. Um Personal einzusparen und die Arbeiten in der Sektionshalle, wie beispielsweise das Öffnen der knöchernen Schädel, zu erleichtern, hatte die Bayerische Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung schon aus eigenen finanziellen Mitteln eine elektrische Säge anfertigen lassen. Die weiteren Arbeitsschritte – die histologische Verarbeitung der Gehirne oder der bei negativem Befund anzusetzende Kanincheninokulationsversuch – konnten nicht vereinfacht werden.

Da neben den Untersuchungen auf Borna auch die Tollwutuntersuchungen zugenommen hatten, beantragte Grau weiteres Personal. Allerdings wurde zu diesem Zeitpunkt über die Einrichtung von Sparkommissionen nachgedacht, so dass insbesondere Arbeiter und Angestellte fast regelmäßig zur Arbeitsleistung über die Dienstzeit hinaus ohne Entlohnung herangezogen werden mussten, um das Arbeitspensum überhaupt bewältigen zu können.

Bienenseuchen

Schon in den ersten Nachkriegsjahren waren unter den Bienenvölkern in Bayern Seuchen, insbesondere die Milbenseuche, vermehrt aufgetreten. Und auch Anfang der Fünfzigerjahre hielt das große Vorkommen dieser Seuchen an. Mit einem weiteren Ansteigen der Einsendungen im Jahr 1955 war zu rechnen, zumal die Landesanstalt für Bienenzucht in Erlangen seit 1954 keine Untersuchungen auf Seuchen mehr durchführte und deshalb auch diese Untersuchungen soweit sie aus dem Raum Südbayern stammten, von der Anstalt vorgenommen werden mussten.

Brucellose-Bekämpfung

Seit 1954 wurden öfters mit Brucellose infizierte Schafherden registriert.

Da die Schafbrucellose nicht unter die Anzeigepflicht fiel, jedoch sehr leicht auf den Menschen übertragbar ist, beschloss das Innenministerium ab Herbst 1956, sämtliche Schafherden in Bayern der Blutuntersuchung zu unterstellen. Die serologischen Brucellose-Untersuchungen, die an der Bayerischen Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung durchgeführt wurden, mehrten sich ebenso wie die abgegebenen Brucelloseimpfstoffe von Jahr zu Jahr.

Ende der Fünfzigerjahre waren die Arbeitszeitregelung und der arbeitsfreie Samstag ein Thema zwischen der Landesanstalt und dem Innenministerium. So machte Schellner deutlich, dass eine Schließung des Betriebes an zwei Samstagen nicht in Betracht kommen könnte, dass vielmehr an jedem Samstag die Hälfte des Personals arbeiten müsse. Dieser Regelung hat auch der Betriebsrat zugestimmt. Bei der Diskussion um die Arbeitszeit musste unter anderem auch berücksichtigt werden, dass neben den einzelnen Untersuchungen auf Tierseuchen auch eine große Anzahl an Tieren zu versorgen war. Der Tierbestand umfasste 1958 40 Pferde,

7 Rinder (Serumproduktion), 350 Kaninchen (Borna-Impfstoffproduktion), 350 Meerschweinchen (Tuberkulosediagnostik), 12 Schweine (Schweinepestimpfstoff), 60 Hühner (Hühnerpestimpfstoff), 250 Mäuse (allgemeine und besondere Tollwutdiagnostik). Außerdem hatte die Anstalt etwa acht Tagwerk landwirtschaftliche Nutzfläche zu bewirtschaften. Deswegen hatte die Bayerische Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung eine Arbeitszeitregelung eingeführt, bei der die 45-Stunden-Woche eingehalten wurde.

Bekämpfung der Tuberkulose

Nach dem Zweiten Weltkrieg erkannte man, dass viele chronische Tierseuchen, allen voran die Tuberkulose, in den Rinderbeständen bedrohliche Ausmaße angenommen hatten.

Bei der Tuberkulose handelt es sich um eine in typischen Fällen chronisch verlaufende Infektionskrankheit, an der alle Säugetiere und Vögel erkranken können, wobei die offene Tuberkulose in unterschiedlichen Formen auftreten kann: Lungen-, Euter-, Gebärmutter-, Nieren- und Darmtuberkulose. Die infektiöse Natur dieser Krankheit ist aber erst seit 1882 bekannt, als



*Präparation von Tbc-Meerschweinchen,
vermutlich entstand die Aufnahme in den
Sechzigerjahren.*

**Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt
zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung**

der deutsche Mediziner und Mikrobiologe Robert Koch (1843 - 1910) den Erreger, das *Mycobacterium tuberculosis* entdeckte. Zum ersten Mal konnte bewiesen werden, dass ein einziger Erreger Ursache für die verschiedenen Formen der Tuberkulose war. 1890 gelang es Koch, das Tuberkulin aus dem Bakterium zu extrahieren. Er dachte zunächst, es sei ein Heilmittel. Diese Hoffnung zerschlug sich aber sehr schnell. Es konnte jedoch zum Diagnostikum im Tuberkulin-Test weiterentwickelt werden, dem wichtigsten Verfahren für den Nachweis einer Tuberkuloseinfektion.

Später gelang es Koch auch, das *Mycobacterium bovis* zu isolieren, den Erreger der Rindertuberkulose. Aus der Existenz zweier verschiedener Erreger zog er den Schluss, dass die Tuberkulose des Menschen nicht auf Tiere übertragbar sei und umgekehrt. Erst 1908 revidierte Koch seine Ansicht, da die Ergebnisse anderer Wissenschaftler, beispielsweise Emil von Behrings zweifelsfrei bewiesen, dass der Mensch für die Rindertuberkulose empfänglich war, durch infiziertes Fleisch, Milch oder Milchprodukte angesteckt werden konnte und dass das Rind umgekehrt mit humanen Tuberkelbakterien infiziert werden konnte.

Erst nachdem es Calmette und Guerin nach über 13 Jahren Arbeit Anfang des 20. Jahrhunderts gelungen war, durch Züchtung von Rindertuberkelbakterien auf Spezialnährböden die BCG (Bacille-Calmette-Guérin)-Tuberkelbakterienkultur zu schaffen, begann ein neues Stadium der Tuberkulose-Schutzimpfung. Die BCG-Impfung wurde vor allem bei Kindern angewendet, die einer besonderen Infektionsgefahr ausgesetzt waren. Die Ärzte waren sich über die Zuverlässigkeit dieser Schutzimpfung jedoch nicht einig. Zwar war man im Allgemeinen der Meinung, dass dieses Impfverfahren unschädlich sei, jedoch nur, wenn die BCG-Kulturen in einwandfreier Weise hergestellt wurden, was nur in Spezialinstituten erfolgen konnte. Bis Anfang des 20. Jh. galt die Tuberkulose als unheilbar. Erst als 1949 neue Antibiotika entdeckt oder entwickelt wurden (Neomycin, Streptomycin, Sulfonamide) war eine Behandlung beim Menschen möglich. Da die Untersuchungsmethoden in der Veterinärmedizin es nicht ermöglichen, eine Tuberkulose so frühzeitig zu erkennen, dass eine erfolgreiche Therapie sinnvoll schien und da sämtliche Medikamente über Wochen, wenn nicht sogar Monate verabreicht werden mussten, sprachen wirtschaftliche Gründe gegen die Therapie von Tieren.

**Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt
zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung**



links: positive Reaktion auf den Tuberkulintest
rechts: Messung der Hautfaltendicke



**Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt
zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung**

Als Louis Pasteur im ausgehenden 19. Jahrhundert entdeckte, dass eine kurze Erhitzung von Milch auf 60 - 90 °C die darin enthaltenen Mikroorganismen abtötet, konnte damit die Seuchenweitergabe durch die Milch unterbunden werden.

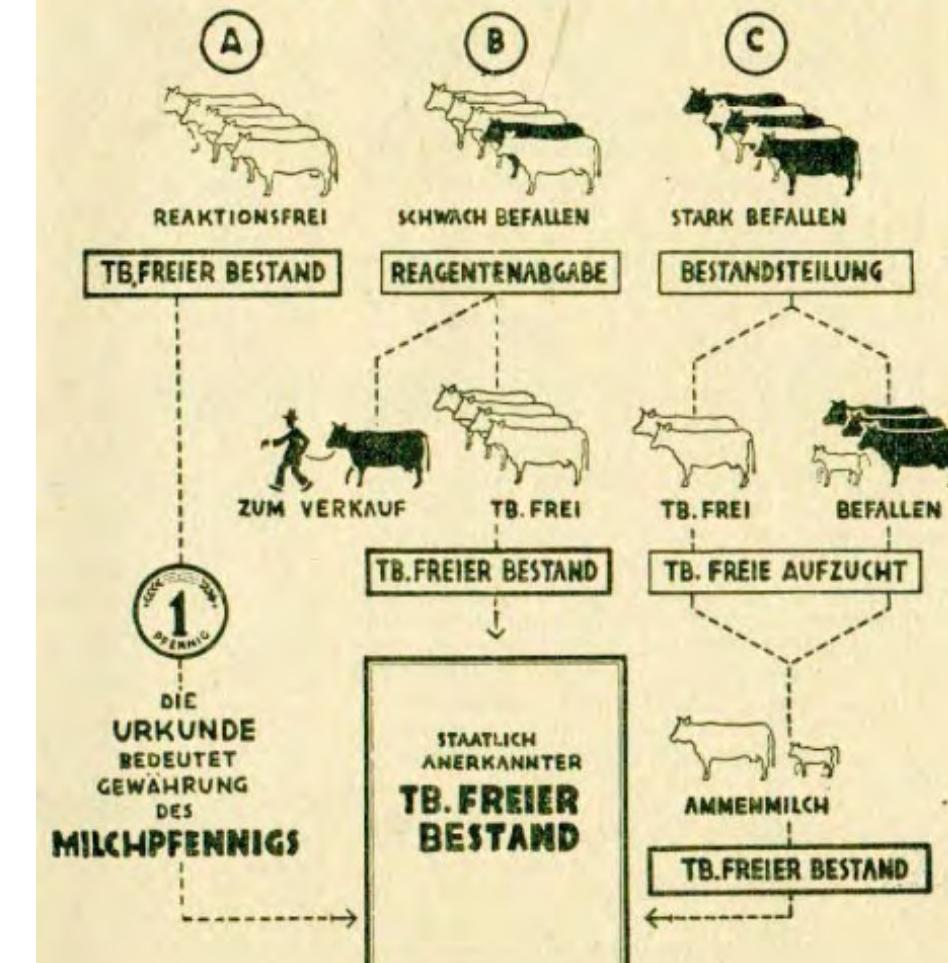
Laut dem Tuberkulosejahrbuch aus den Jahren 1950/51 erkrankten damals jährlich rund 41.000 Menschen in Deutschland an boviner Tuberkulose. 1.800 der Betroffenen starben pro Jahr, was 10 Prozent der gesamten Tuberkulose-Todesfälle im Bundesgebiet entsprach. Diese Krankheit ist bis in die heutige Zeit von Bedeutung. Und sie begleitet den Menschen schon seit sehr langer Zeit, so konnte schon an Skeletten aus der Jungsteinzeit und aus dem alten Ägypten Tuberkulose nachgewiesen werden.

Eine organisierte Bekämpfung durch Verwaltung und Tierärzteschaft allein schien nicht erfolgversprechend. Stattdessen wurde im Oktober 1949 der Rindergesundheitsdienst unter der Leitung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und des Staatsministeriums des Innern unter Mithilfe der Bayerischen Tierseuchenkasse gegründet. Schon kurze Zeit später nahm er

als eine seiner bedeutendsten Aufgaben das staatlich gelenkte, freiwillige Tuberkulose-Bekämpfungsverfahren auf. Ein wesentlicher Bestandteil dieses Verfahrens war die Diagnostik der Tuberkulose der Rinder mit der Tuberkulinsprobe. Dabei wird eine standardisierte Menge Tuberkulins, das sind aufgereinigte Eiweißstoffe der Tuberkelbakterien intrakutan an der Schulter injiziert. 3 bis 4 Tage später wird die Reaktion abgelesen. War das Ergebnis zweifelhaft, konnte an der ersten Injektionsstelle eine zweite Injektion vorgenommen und nach 2 Tagen erneut abgelesen werden. Um einen Überblick über den Verseuchungsgrad und die geografische Verbreitung der Seuche in Bayern zu erhalten, wurden 1949 in rund fünfzehn Landkreisen sämtliche Rinder tuberkuliniert: „Dabei wurde nach Untersuchung von 535.000 Tieren ein Landesdurchschnitt an Reagenten von 40 % ermittelt“.

**Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt
zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung**

WEG ZUR TUBERKULOSEFREIHEIT



Der Weg zur Tuberkulosefreiheit

**Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt
zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung**

In Bayern wurde unter Anwendung dieses Verfahrens die Rindertuberkulosebekämpfung Ende 1948 aufgenommen. Die Bekämpfung erfolgte im Auftrag des Innenministeriums auf freiwilliger Basis unter der gemeinsamen Leitung der Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung in Oberschleißheim und der Veterinäruntersuchungsanstalt in Nürnberg. Im Rahmen dieses Verfahrens mussten alle Rinder eines Bestandes im Alter von mehr als drei Monaten mit Tuberkulin, das von der Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung geliefert und kostenlos zur Verfügung gestellt wurde, tuberkuliniert werden. Zeigten Tiere eine positive Reaktion, musste der Impftierarzt bei diesen eine klinische Untersuchung durchführen. Erhärtete sich daraufhin der Verdacht einer Tuberkulose, waren Ausscheidungsproben an die zuständige Untersuchungsanstalt einzusenden. Bestand bei positiv reagierenden Milchkühen kein klinischer Verdacht auf Eutertuberkulose, mussten dennoch Sammelmilchproben untersucht werden. Positive Tiere wurden ausgemerzt. Daneben wurde die tuberkulosefreie Aufzucht eingeführt, das heißt, Kälber wurden nur mit Milch sicher tuberkulosefreier Kühe gefüttert.

Eigentümer tuberkulosefreier oder schwach positiver Bestände konnten, nach Entfernung der positiv reagierenden Tiere, beim zuständigen Amtstierarzt einen Antrag auf staatliche Anerkennung als tuberkulosefreier Bestand stellen. Sie erhielten dann ein Schild mit der Aufschrift „Staatlich anerkannter tuberkulosefreier Bestand“. Einen zusätzlichen Anreiz für Landwirte, dem freiwilligen Tuberkulosebekämpfungsverfahren beizutreten, sah die Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung in der Einführung des so genannten „Milchpfennigs“, der Garantie für einen erhöhten Milchpreis für Milch aus tuberkulosefreien Beständen, der ab Juni 1950 galt.

Die Zahl der zu untersuchenden Ausscheidungs- und Milchproben bezüglich Rindertuberkulose war von wenigen Tausend im Jahr 1949/50 auf 23.382 im Jahre 1955 gestiegen.

**Von der Veterinärpolizeilichen Anstalt
zur Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung**

Bis Ende 1960 erreichte die Tuberkulosebekämpfung einen sehr zufriedenstellenden Stand: 372.888 Bestände waren dem Bekämpfungsverfahren mittlerweile angeschlossen, was einem Prozentsatz von 99,2 entsprach. 338.951 landwirtschaftliche Betriebe, rund, 90 %, waren staatlich anerkannt tuberkulosefrei. Nachdem das Tuberkulosebekämpfungsprogramm so erfolgreich war, dass der Rindergesundheitsdienst seine Arbeiten auf diesem Gebiet einstellen konnte, wurde zur Sicherung der anerkannt tuberkulosefreien Bestände festgelegt, dass die Bestände vorerst weiterhin jährlich auf Tuberkulose zu untersuchen waren. Im Jahr 1964 ging man bereits dazu über, dass Bestände nur noch alle zwei, später nur noch alle drei Jahre zu untersuchen und reagierende Tiere sofort auszumerzen seien. 1996 wurde Deutschland von der EU-Kommission als amtlich frei von Tuberkulose anerkannt, was bedeutet, dass 99,9 % aller Rinder seit 10 Jahren frei davon sind. 1997 wurde die Tuberkulinisierung der Rinder eingestellt. Die Überwachung findet am Schlachthof statt. Dort wird auf entsprechende pathologisch-anatomische Veränderungen geachtet.



*Stalltafel nach
erfolgreicher Tierseuchenbekämpfung*

Der weitere Weg - 1974 bis 2001



Von der Bayerischen Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung Oberschleißheim zum Landesuntersuchungsamt für das Gesundheitswesen Südbayern

Das Landesuntersuchungsamt Südbayern (LUA Süd)

Von der Bayerischen Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung Oberschleißheim zum Landesuntersuchungsamt für das Gesundheitswesen Südbayern

Zu Beginn der 1970er Jahre existierten in Bayern insgesamt elf staatliche Untersuchungseinrichtungen, fünf chemische Untersuchungsanstalten in München, Augsburg, Regensburg, Erlangen und Würzburg, vier bakteriologische Untersuchungsanstalten an denselben Orten mit Ausnahme von Augsburg sowie zwei veterinärmedizinische Untersuchungsanstalten in Oberschleißheim und Nürnberg. Angesichts stark beanspruchter Staatskassen standen Personalkürzungen und Überlegungen zur Privatisierung ins Haus. Andererseits boten die vielfältigen Querverbindungen und zunehmend fachlich übergreifende Fragestellungen die Möglichkeit zu interdisziplinärer Zusammenarbeit auf den Gebieten der Human- und Tiermedizin sowie der Lebensmittelüberwachung. Dazu kam der sich rasch entwickelnde technische Fortschritt. All dies legte den Gedanken einer rechtlichen, organisatorischen und räumlichen Zusammenlegung nahe. Effektivität, z.B. durch optimale Ausnutzung hochwertiger, kostspieliger Analysegeräte und Rationalisierung durch eine

zentrale Verwaltung waren die Leitmotive dieser Ämterzusammenlegung. So erhielt das Landbauamt München am 4. November 1969 den Planungsauftrag für den Neubau der Staatlichen Bakteriologischen Untersuchungsanstalt München in räumlicher Verbindung mit der Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung in Oberschleißheim. Am 30. Juli 1970 wurde dieser Planungsauftrag um den Neubau der Staatlichen Chemischen Untersuchungsanstalt erweitert. Die Gebäude sollten auf einem staatlichen Grundstück in Oberschleißheim errichtet werden, das bisher nur von der Bayerischen Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung genutzt wurde.

Mit der Durchführungsverordnung zum Vollzug des Lebensmittelrechts vom 16. März 1973, die am 1. Januar 1974 in Kraft trat, wurden die beiden Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen in Bayern durch den organisatorischen Zusammenschluss der bereits bestehenden Staatlichen Untersuchungsämter gegründet. Die Grundsteinlegung für den ersten Bauabschnitt des Landesuntersuchungsamtes für das Gesundheitswesen in Südbayern (LUA) erfolgte 1977. Die Aufgaben des Amtes, das für die Regierungsbezirke Oberbayern, Niederbayern und Schwaben

zuständig sein sollte, umfassten zum einen den Verbraucherschutz und zum anderen den Gesundheitsschutz bei Mensch und Tier. Auf der Basis umfangreicher Untersuchungen erstellten die wissenschaftlichen Sachverständigen des Amtes Befunde, Gutachten und Stellungnahmen für Tierärzte, Ärzte sowie für Veterinärämter, Gesundheitsämter und Kreisverwaltungsbehörden.

Präsident des neu errichteten Landesuntersuchungsamtes für das Gesundheitswesen in Südbayern wurde Prof. Dr. Erich Coduro. Der Direktor der ehemaligen Bayerischen Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung Prof. Dr. med. vet. Georg Beck übernahm die Leitung des Fachbereichs Veterinärwesen. Nach dessen Ausscheiden folgte am 1. Juli 1977 Dr. med. vet. Ernst Schmittiel nach.

Von den 70ern bis in die 90er Jahre

Die Lage der LUA Süd

Gebäude

Da die neuen Gebäude erst errichtet werden mussten, war eine sofortige räumliche Zusammenlegung aller Amtsteile nicht möglich. Durch Umorganisationen versuchte die Amtsleitung die vorhandene Bausubstanz optimal zu nutzen. So zogen am 1. Juli 1978 Teile der Verwaltung in Räume des ehemaligen Direktorenwohngebäudes (sogenannte „Villa“) in Oberschleißheim. Dadurch konnten im dritten Obergeschoß des Altbau (heutiger D-Bau) Laborräume für die Diagnostik der Rinder-

leukose und ein Lehrlabor für die Ausbildung veterinärmedizinisch-technischer Assistentinnen eingerichtet werden.

Die Baumaßnahme „Bauabschnitt I“ zog sich insgesamt bis 1984 hin. In dieser Zeit entstanden das zweigeschossige Gebäude für die Versuchstierstallungen (heutiger E-Bau), das ab 1979 von den veterinärmedizinischen Abteilungen genutzt werden konnte, das Wohngebäude für die Hausmeister und das 1980 fertiggestell-

te dreigeschossige, unterkellerte Allgemeingebäude (heutiger A-Bau), das im Erdgeschoß die Personalkantine, im 1. Obergeschoß Kurs- und Lehrmittelräume sowie die Bibliothek und im 2. Obergeschoß Büroräume für das Präsidium und andere Mitarbeiter beherbergt. Die Abteilungen für Humanmedizin sowie Recht und Verwaltung (Z) bezogen 1981 das fünfgeschossige Laborgebäude (heutiger B-Bau).

Der Umzug einiger Sachgebiete der Veterinärmedizin in dieses Gebäude entspannte deutlich die räumliche Situation im Altbau. Außerdem konnte auch das Büro des Personalratsvorsitzenden von der Lothstraße nach Oberschleißheim verlegt werden. Allerdings gab es 1981 auch einen Rückschritt für den Verbraucherschutz, denn der Neubau des Chemiegebäudes in Oberschleißheim (Bau-Abschnitt II) wurde zurückgestellt. Als letzter Neubau des ersten Bauabschnittes konnte im Herbst 1984 die Mehrzweckhalle (heutiger F-Bau) in Betrieb genommen werden, deren zügige Fertigstellung laut Jahresbericht 1982 und Einzeldokumenten, im Hinblick auf die unbefriedigende Unterbringung und Ausstattung dringend erwartet wurde, „denn es mussten z. B. die Kraftfahrzeuge bereits das dritte Jahr im Freien stehen“.

Das Gebäude bietet unter anderem Raum für eine Sektionshalle, Werkstätten, Personalumkleide und Waschräume, die Hauswerkstätte, die Post- und Probenannahmestelle sowie Garagen, so dass neue Büroräume im Veterinärbau zur Verfügung standen.

Und doch war das LUA auch 1984 räumlich noch nicht ganz vereint.

Der 12. März 1986 markierte den Beginn von Bauabschnitt II mit der Errichtung des Dienstgebäudes für die chemischen Abteilungen. Im November 1987 zogen die Dienststellen Lothstraße und Ernsbergerstraße in den Neubau für die Abteilungen der Chemie (heutiger C-Bau). Dank der engagierten Mitarbeit aller Bediensteten verlief der Umzug lediglich mit einer Einschränkung des Dienstbetriebs für ca. 4 Wochen, aber sonst ohne nennenswerte Zwischenfälle.

1986 traf der Ministerrat die Entscheidung, die Außenstelle Augsburg auch künftig als Außenstelle aufrecht zu erhalten und das Arbeitsgebiet „kosmetische Mittel“ dorthin zu verlagern

Am 21. September 1988 war es endlich soweit. Im Rahmen einer Einweihungsfeier sprachen neben dem damaligen Staatsminister des Innern, August R. Lang der Präsident des Landesuntersuchungsamtes Prof. Dr. Coduro und verschiedene regionale Politiker. Unter großer

Beteiligung von Vertretern der Behörden, der Wirtschaft und der Verbände schloss sich der Feier ein Rundgang durch die Neubauten mit fachlichen Demonstrationen an. Voraus ging den Feierlichkeiten ein viel beachtetes wissenschaftliches Kolloquium über den Europäischen Binnenmarkt.

1989 konnten schließlich noch notwendige Reparaturen zur Substanzerhaltung durchgeführt werden und die Außenfassaden der Veterinärgebäude erhielten einen neuen Farbanstrich.

Die Vorbereitungen für eine Verlagerung der Arbeitsgebiete „kosmetische Mittel“ und „Fische aus Oberflächengewässern“ nach Oberschleißheim und des Arbeitsgebietes „Süße alkoholfreie Erfrischungsgetränke“ nach Augsburg wurden 1989 abgeschlossen, so dass diese Umorganisation Anfang des Jahres 1990 erfolgen konnte.

Organisation

1979 wurden die früheren Fachbereiche gemäß dem Ministerialschreiben vom 14. Dezember in Abteilungen und Sachgebiete gegliedert. Das Landesuntersuchungsamt Südbayern bestand aus mehreren Abteilungen, die alle dem Präsidenten unterstanden. Neben einer Zentralabteilung und drei Abteilungen der Chemie einschließlich Pharmazie gab es eine Abteilung der Humanmedizin und die Abteilungen II (Tierseuchen, Tollwut) und III (Pathologie, Histologie, Lebensmittelhygiene) der Veterinärmedizin. Angeschlossen an das LUA war eine Berufsfachschule zur Ausbildung von veterinärmedizinisch-technischen Assistentinnen. Der neue Geschäftsverteilungsplan trat am 1. Mai 1980 in Kraft.



*Luftaufnahme der Landesanstalt für
Tierseuchenbekämpfung aus dem Jahr 1969*

Von der Bayerischen Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung Oberschleißheim zum Landesuntersuchungsamt für das Gesundheitswesen Südbayern

EDV

1979 wurde auch erstmals die Möglichkeit einer schrittweisen Einführung der automatisierten Datenverarbeitung und der Einsatz von Schreibautomaten geprüft und im technischen und Verwaltungsbereich für notwendig und wirtschaftlich vertretbar erachtet. Um die EDV-Anlage aufzunehmen und so die Dienststelle in der Lothstraße zu entlasten, sollte das ehemalige Direktorenhaus („Villa“) umgebaut werden.

Zunächst wurden aber das Labordaten- und das Textsystem mit einem Textautomaten in der Lothstraße installiert. Die Inbetriebnahme der Datenverarbeitungsanlage mit dem Betriebssystem BS 2000 im Bereich Chemie (Lothstraße) 1982 war der entscheidende Schritt. Anfang 1985 erfolgte die Inbetriebnahme des EDV-Verfahrens zur Erfassung und Verarbeitung von Probenstammdaten. Dafür kam ein Programmierer vom Statistischen Landesamt zum LUA Süd. Die EDV-Anlage wurde schließlich 1986 in der „Villa“ untergebracht, wo sich auch heute noch die EDV-Abteilung befindet.

Personal

Um sämtliche Personalangelegenheiten einheitlich bearbeiten zu können entstand im Verwaltungsbereich eine gemeinsame Personalstelle, die zunächst in angemieteten Räumen in der Winzererstraße untergebracht war.

In den veterinärmedizinischen Abteilungen wirkte sich das Inkrafttreten der Verordnung zum Schutz gegen die Leukose der Rinder (Leukose Verordnung) vom 10. August 1976 besonders dramatisch aus.

Die ca. 400.000 Untersuchungen im 1. Halbjahr konnten nur durch Abzug von Personal aus anderen Abteilungen sowie durch angeordnete Überstunden bewältigt werden.

Zwei weitere Neuerungen waren 1978 zum einen die Wahl eines für den ganzen Bereich des Landesuntersuchungsamtes zuständigen Personalrats und zum anderen der erste gemeinsame Betriebsausflug.

Anfang der 1980er Jahre kam die Diskussion über die Einführung der gleitenden Arbeitszeit auf. Bei einer Abstimmung hatten sich die Bediensteten dafür entschieden, allerdings hatte das Bayerische Staatsministerium des

Von der Bayerischen Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung Oberschleißheim zum Landesuntersuchungsamt für das Gesundheitswesen Südbayern

Qualitätssicherung

Inneren auch 1984 noch keine Entscheidung darüber getroffen. 1985 konnte mit der Anschaffung der benötigten Zeiterfassungsgeräte und einer entsprechenden Dienstvereinbarung die gleitende Arbeitszeit zunächst probeweise eingeführt werden. Die personelle Situation blieb auch in der ersten Hälfte der 80er Jahre unverändert angespannt.

Mit dem Erreichen der Altersgrenze schied am 31. Januar 1990 der erste Präsident des Landesuntersuchungsamtes für das Gesundheitswesen Südbayern Prof. Dr. Erich Coduro aus seinem Amt aus. Die Verabschiedung nahm bei einer Feierstunde im Januar 1990 in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste der Staatssekretär im Bayrischen Staatsministerium des Innern Dr. Beckstein vor, der auch das Gesamtwerk des scheidenden Präsidenten lobend hervorhob. Als Nachfolger erhielt in dieser Feierstunde Dr. Sigurd Henner die Ernennungsurkunde zum neuen Leiter des Amtes.

Der im Jahre 1992 erstmalig durchgeführte „Tag der offenen Tür“, stieß bei der Bevölkerung der näheren und weiteren Umgebung auf großes Interesse.

Gemäß der Richtlinie 93/99/EWG vom 29. Oktober 1993 mussten die von den Mitgliedsstaaten beauftragten Laboratorien bis 1. November 1998 ein Qualitätsnormensystem eingeführt haben, das anerkannten und harmonisierten Bewertungskriterien, z. B. mit der Erstellung von SOPs (Standardarbeitsanweisung, Standard Operating Procedures), entsprach und auch von einer staatlichen Bewertungsstelle zertifiziert sein musste.

Für die stufenweise Einführung eines Qualitäts sicherungssystems erfasssten die Mitarbeiter alle angewandten Analysemethoden der betroffenen Arbeitsgebiete. Dieser Abschnitt des QS-Systems bedeutete mit über 1.300 Methoden einen erheblichen zusätzlichen Arbeitsaufwand. Der QS Beauftragte erstellte den ersten Entwurf eines QS-Handbuchs mit sog. allgemeingültigen Verfahrensanweisungen, die im Gegensatz zu den SOPs (Gültigkeitsbereich nur im einzelnen Labor) für den gesamten QS-Bereich galten. Damit vermied man, dass in jedem Arbeitsgebiet allgemeine und grund sätzliche Anweisungen wiederholt werden mussten. Beispielsweise wurde mit Verwen dung von neu erstellten Formblättern eine einheitliche Struktur geschaffen.

Aufgaben

Veterinärmedizin

Die veterinärmedizinischen Abteilungen des LUA waren vornehmlich mit der Diagnostik von Tierseuchen nach dem Tierseuchengesetz. bzw. mit dem Erkennen und Verhüten von Tierkrankheiten sowie mit der bakteriologischen Fleisch- und Milchuntersuchung bzw. Lebensmittel mikrobiologie betraut.

Mit ihren Gutachten unterstützten sie insbesondere die Veterinärämter, Landratsämter, kreisfreie Städte sowie Gesundheitsämter bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.

Ein vielfältiges Aufgabengebiet umfasste die „Impfstoffabteilung“: Herstellung und Abgabe u.a. von Schweinepest-Kristallviolettvakzine, Borna-Impfstoff, Rauschbrand- Pararauschbrand-Vakzine sowie stallspezifischen Impfstoffen für Rinder, Schafe und Schweine, Herstellung von Antigenen wie z. B. für die Leptospirendiagnostik zur Durchführung der Mikroagglutinationsreaktion (MAR), Prüfung von Seren und Impfstoffen sowie die Abgabe vor allem von MKS-Impfstoff an die Staatlichen Veterinärämter.

Im Jahre 1982 musste das LUA-Südbayern wegen einer Umstrukturierung der Außenstelle Regensburg zusätzlich 71.769 Untersuchungen aus dem Niederbayerischen Raum übernehmen. Mit der Übertragung der Fischseuchenbekämpfung kamen für den Bereich Veterinärmedizin weitere Aufgaben hinzu.

Dazu errichtete das LUA im Stall Anlagen zur Fischhälterung sowie einen Laborraum.

1982 wurde das Sachgebiet Pathologie unterteilt in Pathologie I für die Untersuchung landwirtschaftlicher Nutztiere und die Sterilitätsdiagnostik und Pathologie II für die Untersuchung von Haustieren, Wild, Geflügel und die Histopathologie. In diesem Jahr untersuchte die Pathologie im Auftrag des bayerischen Schweingesundheitsdienstes zusätzlich 26.000 Lungen und Rüssel von Schweinen auf enzootische Pneumonie und Rhinitis atrophicans.

Die diagnostischen Möglichkeiten in der Virologie wurden 1983 durch die Anschaffung eines Elektronenmikroskopes, das interdisziplinär von Veterinär- und Humanmedizin genutzt wurde, erweitert.



oben: Panorama-Aufnahme,
Beginn der Neubauten 1976
unten: Gänsebrunnen vor dem Veterinärbau

Ein weiterer Tätigkeitsbereich bestand in der Aus- und Fortbildung unter anderem von zukünftigen Amtstierärzten (Veterinärreferendaren), in Durchführung von Lehrgängen für Lebensmittelüberwachungsbeamte, Ausbildung von Tierärzten in der bakteriologischen Fleischuntersuchung, sowie der Ausbildung und Prüfung zur veterinärmedizinischen Assistentin.

Tierseuchen

Eine der Hauptaufgaben der veterinärmedizinischen Abteilungen besteht im Erkennen und Bekämpfen von Tierseuchen. Ziel und Zweck staatlicher Bekämpfungsmaßnahmen sind das schnelle Erkennen, die Eindämmung und letztlich die Ausrottung von Krankheitserregern, die große wirtschaftliche Bedeutung haben oder ein Gefahrenpotenzial für den Menschen darstellen, wie z. B. Infektionskrankheiten, die vom Tier auf den Menschen übertragbar sind.

Rinder-Leukose (ERL)

Die enzootische Leukose der Rinder (ERL) ist eine Art der Leukämie, die sich als B-Zell-Leukämie oder als malignes Lymphom aus B-Zellen äußert. Sie tritt als sporadische Form auf, de-

ren Ursache unbekannt ist und als infektiöse Form, hervorgerufen durch das Rinderleukämie-Virus (BLV, bovine leukemia virus), ein Retrovirus. Die meisten infizierten Tiere zeigen jedoch keine klinischen Anzeichen. Wegen der wirtschaftlichen Bedeutung gab es europaweite Bekämpfungsprogramme. In Deutschland wurde diese anzeigepflichtige Seuche nach der Verordnung zum Schutz gegen die Leukose der Rinder (Rinder-Leukose-Verordnung) bekämpft, die am 1. Dezember 1976 in Kraft trat.

Dementsprechend begann 1977 die großflächige Diagnostik auf Rinderleukose. Allein in diesem Jahr wurden 406.384 Rinder aus 20.028 Beständen untersucht. Die Zählung der Leukozyten erfolgte mittels Coulter Counter. Bei erhöhten Leukozytenzahlen mussten die Proben zusätzlich per Hand mittels Zählkammer ausgezählt und gegebenenfalls ein Differenzialblutbild zur Ermittlung der Lymphozytenzahl erstellt werden.

Ab November 1978 war in der Rinderleukoseverordnung eine neue serologische Testmethode, der Agar-Gel-Immun-Diffusionstest (AGIDT), zum Nachweis der enzootischen Leukose des Rindes vorgeschrieben.



*Das Direktorenhaus in seiner jetzigen Form,
es wurde erhalten und beherbergt heute die EDV.*

Die Leukosediagnostik wurde an den beiden LUAs zum 1. März 1979 auf das neue serologische Verfahren umgestellt. 1981 führte das LUA den empfindlicheren ELISA (Enzyme Linked Immunosorbent Assay) ein. Durch den Beschluss der Landkreise, alle Betriebe auf Leukose untersuchen zu lassen, steigerte sich die Zahl der Untersuchungen im Jahre 1984 auf fast 650.000. Erste Erfolge der Bekämpfung zeigten sich bald, die Zahl der Reagenzien war rückläufig. Die fachlichen Fortschritte bei der Diagnostik der Leukose ermöglichen es, Ende der 90er Jahre die routinemäßige Kontrolle von Rinderbeständen, die bisher durch Blutuntersuchungen aller über zwei Jahre alten Rinder (in 3-jährigem Turnus) durchgeführt wurde, auf die Untersuchung von Sammelmilchproben mittels ELISA-Tests umzustellen.

In enger Zusammenarbeit mit dem Tiergesundheitsdienst (TGD) Grub und dem Milchprüf ring (MPR) wurden an den beiden LUAs die ersten automatisierten Labore etabliert.

Das Leukosebekämpfungsprogramm war bundesweit sehr erfolgreich, allerdings ergab sich mit der Wiedervereinigung eine neue Problematik, denn die Ausgangslage in den beiden deutschen Staaten war unmittelbar vor der

deutschen Einheit sehr unterschiedlich. Durch den innerdeutschen Handel mit lebenden Tieren kam es zunächst zu einem erheblichen Anstieg der Neuausbrüche. Ab 1994 fiel dieser Wert wieder stetig ab, so dass die Bundesrepublik Deutschland seit 1998 die amtliche Anerkennung als leukosefreier Mitgliedstaat gemäß Richtlinie 64/432/EWG erfüllt.

Infektiöse Bovine Rhinotracheitis (IBR / IPV / BHV 1)

1976 gelang es erstmals, den Erreger von IBR / IPV zu isolieren. Es handelt sich um das bovine Herpesvirus 1 (BHV 1). Dies ermöglichte gezielte Diagnostik, epidemiologische Untersuchungen und Impfstoffentwicklung. Die Infektion mit dem bovinen Herpesvirus führt zu verschiedenen Krankheitsbildern. Häufig verläuft die Infektion bei Einzeltieren oder sogar in ganzen Beständen klinisch unauffällig. Sehr variable klinische Manifestationen sind jedoch möglich. Die vorwiegend respiratorische Form wird als Infektiöse Bovine Rhinotracheitis (IBR) bezeichnet. Daneben gibt es eine genitale Form (IPV) und bei Infektion trächtiger Tiere können Aborte auftreten. Einmal infizierte Tiere bleiben lebenslang latent infiziert. Das Virus kann dann

jederzeit wieder produziert und ausgeschieden werden und somit unbemerkt zur Infektion von Kontaktieren führen. Die Erkrankung hat vor allem durch Beschränkungen beim Handel mit Rindern innerhalb und außerhalb der europäischen Union große wirtschaftliche Bedeutung.

Deshalb führten die Ämter 1983 im Auftrag der bayerischen Tierseuchenkasse (TSK) seroepidemiologische Untersuchungen durch, um den Durchseuchungsgrad der Rinderbestände zu ermitteln. In ca. 25 % der eingesandten Proben wurden BHV 1-Virusantikörper nachgewiesen, wobei sich deutliche regionale Unterschiede zeigten.

Am 1. Juli 1986 begann das freiwillige Verfahren zum Schutz der einheimischen Rinderbestände vor der BHV 1-Infektion. Im Rahmen dieses Bekämpfungsprogrammes, das von der Bayerischen Tierseuchenkasse finanziert wurde, untersuchte das LUA Südbayern vom 1. Juli 86 bis 31. Dezember 86 insgesamt 203.740 Proben aus 4.887 Beständen mittels ELISA.

Erstuntersuchungen und laufende Kontrolluntersuchungen unverdächtiger Bestände erfolgten aus Bestandsmilchproben (über den Milch-

prüf ring MPR) beim Tiergesundheitsdienst TGD Grub, die Untersuchung von Einzelproben bei den beiden LUAs.

Ab 1. Juni 1994 wurde die Untersuchung der BHV 1-Proben komplett an den TGD Grub abgegeben, um an den LUAs Kapazitäten für das Bekämpfungsprogramm gegen die Aujeszky-sche Krankheit der Schweine zu schaffen.

Seit 1997 ist die Erkrankung in der Bundesrepublik anzeigepflichtig und wird in Deutschland nach der „Verordnung zum Schutz der Rinder vor einer Infektion mit dem Bovinen Herpesvirus Typ 1 (BHV1-VO)“ bekämpft. Die Umsetzung der Sanierung erfolgt auf Länderebene und ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich weit fortgeschritten. Bayern ist seit 2011 BHV 1-frei.

Brucellose (Seuchenhaftes Verwerfen)

Brucellose ist eine vom Tier auf den Menschen übertragbare Infektionskrankheit (Zoonose), die durch Bakterien der Gattung Brucella hervorgerufen wird. Diese Bakterien kommen weltweit vor. Sie verursachen bei Paarhufern, aber auch bei anderen Haustieren und Wild

Entzündungen der Milchdrüsen und Geschlechtsorgane mit Aborten, beim Menschen sind Fieber und Entzündungen von Lymphknoten, Milz, Leber und anderen Organen bezeichnend. Brucellen werden vor allem bei der Geburt durch das Fruchtwasser und Nachgeburtsflüssigkeiten übertragen. Außerdem ist das Bakterium in unpasteurisierter Milch und daraus hergestelltem Käse über mehrere Wochen überlebensfähig, woraus sich der Hauptinfektionsweg für den Menschen ergibt.

Auch die Brucellose ist eine Krankheit, die nach der bundeseinheitlichen Brucellose-Verordnung trotz immer wieder auftretender Herde in den 80er Jahren, erfolgreich bekämpft werden konnte. Entsprechend der EWG-Richtlinie Rinder und Schweine (64/432/EWG) gelten die Nutzviehbestände der Bundesrepublik Deutschland seit Juli 1999 als brucellosefrei. Die Brucellosefreiheit wird ebenso wie die Leukosefreiheit in regelmäßigen Abständen über Sammelmilchproben (Bestände, die zu mindestens 30 % aus Milchkühen bestehen) bzw. Einzelblutproben überprüft.

Bovine Virusdiarrhoe/Mucosal Disease (BVD/MD)

Die BVD/MD, bovine Virusdiarrhoe/Mucosal Disease ist eine wirtschaftlich bedeutende Infektionskrankheit der Rinder. Es handelt sich dabei um eine Virusinfektion, bei der es je nach Infektionszeitpunkt zu unterschiedlichen Krankheitsbildern kommt. Die Krankheit ist weltweit verbreitet, bis zu 90 % aller Rinder infizieren sich im Laufe ihres Lebens mit dem BVD-Virus (BVDV). Die Infektion verläuft bei gesunden, erwachsenen Rindern meist subklinisch mit milden Krankheitssymptomen wie Durchfall, Fieber und Schleimhautveränderungen im Maul. Bei trächtigen Rindern wird das Virus über die Plazenta auf den Fetus übertragen. In Abhängigkeit vom Trächtigkeitsstadium kommt es zu Aborten, Missbildungen, oder zur Geburt von persistent infizierten (PI) Kälbern (Dauer-ausscheider, Virämiker). PI-Tiere scheiden das Virus lebenslang in großer Menge aus und spielen die Hauptrolle bei der Übertragung der Infektion. Bei PI-Kälbern tritt meist im Alter von sechs Monaten bis zwei Jahren die Mucosal Disease (MD) auf, die durch Fieber, Appetitlosigkeit und hochgradige, oft blutige Durchfälle gekennzeichnet ist und innerhalb von zwei Wochen tödlich endet. Die meisten PI-Tiere sterben im ersten Lebensjahr an Mucosal Disease (MD).

In den 70er Jahren war BVD neben der Rindergruppe die vorherrschende Virusinfektion bei Rindern. Die ersten Zahlen stammen aus dem Jahr 1983. Aus 19 % getesteter verendeter Tiere konnte das LUA das Virus isolieren und in ca. 71 % der getesteten Seren waren neutralisierende Antikörper nachweisbar. Seit die Biologie des Virus bekannt ist, weiß man, dass die Häufigkeit persistent virämischer Tiere theoretisch bei etwa 3 %, tatsächlich meist darunter liegt.

Bei der Bekämpfung der BVDV-Infektion steht das Auffinden und Entfernen von PI-Tieren und die Verhinderung des Viehverkehrs mit diesen Tieren im Vordergrund

2001 wurden erstmals am Landesuntersuchungsamt Südbayern Blutuntersuchungen auf BVD-Antigen im Rahmen des Almabtriebes von Rindern durchgeführt, um zu verhindern, dass BVDV-Virämiker auf den Gemeinschaftsweiden andere Rinder infizieren.

Dabei wurden 25.716 Proben (2.368 Bestände) untersucht, von denen 302 (142 Bestände) positiv waren. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen stellten auch einen wichtigen Beitrag hinsichtlich der Zuverlässigkeit des eingesetzten Diagnostikums (BVD RNS-ELISA) für das zu-

künftige BVD-Bekämpfungsprogramm in Bayern dar. Parallel dazu wurden Proben im Rahmen einer Dissertation serologisch auf BVD-Antikörper untersucht. Damit sollte bei Tieren in ausgewählten Betrieben überprüft werden, ob durch den Auftrieb auf Gemeinschaftsweiden BVDV-Infektionen ablaufen.

Aujeszkysche Krankheit (AK)

Neben diesen Rinderseuchen gab es auch ein Bekämpfungsprogramm gegen die Aujeszkysche Krankheit der Schweine. AK ist eine der gefährlichsten Viruserkrankungen der Schweine und führt auch bei vielen anderen Säugetieren (Hund, Katze, Rind, Pferd) zum Tod. Der Mensch ist für den Erreger, das Suide Herpesvirus, nicht empfänglich. Aufgrund der großen wirtschaftlichen Schäden, die AK verursachte, wurde 1981 die Anzeigepflicht eingeführt und Anfang der 90er Jahre bundesweit ein nationales Bekämpfungsprogramm zur Tilgung der AK implementiert. Der Schwerpunkt der Bekämpfungsmaßnahmen lag dabei vor allem in den westlichen Bundesländern, da die östlichen Bundesländer schon seit 1985 als AK-frei galten. Das führte am LUA zu einem starken Anstieg der zu untersuchenden

Blutproben. Deshalb erteilte das LUA im Mai 1994 den Auftrag, „Hard- und Software für ein ELISA-Untersuchungssystem zur automatisierten Untersuchung von Schweineblutproben auf Aujeszky'sche Krankheit und andere Parameter“, zu entwickeln. Als Pilotprojekt wurde eine Software entwickelt, die über den Einsatz eines Probenverteilers die Zuordnung von barcodierten Proben zu den entsprechenden über die EDV erfassten Anträge sowie eine automatisierte Befunderstellung gestattete. Somit war es möglich, große Probenmengen kurzfristig zu bearbeiten. Bereits im Dezember 1997 waren alle sauenhaltenden Betriebe nahezu AK-frei, so dass die Untersuchungen auch auf Mastbestände ausgeweitet wurden. Im Jahre 2002 waren 100 % aller 144.616 im ELISA Test auf AK untersuchten Proben negativ. Im gesamten Berichtsjahr 2002 konnten keine Reagenzien nachgewiesen werden. Mit Wirkung vom 1. April 2002 wurde Bayern offiziell als frei von der Aujeszky'schen Krankheit bei Schweinen erklärt. Um den Status der AK-Freiheit zu sichern, werden jährliche serologische Untersuchungen von Stichproben der Schwei nemast- und zuchtbestände durchgeführt.

Klassische Schweinepest, Europäische Schweinepest (KSP, ESP)

Im Frühjahr und Herbst 1994 kam es in Oberbayern zu Ausbrüchen der Klassischen Schweinepest, die wahrscheinlich durch das Verfüttern nicht ausreichend erhitzter Speiseabfälle an Mastschweine verursacht wurden. Dies führte zu einer enormen Steigerung der Arbeitsbelastung im LUA, denn in kürzester Zeit mussten Tausende von Blutproben zusätzlich untersucht werden. Im Jahr 1994 belief sich die Zahl der zur Seuchenermittlung untersuchten Blutproben auf 40.985. Unerwartete Probleme ergaben sich durch die mangelnde Spezifität der eingesetzten ELISA-Testsysteme, die Kreuzreaktionen mit BVD / MD-Antikörpern aufwiesen, so dass zeitintensive Ausschlussuntersuchungen zur Abklärung erforderlich waren. Die Ausbrüche konnten erfolgreich eingedämmt werden. Aufgrund der EU-Richtlinien 94/462 und 95/296 wurde ein Screeningprogramm aufgelegt, für das 1996 noch 13.551 Blutproben, entsprechend 5 % der bayerischen Zuchtschweine auf ESP-Antikörper untersucht wurden. 1996 war keine der Proben positiv.



Rind mit BVD/MD

Psittakose

Bei der Psittakose handelt es sich um eine Zoonose, die durch das Bakterium *Chlamydia psittaci* verursacht wird. Vom Ende des 19. bis etwa Mitte des 20. Jahrhunderts kam es immer wieder zu schweren Epidemien weltweit.

Der Erreger kommt bei Papageien (Psittaciden), aber auch bei Wildvögeln und Nutzgeflügel vor. Bei den Vögeln verläuft die Infektion meist subklinisch persistierend. Beim Menschen treten zum Teil tödlich verlaufende atypische Lungenentzündungen auf. Seit 1934 wurde die Psittakose in Deutschland staatlich bekämpft, seit 1969 gehörte sie hierzulande zu den anzeigenpflichtigen Tierseuchen. Doch trotz aller Bekämpfungsmaßnahmen wurden auch noch im Jahr 2000 über 100 Fälle bei Mensch und Tier gemeldet, womit die Psittakose zu den am häufigsten angezeigten Tierseuchen zählte.

Ihren Schrecken verlor die Psittakose mit der Entdeckung wirksamer Antibiotika, die die Möglichkeit einer wirkungsvollen Therapie boten und zur Einführung der Zwangstherapie positiv getesteter Papageien mit Tetrazyklin führten.

Das LUA führte zum einen den Erreger nachweis in Kot- oder Tupferproben verdächtiger Vögel und überprüfte zum anderen die Behand-

lungsmaßnahmen durch die Bestimmung von Chlortetrazyklin in Kot-, Blut-, Organ- und Futterproben.

Allerdings können Chlamydien bei einer persistierenden Infektion aufgrund ihres Lebenszyklus nicht eliminiert werden. Es ist nicht möglich, den Erreger durch eine Behandlung auszurotten und so chlamydienfreie Bestände zu schaffen. Durch den subklinischen Verlauf beim Vogel werden außerdem viele Infektionen beim Tier nicht bemerkt. In den letzten 15 Jahren gingen die Zahlen der angezeigten Psittakosefälle zudem kontinuierlich zurück, weshalb am 19. Juli 2011 die Anzeigenpflicht und die Psittakose-Verordnung aufgehoben wurden.

Tollwut

Der Erreger der klassischen, sogenannten terrestrischen Tollwut ist weltweit verbreitet. In Mitteleuropa waren Füchse die Hauptüberträger der Tollwut. Das Virus kann alle Säugetiere und den Menschen infizieren. Die Übertragung erfolgt durch den Speichel eines infizierten Tieres, in der Regel durch einen Biss. Von der Eintrittsstelle aus wandert das Virus an den Nervenbahnen entlang bis ins Gehirn,



*Frau Adler mit der Mäusezucht
für die Tollwut-Diagnostik 1964*

wo es sich vermehrt und eine Entzündung her vorruft. Die Krankheit äußert sich bei Mensch und Tier in Wesensveränderungen, Bewusstseinsstörungen und fortschreitenden Lähmungen. In der Regel endet die Tollwut tödlich. Es gibt keine wirksame Behandlung und eine sichere Diagnose ist erst nach dem Tod möglich.

Die Tollwutdiagnostik war von jeher einer der wichtigsten Aufgabenbereiche des LUA Südbayern. Als diagnostische Methoden wurden der Negrikörperchen-Nachweis, der Fluoreszenz-Antikörper-Test sowie der Mäuse-Infektionstest durchgeführt. Bis 1983 sind Wildtiere, insbesondere der Fuchs, Hauptträger der Tollwut. So wurden im Jahr 1974 79% aller eingesandten Füchse (1.224) positiv getestet. Bis zum Jahr 1983 war eine steigende Tendenz nicht nur bei den Wildtieren, sondern auch bei den Haustieren zu beobachten. Die Anzahl durch tollwutkranke Tiere verletzter Menschen blieb über die Jahre hinweg mit durchschnittlich ca. 59 Personen pro Jahr gleichbleibend hoch. Die seit 30 Jahren andauernde Tollwutverseuchung und die vergeblichen Versuche die Wildertollwut durch eine starke Dezimierung der Fuchspopulation einzudämmen – Methoden wie das Auslegen von Giftködern, das Fallenstellen, das Ausgraben von Fuchs-

welpen und die Fuchsbaubegasung waren aus Natur- und Tierschutzgründen bedenklich, die Bejagung wenig erfolgreich –, veranlassten die bayerische Veterinärverwaltung das Verfahren der oralen Immunisierung von Füchsen gegen die Tollwut mit einem abgeschwächten (attuierten) Lebendimpfstoff in einem mehrjährigen Feldversuch zu überprüfen. Der erste Feldversuch fand 1983 in Südostbayern statt. Vor der Auslegeaktion der Impfköder mussten am LUA aufwendige Vorarbeiten erbracht werden. 9.000 tiefgefrorene Hühnerköpfe aus einer Geflügelschlachterei mussten von Hand mit Tetrazyklin beimpft und mit den Impfkapseln bestückt werden. Das durch seine Fähigkeit, Knochen anzufärben, leicht nachweisbare Tetrazyklin diente der Kontrolle, ob die Füchse die Impfköder überhaupt aufnahmen. Fünf Mannschaften zu je zwei Personen waren daran beteiligt. Die Köder wurden von 87 Ausleemannschaften in dem Versuchsgebiet ausgetragen. Vier Wochen nach der Auslegeaktion mussten Kontrollen auf die Wirksamkeit und die Unschädlichkeit des Impfstoffes vorgenommen werden. Dazu wurden etwa 100 erlegte Füchse aus dem Versuchsgebiet, der Randzone und dem angrenzenden tollwutfreien Kontrollgebiet untersucht. Serumproben und Knochenstücke wurden entnommen und

zur Bestimmung des Antikörpertiters und des Tetrazyklingehaltes an das WHO-Zentrum in Tübingen versandt. Es zeigte sich, dass 90 % der Füchse den Impfstoffköder aufgenommen und 74 % Antikörper gegen das Tollwutvirus ausgebildet hatten. Somit war davon auszugehen, dass diese Füchse gegen eine Tollwutinfektion in freier Wildbahn geschützt sind. Um zu überprüfen, ob kleine Nagetiere im Impfgebiet das Tollwutimpfvirus ebenfalls aufgenommen hatten und dieses eventuell von ihnen ausgeschieden werden könnte, wurden 148 Mäuse gefangen und untersucht. Alle Untersuchungen waren negativ. Ermutigt durch die ersten Ergebnisse, führte das LUA im Oktober 1983 den Versuch in größerem Umfang fort. Dazu wurden ca. 23.000 Hühnerköpfe in gleicher Weise behandelt und ausgetragen. Mit den Vorbereitungen waren am LUA 15 Personen eine Woche lang beschäftigt. Die Ergebnisse der Kontrolluntersuchungen zeigten, dass ca. 54 % der Füchse Tollwutantikörper ausgebildet hatten. Da der Feldversuch erfolgversprechend verlief, wurde er 1984 fortgesetzt. Eine Verbesserung und Arbeitserleichterung für die Mitarbeiter des LUA brachte die Einführung eines von der damaligen Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere (BFAV) in Tübingen entwickelten

maschinell herstellbaren Köders (Tübinger Köder). Die bessere Verfügbarkeit industriell herstellbarer Köder schaffte 1985 die Voraussetzung für die großflächige Ausbringung der Impfköder in allen Bundesländern, bei der zunehmend Flugzeuge eingesetzt wurden. Über die folgenden Jahre führte das LUA weiterhin die Untersuchungen der Kontrollfüchse (Antikörper- und Tetrazyklinbestimmung) durch. Die Impfaktionen fanden auch noch zwei Jahre lang statt, nachdem 2006 der letzte Tollwutfall bei einem Fuchs in Deutschland nachgewiesen wurde, um eine Ausbreitung eventuell unentdeckter Tollwutfälle zu verhindern. 2008, nach 25 Jahren erfüllte Deutschland die internationa len Kriterien der Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE) für die Tollwutfreiheit. Auf das Ende der Impfaktionen folgte noch eine Überwachungsphase von zwei Jahren.

Tuberkulose (TBC)

Die koordinierte Bekämpfung der Tuberkulose hatte in Deutschland bereits in den 50er Jahren begonnen und wurde über die Jahre mit der Tuberkulintestung der Bestände immer weiter geführt. In den 80er Jahren gab es noch viele positive Testergebnisse, auch bei Lymphknoten, die in der amtlichen Fleischuntersuchung auffielen und deshalb zur Abklärung an das LUA geschickt wurden. Der Erfolg der Bekämpfungsmaßnahmen zeigte sich, als Deutschland mit Wirkung vom 1. Juli 1996 als „amtlich frei von Rindertuberkulose“ anerkannt wurde. Daraufhin wurden die Untersuchungen der Rinder mittels Tuberkulintest im Jahr 1997 eingestellt und durch Untersuchungen im Rahmen der amtlichen Fleischuntersuchung ersetzt.

Leptospirose

Im Arbeitsgebiet Leptospirose wurden und werden Antigene für die Diagnostik in der MAR (Mikroagglutinationsreaktion) hergestellt. Ein Großteil der Untersuchungen entfällt auf die Diagnostik bei Aborten sowie im Rahmen der Untersuchungen für Besamungsstationen. Ebenso werden für Krankenhäuser humanmedizinische Proben auf Leptospirose untersucht.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Leptospirendiagnostik bei Pferden. So gelang 1998 am LUA Süd erstmals bei mehreren Pferden, die an Equine rezidivierenden Uveitis (ERU, „Mondblindheit der Pferde“) erkrankt waren, der direkte *in vivo* Nachweis von Leptospiren im Glaskörpermaterial. Damit konnte die seit langem bestehende Vermutung bestätigt werden, dass eine Leptospireninfektion die ERU auslösen kann.

Bienenseuchen

Bienenseuchen, vor allem die Milbenseuche und die Varroose (alter Name: Varroatose) spielten auch in den 70er und 80er Jahren eine große Rolle.

Unter Milbenseuche wird der Befall der Biene mit *Acarapis woodii*, der Tracheenmilbe verstanden. Dieser Parasit lebt und vermehrt sich in den Tracheen, also den Atemwegen der Biene. Starker Befall kann zum Absterben des ganzen Volkes führen. Zur Diagnose werden die Milben mikroskopisch z. B. in Totenfall nachgewiesen. 1980 wurden insgesamt ca. 733.000 Bienen zur Diagnose der Milbenseuche manuell präpariert und mikroskopiert.



Bandwurm,
historisches, anatomisches Feuchtpläparat

Damit wurden 10.510 Bienenvölker (pro Volk ca. 20 Bienen) mehr untersucht als 1979. Auch die weltweit bedeutendste Bienenseuche, die Varroose, wird durch Milben verursacht. Diese Milben der Art Varroa destructor legen ihre Eier in die Brut der Bienen. Dadurch werden zum einen die Einzelbienen in ihrer Entwicklung behindert, so dass es zu Zwergenwuchs und Missbildungen kommt, zum anderen wird das ganze Volk geschwächt und anfälliger für Krankheitserreger, die zum Teil auch durch die Milben übertragen werden.

Die Bekämpfung der Varroose ist in der Bienenseuchen-Verordnung gesetzlich geregelt. Die Diagnose erfolgt durch Gemülluntersuchungen. Dazu wurde ab 1978 als neues Untersuchungsverfahren das Flotationsverfahren mit Äthanol zur Gewinnung von Varroa-Milben im Wintergemüll eingesetzt. Mit dieser Methode wurden 1980 6.346 Proben Wintergemüll auf Varroamilben, davon in Amtshilfe 3.978 Proben im LUA Nord untersucht. Die Zahlen stiegen in den Folgejahren noch an.

Eine anzeigepflichtige Bienenseuche stellt die Amerikanische oder bösartige Faulbrut dar. Dabei handelt es sich um eine durch das Bakterium *Paenibacillus larvae* hervorgerufene Erkrankung der Brut der Honigbienen, die zum

Absterben der Bienenlarven führt. Die von den Bakterien gebildeten Sporen können leicht mit dem Wind verbreitet werden. Die Amerikanische Faulbrut stellt keinerlei Gefahr für die ausgewachsene Biene, den Menschen oder andere Lebewesen dar.

Parasitologie

Ein weiteres großes Aufgabenfeld der Veterinärmedizin bildet die Parasitologie.

Hier werden Untersuchungen auf alle Arten von Parasiten durchgeführt, z. B. an Kotproben von Nutzieren, aber auch von Haus, Wild- und Zootieren. Im Jahr 1995 wurden ca. 14.000 Kotproben untersucht. Dazu kamen Untersuchungen von Darm oder Darmteilen von zur Sektion eingesandten Tierkörpern. Einen wichtigen Teilbereich stellte dabei der Nachweis humanpathogener Parasiten dar. So konnte 1982 der indirekte Hämagglutinationstest zum Nachweis von Antikörpern gegen *Toxoplasma gondii*, dem Erreger der Toxoplasmose als Nachweismethode für die Routinediagnostik eingeführt werden. Für die Toxoplasmose-Diagnostik richtete das LUA ein eigenes Sachgebiet ein.

Lebensmittel

Die Aufgaben der Lebensmittelkrobiologie bestanden in der routinemäßigen Überwachung der mikrobiologischen Beschaffenheit von angeforderten Planproben verschiedenster Lebensmittel, ferner in der sensorischen und mikrobiologischen Begutachtung von Lebensmitteln, die von Verbrauchern oder den Lebensmittelüberwachungsbehörden als verdorben oder verdächtig angesehenen wurden. Beim Ausbruch von durch Lebensmittel verursachten Erkrankungsfällen erweiterte sich das Aufgabengebiet um die Ursachenforschung, mit dem Ziel, herauszufinden, welches Lebensmittel und welcher Erreger (z. B. Salmonellen, *Campylobacter*, *Listerien*, *EHEC*) der Grund für die Erkrankungen war. Dafür wurden Proben der verdächtigen Lebensmittel überprüft und in interdisziplinärer Zusammenarbeit mit den Ergebnissen der Gesundheits- und Veterinärämter sowie der humanmedizinischen Untersuchungen abgeglichen. Im Zusammenhang mit wiederholt auftretenden Massenerkrankungen wird das Landesuntersuchungsamt immer wieder intensiv in die Ermittlungsuntersuchungen einbezogen, wozu auch Umgebungsuntersuchungen im Küchenbereich der betroffenen Betriebe gehören. Ein Beispiel für derartige Ermittlungsarbeit ist die Magen-Darm-Erkrankung

kung von 205 Soldaten und Zivilangestellten der Bundeswehr 1989 nach dem Genuss einer Nachspeise, die mit rohen Eiern zubereitet wurde. Als Auslöser konnte *Salmonella enteritidis* identifiziert werden. Ende 1995 / Anfang 1996 traten in Bayern plötzlich gehäuft Infektionen mit enterohämmorrhagischen *Escherichia coli* (Ehec) auf. Dies stellte eine besondere Herausforderung für das Amt dar, denn für die sehr aufwendigen Untersuchungen auf diese vor allem für Kleinkinder gefährlichen Krankheitserreger mussten in kürzester Zeit neuartige empfindliche Methoden etabliert werden. Die Diagnose erfolgte zunächst mit ELISA und serologischer Differenzierung, bis schließlich Mitte der 1990er Jahre mit der PCR (Polymerase Chain Reaction) eine hochspezifische molekularbiologische Methode eingeführt werden konnte.

Im Rahmen der Milchhygiene, eines weiteren wichtigen Aufgabenbereiches der Lebensmittelkrobiologie wurden 1986 erstmals 92 verschiedene in- und ausländische Käsearten auf *Listeria monocytogenes*, den Erreger der Listeriose untersucht. Damals konnte in keiner der Proben Listerien nachgewiesen werden. Allerdings machten 1987 Listerienfunde in verschiedenen Weichkäsen weitere umfangreiche Un-

tersuchungen notwendig. Listeriose tritt bei Tieren und Menschen auf und kann sich beim Menschen durch grippeähnliche Symptome oder Magen-Darm-Beschwerden äußern. Besonders gefährlich sind Listerien für immungeschwächte Personen, bei denen es zu einer Blutvergiftung und Gehirnentzündung kommen kann. Eine Listerieninfektion in der Schwangerschaft kann zu Fehl- oder Totgeburten führen. Durch die anhaltende Listerienproblematik bedingt wurden die Untersuchungen auf Listerien von Milchprodukten kontinuierlich fortgesetzt, und das Untersuchungsspektrum auf andere Lebensmittel (wie Fleisch, Wurst, Gemüse) erweitert.

Die neue Milchverordnung, die am 23. Juni 1989 in Kraft trat, zielte darauf ab, die Qualität der Rohmilch bereits im Herstellerbetrieb zu verbessern. Dies führte am LUA zu einer Zunahme der Untersuchungen von Milchproben euterkranker Tiere und zur Abnahme der milchhygienischen Untersuchungen von Kannenmilchproben. Im Bereich der weiterverarbeitenden Betriebe wurde ab diesem Zeitpunkt die zu untersuchende Produktpalette und auch der Untersuchungsumfang erweitert, zum Beispiel um den Limulus-Test zum Nachweis entzündungsfördernder Stoffe (bakterielle



Dr. Henner bei der Salmonellen-Typisierung

Lipopolysaccharide) in wärmebehandelter Konsummilch. Ab 1990 entfielen die rechtlichen Voraussetzungen für Untersuchungen bei Milch-Ab-Hof-Abgabe. Allerdings kam es 1991 zu einer Zunahme der Betriebe, die Vorzugsmilch erzeugten und auch die Einsendungen von Milch anderer Tierarten als dem Rind nahmen zu.

1988 weitete sich der Aufgabenbereich der Lebensmittelmikrobiologie aus, da jetzt auch die mikrobiologische Untersuchung diätischer Lebensmittel (zum Beispiel Kindernahrung) nach der Diät-Verordnung und von Kosmetika in Anlehnung der Vorgaben für Arzneimittel dazu kamen.

Einen weiteren wichtigen Tätigkeitsbereich bildete die bakteriologische Fleischuntersuchung (BU), die dem Nachweis bakterieller Krankheitserreger (vor allem von Zoonoseerreger wie Milzbrandbazillen, Rotlaufbakterien, Listerien, Brucellen und Salmonellen) oder anderen Keimen in Fleisch dient. Bei Verdacht auf Salmonellen erfolgte eine Typisierung der unterschiedlich pathogenen Unterarten durch serologische Untersuchungen.

Die BU wird im Rahmen der Schlachttier- und Fleischbeschau gesetzgebung durchgeführt und leistet einen wesentlichen Beitrag zum Verbraucherschutz. 1940 erfolgte mit den Ausführungsbestimmungen A–D zum Fleischbeschau gesetz vom 15. April 1937 eine Anpassung der Fleischbeschau an die neuesten Erkenntnisse der Mikrobiologie und Tierseuchenlehre, die Trichinen- schau wurde verpflichtend. Die konsequenten Regelungen verbesserten den Schutz des Verbrauchers vor durch den Konsum von Fleisch auf den Menschen übertragbaren bakteriellen und parasitären Erkrankungen. Mit immer größer werdenden Tierbeständen veränderte sich jedoch allmählich das Infektionsgeschehen. Dazu kam der vermehrte Einsatz neuer und hochwirksamer Pharmaka in der Nutztierhaltung, eine neue Gefährdung, vor der es den Verbraucher zu schützen galt. Das vermehrte Auftreten von Rückständen aus dem Arzneimittelleinsatz führte 1974 zu einer großen Erweiterung des Fleischbeschau gesetzes durch die Einführung stichprobenartiger Untersuchungen auf Hemmstoffe (antibakteriell wirksame Substanzen) sowie auf Stoffe mit Östrogenwirkung und Thyreostatika (Schilddrüsenhemmstoffe). 1986 wurden die Gesetze zur Fleischuntersuchung und das Fleischbeschau gesetz grundlegend überarbeitet.

Unter dem Titel „Fleischhygienegesetz“ erhielt es eine neue Form, und inhaltlich wurden nun auch die neuesten Erkenntnisse des Arzneimittelrechts und der Rückstandsproblematik berücksichtigt. Bis heute werden am LGL auffällige Proben von Schlachttierkörpern im Rahmen der BU untersucht.

Ein Problem, das uns heute ganz aktuell erscheint, ist auch in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts schon einmal aufgetaucht. Zufällig ans Amt gelangte Informationen führten dazu, dass 1987 Rohwürste aus Belgien, Frankreich, Italien und Deutschland mit dem Agar-Gel-Immundiffusionstest auf Pferdefleisch untersucht wurden. Die belgischen Salamis reagierten positiv. Auch 1988 enthielten Proben belgischer Rohwürste noch Pferdefleisch. Spätere Nachuntersuchungen blieben dann negativ.

1987 nahm das LUA aus aktuellem Anlass Untersuchungsmethoden zum Nachweis von Nematodenlarven in Seefischen in das Methodenprogramm auf. Diese Untersuchungen werden bis heute routinemäßig durchgeführt.

Ab Herbst 1991 wurde der Plan zur Entnahme von Planproben geändert, um das vom bayerischen Kabinett verabschiedete Konzept zur Verbesserung des Verbraucherschutzes durch eine gezielte Vorverlagerung der Überwachung bei den Lebensmittelproduzenten umzusetzen. Es wurden verstärkt Proben bei einigen ausgesuchten bayerischen Herstellern entnommen. Dadurch konnten auch Erfahrungen für die optimale Zusammenstellung eines Überwachungsteams für Betriebsbegehungen gesammelt werden.



Gründung des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL)

Die Jahre um die Jahrtausendwende waren geprägt von der BSE-Krise. Auch in Deutschland hat sich dadurch das Interesse an Themen der Lebensmittelsicherheit schlagartig erhöht, was zu strukturellen und organisatorischen Veränderungen auf Bundes- und Landesebene führte. Auf Bundesebene wurde im Jahr 2001 der Verbraucherschutz dem neu gebildeten Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) angegliedert sowie im Jahr 2002 das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) und das Bundesamt für Verbraucherschutz (BVL) gegründet.

Bayern reagierte 2001 mit der Gründung des damaligen Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz (StMGEV). Mit Wirkung zum 1. Januar 2002 wurde für zentrale Aufgaben das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) neu geschaffen. 2003 wurden in Bayern die Bereiche Verbraucherschutz und Gesundheit und die Zuständigkeit für den Umweltschutz im neu gebildeten Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

(StMUGV) zusammengeführt, das nach der Landtagswahl 2008 den Namen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (StMUG) erhielt.

In der Verordnung über die Einrichtung des Bayerischen Landesamtes für das Gesundheitswesen und für Lebensmittelsicherheit (LGLV) vom 27. November 2001 wurden die Aufgaben des LGL genau festgelegt: Sie bestehen in der Fortführung der Funktionen, der beiden Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen, ergänzt um die Bereiche Futtermittel und Ernährung aus dem Geschäftsbereich des StMLF, um das Isotopenlabor von der Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenbau und um die Akademie für das öffentliche Gesundheitswesen aus dem StMGEV. Dazu kommt die fachlich wissenschaftliche Unterstützung des Geschäftsbereichs des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz (StMGEV), insbesondere durch Beschreibung und Überwachung von Risiken für die menschliche und tierische Gesundheit bzw. auf dem Gebiet der Lebensmittel- und

Von den Landesuntersuchungsämtern zum Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL)

Futtermittelsicherheit (Risikoanalyse und Risikobewertung). Dafür erarbeitet das LGL Programme und Maßnahmen zum Qualitätsmanagement und zur prozessorientierten Kontrolle bei der Herstellung bzw. Erzeugung von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen, kosmetischen Mitteln, Futtermitteln und anderen Produkten. Es betreibt anwendungsorientierte Forschung und stellt fachliche Grundlagen und Standards für die Tätigkeit der Fach- und Vollzugsbehörden bereit. Im Bereich des Tierschutzes wird das Landesamt fachlich unterstützend tätig. Das Landesamt erarbeitet die fachlichen Grundlagen für die neuen Aufgaben im Bereich der Ernährung und der Gesundheit. Es sorgt für den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse für die Allgemeinheit und es errichtet die neuen Akademien für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz.

Vor zahlreichen Ehrengästen aus Politik, Wissenschaft und Verwaltung eröffnete am 7. Juli 2003 der damalige Verbraucherschutzminister Eberhard Sinner die neuen Gebäude des LGL im Eggenreuther Weg in Erlangen. Baubeginn für den offenen und modernen Neubau war im Oktober 1999. Neben dem Altbau besteht der neue „Campus“ des LGL aus einem kreisrunden Verwaltungsbau und

drei jeweils um einen Innenhof angeordneten Laborbauten.

Aufbauend auf der großen Erfahrung der Landesuntersuchungsämter konnte das LGL zu einem modernen und effektiven Fachdienstleister für Verwaltung und Politik aufgebaut werden. Ein wesentlicher Meilenstein war hierbei die Inbetriebnahme des modernen Laborkomplexes in Erlangen. Durch die nun zusätzlich vorhandenen modernen technischen und räumlichen Möglichkeiten wurden die analytischen und wissenschaftlichen Kapazitäten des Landesamtes wesentlich erweitert. Auch am Standort Oberschleißheim wurden verschiedene Um- und Ausbaumaßnahmen angegangen, um die räumlichen Voraussetzungen für moderne und effektive Labor- und Arbeitsabläufe zu verbessern. Erste Schritte in diese Richtung waren im Frühjahr 2004 die neu geschaffenen Räumlichkeiten für das Tollwut- und das Fuchsbandwurmlabor. Das Infrastrukturkonzept für den Standort Oberschleißheim wurde 2007 weiterentwickelt. Als erste Teilmaßnahme erfolgte die Sanierung des Chemiebauteiles. Ferner gelang es nach mehrjähriger Planungs- und Bauphase, die Arbeiten an den Sektionsräumen für Füchse im Bauteil F abzuschließen. Das LGL erhielt damit einen

Von den Landesuntersuchungsämtern zum Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL)



Der Chemikerbrunnen vor dem LGL Oberschleißheim

**Von den Landesuntersuchungsämtern
zum Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL)**

L3 Sicherheitsbereich, der vor allem auch ein Höchstmaß an Arbeitssicherheit für die Beschäftigten gewährleistet. Der zweite Bauabschnitt der technischen Sanierung des C-Baus in Oberschleißheim konnte im Frühjahr 2011 seiner Bestimmung übergeben werden.

Die Ende der 1990er Jahre beginnende Verwaltungsreform in Bayern, deren Ziel unter anderem war, Aufgaben von den Ministerien an nachgeordnete Behörden zu verlagern, brachte für das LGL eine Reihe neuer Aufgaben. So übernahm das LGL nach der Auflösung des Landesamtes für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik, alle Themen mit Gesundheitsbezug, die restlichen Aufgaben wurden dem Landesumweltamt übertragen. In organisatorischer Hinsicht erfolgte die Integration im LGL durch die Bildung einer eigenständigen Abteilung „Landesinstitut für Arbeitsschutz und Produktsicherheit.“

Der „Gammelfleisch-Skandal“ 2006 machte deutlich, dass weitere Anstrengungen erforderlich waren, um den berechtigten Erwartungen der Öffentlichkeit auf dem Gebiet der Lebensmittelsicherheit gerecht zu werden. Zusätzliche Maßnahmen waren: die Schaffung der „Spezialeinheit Lebensmittelsicherheit“, das Schalten

einer Hotline für vertrauliche Hinweise aus der Bevölkerung auf Unregelmäßigkeiten im Lebensmittelbereich und die Einrichtung des Datenbanksystems TIZIAN. Damit verbunden ist der Einsatz erheblicher personeller und finanzieller Ressourcen.

Spezialeinheit Lebensmittelsicherheit (SE)

Die SE stellt eine eigene Abteilung am LGL dar, das Landesinstitut Spezialeinheit Lebensmittelsicherheit. Hier arbeiten Tierärzte, Lebensmittelchemiker, Agraringenieure, aber auch EDV-Spezialisten und Juristen eng mit den für die Untersuchungen der Lebensmittelproben zuständigen Landesinstituten zusammen. Die SE hat die Möglichkeit, bayernweit Betriebe zu kontrollieren. Dadurch bieten sich ihr deutlich bessere Vergleichsmöglichkeiten zwischen den Betrieben einzelner Branchen als den Vor-Ort-Behörden. Dies erlaubt es, bayernweit und einheitlich einen ordnungsgemäßen Betriebsablauf aufzuzeigen und einen einheitlichen Vollzug sicherzustellen. Die SE erstellt entsprechende Risikobeurteilungen legt risikoorientiert Kontrollschwerpunkte fest, erarbeitet Checklisten für die Kontrollen der Vor-Ort-Behörden und führt Schwachstellenanalysen durch. So soll zum einen eine Standardisierung und

**Von den Landesuntersuchungsämtern
zum Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL)**

TIZIAN

TIZIAN ist eine bayernweite gemeinsame Software für die Veterinär-, Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung zur einheitlichen Dateneingabe und -verarbeitung. Damit wird die fachübergreifende Integration aller Bereiche des gesundheitlichen Verbraucherschutzes, wie sie durch die europäische Gesetzgebung vorgegeben ist, umgesetzt und die Unterstützung eines Qualitätsmanagement-Systems erreicht. TIZIAN erleichtert den Arbeitsaufwand bei der Dateneingabe und bietet darüber hinaus die Möglichkeit der gemeinsamen Nutzung von Betriebsdaten aus der Lebensmittelüberwachung, veterinarrechtlich relevanten Daten der bayerischen Veterinärverwaltung sowie Daten zu Betriebskontrollen, Probenahmen und Untersuchungen. TIZIAN bietet Schnittstellen zu diversen anderen Informationsträgern und ermöglicht so den zeitnahen und reibungslosen Datenabgleich und eine Integration von Informationen aus unterschiedlichen Quellen. Daneben stellt es eine kontinuierliche und systematische Verknüpfung zum bayerischen Qualitätsmanagement-System her. Derzeit nutzen bereits circa 1.500 Anwender aus über 100 Behörden dieses zentrale EDV-System. Das LGL ist für die fachliche Ausgestaltung und Weiterentwicklung von TIZIAN zuständig.

Aus dem Bereich der Lebensmittelsicherheit stammen nach wie viele der vom LGL initiierten oder selbst getragenen Forschungsprojekte, doch konnte das LGL auch in der Human- und Veterinärmedizin deutliche Forschungsakzente setzen. Im Vordergrund steht bei allen Projekten der möglichst unmittelbare Nutzen für den gesundheitlichen Verbraucherschutz. So trägt der vom Ministerium zur Verfügung gestellte Forschungsetat erhebliche Früchte. Kooperationsverträge, die das LGL mit renommierten Partnern geschlossen hat (Universität Erlangen- Nürnberg, Ludwig-Maximilians- Universität München, Fraunhofer Institut für integrierte Schaltungen IIS) stellen sicher, dass es zu einem kontinuierlichen Austausch von Erkenntnissen und Ideen kommt. Gerade in seiner Scharnierfunktion zwischen Wissenschaft und Politik ist das LGL auf eine enge Vernetzung mit lokalen und nationalen Einrichtungen wissenschaftlicher Exzellenz angewiesen. Hierzu eignen sich neben Kooperationsverträgen mit Hochschulen und gemeinsamen wissenschaftlichen Projekten in besonderer Weise auch Kongresse. So konnte mit dem bedeutendsten deutschsprachigen Public Health-Kongress 2007 in Augsburg eine herausragende Organisationsleistung unter Beweis gestellt werden, die weit über die

Grenzen des Freistaates hinaus anerkennend wahrgenommen wurde.

ViSkompakt

2007 wurden auch die organisatorischen und technischen Voraussetzungen zur Einführung des elektronischen Dokumentenmanagementsystems für die Verwaltung und revisionssichere Registrierung des Schriftgutes (ViSkompakt) geschaffen, das im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit (StMUG) und somit auch beim LGL Einzug gehalten hat. Ab 01. Januar 2007 wurde auch das neue zentrale Labor-InformationManagementSystem (LIMS) im Veterinärbereich eingesetzt. Nach und nach wurden auch die humanmedizinischen Labore und die Bereiche Lebensmittel und Chemie LGL-weit in das System eingegliedert.



Dienstsitz und Dienststellen des LGL in Erlangen, Oberschleißheim, München, Würzburg, Nürnberg und Schwabach

**Von den Landesuntersuchungsämtern
zum Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL)**

Umstrukturierung/ Umressortierung 2008

Die nächsten großen Umstrukturierungen kamen im Jahr 2008. Mit Prof. Dr. Volker Hingst verließ der erste LGL-Präsident nach fünf-
halb Jahren das Landesamt. Er vollbrachte die Herkulesaufgabe, die beiden Landesuntersuchungsämter Nord- und Südbayern unter einem Dach zu vereinen. Hochspezialisierte Labore und anwendungsnahe wissenschaftliche Expertisen sind zum Markenzeichen des LGL geworden. Dieser eingeschlagene Weg wird auch unter dem neuen Führungsduo Präsident Dr. Andreas Zapf und Vizepräsident Dr. Dr. Markus Schick fortgesetzt.

Auch die politischen Umressortierungen im Zuge der Landtagswahl im September 2008 betrafen das LGL: Das Amt ist seitdem nicht mehr nur dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (StMUG), sondern mit seinem Landesinstitut für Arbeitsschutz und Produktsicherheit auch dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS) unmittelbar nachgeordnet. Das Resort Ernährung wurde wieder in das Landwirtschaftsministerium eingegliedert.

Akkreditierung

Ein effizientes Qualitätsmanagementsystem (QMS) im gesundheitlichen Verbraucherschutz in Bayern stellt sicher, dass die gesetzlichen Aufgaben sachgerecht wahrgenommen und nachvollziehbar dokumentiert werden, Krisen durch zielgerichtete und normierte Kommunikationswege bewältigt und Mitarbeiter entsprechend aus- sowie kontinuierlich fortgebildet werden. Dazu wurde am LGL eine Stabsstelle mit einem Landesbeauftragten für Qualitätsmanagement (Landes-QMB) eingerichtet, unter dessen Leitung die zuständigen Behörden/Stellen seit dem 1. Januar 2008 hinsichtlich des QMS auditiert werden. Um Synergieeffekte zu schaffen und Analysen von Proben am LGL noch effizienter und einheitlicher in Nord- und Südbayern durchzuführen, wurden im Jahre 2009 die wissenschaftlich ausgerichteten Landesinstitute einheitlich aufgebaut und die beiden Analyse- und Diagnostikzentren (ADZ) Nord und Süd zu einem standortübergreifenden ADZ ausgebaut. Damit ist das LGL die größte Laboreinheit in Bayern im staatlichen und privaten Sektor für chemische, mikrobiologische, physikalische und sonstige Untersuchungen im Rahmen des Gesundheitsschutzes für Mensch und Tier. In den vier Laborbereichen des Analyse- und Diagnostikzentrums

**Von den Landesuntersuchungsämtern
zum Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL)**

Spezialeinheit Infektionshygiene

Ende 2010 wurde die Spezialeinheit Infektionshygiene gegründet. Diese ist Teil einer Offensive zur Intensivierung der krankenhaushygienischen Überwachung in Bayern. Neben der Beratung zu speziellen Fragen der Hygiene soll die Spezialeinheit subsidiär auch bei der infektionshygienischen Überwachung vor Ort tätig werden und so eine größere Kontrolltiefe erreichen. Ziel der Anstrengungen ist es, die Zahl der nosokomialen Infektionen zu senken und die Zunahme multiresistenter Krankheitserreger einzudämmen.

So weitete sich das Aufgabenfeld des LGL weiter aus. Dies zeigt sich auch im Aufbau von drei neuen Sachgebieten: die „Bayerische Gesundheitsagentur“, das „Zentrum für Gesundheitsförderung und Prävention“ sowie die neue Einheit „Versorgungsqualität, Gesundheitsökonomie und Gesundheitssystemanalyse“, die alle in einer neuen Dienststelle in Nürnberg angesiedelt sind.

**Betriebliches
Gesundheitsmanagement**

2010 hat das LGL zudem begonnen, ein Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) einzurichten. Dieses soll die psychische und körperliche Gesundheit der Beschäftigten fördern und schützen, gerade in Zeiten steigender Arbeitsanforderungen, zunehmender Arbeitsverdichtung, hoher Flexibilisierung und älter werdender Mitarbeiter.

2012 wurde eine BGM-Geschäftsstelle eingerichtet und Strukturen an allen Standorten etabliert. Als Grundlage der Umsetzung zielgerichteter Maßnahmen dienten die Ergebnisse einer 2011 durchgeföhrten Mitarbeiterbefragung. Gesundheitskreise und –angebote gibt es inzwischen für die Bereiche Kommunikation, Bewegung, Familie und Demographie.

**Bayerisches Aktionsbündnis
gegen Antibiotikaresistenzen (BAKT)**

Das Jahr 2012 stand im Zeichen des zehnjährigen Bestehens des LGL. Mit dem Fachsymposium „Antibiotikaresistenz – vom Wissen zum Handeln“ hat das LGL sein Jubiläum zu einem disziplinübergreifenden wissenschaftlichen und praxisbezogenen Austausch genutzt. Das Symposium mündete in der Unterzeichnung des „Bayerischen Aktionsbündnisses gegen Antibiotikaresistenzen“ (BAKT). Beim 1. LGL-Kongress Lebensmittelsicherheit zum Thema „Krisenmanagement – gemeinsame Ziele, gemeinsame Lösungen“ in Kulmbach ging das LGL neue Wege: Knapp 300 Teilnehmer aus Lebensmittelüberwachung, amtstierärztlichem Dienst und Justiz trafen sich in moderierten, offenen Podiumsdiskussionen zum Erfahrungs- und Informationsaustausch.



Noch ein Blick auf das heutige LGL Oberschleißheim

Verbraucherinformationsgesetz (VIG)

Im September 2012 trat das novellierte Verbraucherinformationsgesetz (VIG) in Kraft und führte zu einem Anstieg der Anfragen beim LGL. Das neue VIG gewährt wie bisher jeder natürlichen oder juristischen Person Zugang zu Informationen über Erzeugnisse im Sinne des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuchs (LFGB). Darüber hinaus umfasst der Informationsanspruch seit dem 1. September 2012 erstmals auch Verbraucherprodukte im Sinne des Produktsicherheitsgesetzes wie Haushaltsgeräte, Möbel oder Heimwerkerartikel. Neben der Ausdehnung des Anwendungsbereiches verfolgte der Gesetzgeber mit der Novellierung vor allem das Ziel, das VIG einfacher, wirksamer und bürgerfreundlicher zu gestalten. Die Änderung des Lebens- und Futtermittel-Gesetzbuchs (LFGB) durch den neu geschaffenen § 40 Abs. 1 a LFGB führte zu einer hohen Medienresonanz und zu einem Anstieg der Presse- und Verbraucheranfragen. § 40 Abs. 1 a LFGB verpflichtet seit 1. September 2012 die zuständigen Behörden,

die Öffentlichkeit unter Nennung des Unternehmers und des betroffenen Lebensmittels bzw. Futtermittels über bestimmte Verstöße im Bereich des Lebensmittel- und Futtermittelrechts zu informieren. Diese neue Veröffentlichungspflicht dient der aktiven Information der Verbraucher. Die Veröffentlichung der Verstöße erfolgt durch die zuständigen Behörden bayernweit zentral auf einer neu eingerichteten Plattform im Internetauftritt des LGL. Eine eigens eingerichtete Clearingstelle am LGL, die sich mit der Vielzahl von Auslegungs- und Abgrenzungsfragen der neuen Vorschrift beschäftigt, ermöglicht den Vor-Ort-Behörden, das am LGL vorhandene Fachwissen im Rahmen der Umsetzung der Vorschrift direkt abzurufen. Aufgrund von Eilentscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes, wonach an der Verfassungsmäßigkeit und Europarechtskonformität von Veröffentlichungen nach § 40 Abs. 1a LFGB erhebliche Zweifel bestehen, erfolgen seit Ende März 2013 seitens der bayerischen Verwaltung bis zu einer endgültigen Klärung der Rechtslage keine weiteren Veröffentlichungen mehr.

Gründung neuer Dienststellen

Im Sommer 2013 eröffnete das LGL neue Dienststellen in Nürnberg und Schwabach. Das Zentrum für Prävention und Gesundheitsförderung (ZPG) übernahm zum 1. Januar 2013 bisherige Aufgaben und das Personal der Landeszentrale für Gesundheit in Bayern e. V. (LZG). Es stärkt im „Haus der Gesundheit“ in Nürnberg künftig die Strukturen und Wirksamkeit von Gesundheitsförderung und Prävention in Bayern. Diesem Ziel dient auch die ebenfalls neu eingerichtete Landesarbeitsgemeinschaft Prävention und Gesundheitsförderung (LAGeP) mit zahlreichen Akteuren aus dem Präventionsbereich. Ebenfalls in Nürnberg ist die aus Mitteln des Programms „Aufbruch Bayern“ der Bayerischen Staatsregierung gegründete Bayerische Gesundheitsagentur (BayGA) angesiedelt. Sie hat zum Ziel, die Spitzenposition Bayerns in der Gesundheitsversorgung weiter auszubauen und den Gesundheitsstandort Bayern durch die Sicherstellung einer wohnortnahmen Versorgung zu fördern.

Die neue Landesarbeitsgemeinschaft Versorgungsforschung (LAGeV) unterstützt fachlich die bedarfsgerechte und patientenorientierte medizinische Versorgung und hat ihre Geschäftsstelle ebenfalls in Nürnberg. Das neue Kommunalbüro für ärztliche Versorgung am LGL entwickelt konkrete Lösungsmöglichkeiten für diese Herausforderungen und ist für die Kommunen beratend tätig.

Mit der Dienststelle in Schwabach wurde für die Akademie für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (AGL) ein neuer Standort in Nordbayern geschaffen. Das zentrale Qualitätsmanagement des LGL ist ebenfalls dort untergebracht.

Wichtige veterinärmedizinische Themen

Neben diesen umfassenden organisatorischen „Umbauten“ gab es in der ersten Dekade des neuen Jahrtausends auch fachlich eine ganze Reihe herausragender Themen.

Im Bereich der Veterinärmedizin zeichnete sich der Zeitraum durch das Auftreten einiger neuer Tierseuchen, Bekämpfungsprogramme für altbekannte Seuchen und das Wiederaufflammen bereits besiegt geglaubter Erkrankungen aus. Die Tierart, die besonders im Fokus stand, war das Rind.

BSE

Zur Zeit der Gründung des LGL war die BSE-Krise hochaktuell.

BSE gehört zur Gruppe der übertragbaren (transmissiblen) spongiformen Enzephalopathien (TSE) und wird durch ein fehlgefaltetes Protein, Prionprotein, ausgelöst.. Prionproteine lagern sich im zentralen Nervensystem ab und zerstören das Hirngewebe. Eine schon viel länger bekannte analoge Prion-Erkrankung bei Schaf und Ziege ist Scrapie.

Durch epidemiologische Studien konnte zweifelsfrei die Verfütterung von unzureichend erhitztem Risikomaterial - Gehirn und Nervengewebe - als Quelle der BSE-Erkrankungen festgestellt werden. Um Wiederkäuern eine bessere Eiweißversorgung zu bieten, wurde ihr Futter mit Tiermehl ergänzt, das auch aus Wiederkäuern, z. T. auch Scrapie-kranken Schafen, hergestellt wurde. Die BSE-Erkrankung trat erstmals 1985 in Großbritannien auf, nachdem dort die Verarbeitungsbedingungen in den Tierkörperbeseitigungsanlagen geändert wurden. Ihren Höhepunkt erreichte die Epidemie 1992, insgesamt wurden über 180.000 klinisch manifeste Fälle in Großbritannien registriert. An BSE erkrankte Rinder zeigen Verhaltens- und Sensibilitätsstörungen. Dazu kommen Bewegungsstörungen. Die klinischen Symptome entwickeln sich über Wochen, Monate bis Jahre, bis schließlich der Tod eintritt. Im Jahr 2000 wurde erstmals ein in Deutschland geborenes Rind positiv auf BSE getestet. Insgesamt konnte von 2000 bis heute bei über 400 in Deutschland geborenen Rindern, davon 143 in Bayern, BSE festgestellt werden. Der bisher letzte Fall in Bayern wurde 2006 nachgewiesen.



Ordnungsgemäß markierte Kälber

**Von den Landesuntersuchungsämtern
zum Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL)**

BSE ist auf verschiedene Tierarten und auch auf den Menschen übertragbar.

Auch beim Menschen kennt man schon lange TSE-Erkrankungen. Zum einen erblich bedingte Formen, z. B. die klassische Form der CJK(Creutzfeldt-Jakob Krankheit), zum anderen Erkrankungen rein infektiöser Genese wie die durch den BSE-Erreger verursachte nVCJK (neue Variante der Creutzfeldt-Jakob Krankheit). Die klassische CJK tritt zu 80 % als sporadische Form auf, deren Ursache nicht ermittelt werden kann. Während die klassische CJK vor allem ältere Patienten betrifft, tritt nVCJK vorwiegend bei jüngeren Menschen auf, und führt in der Regel innerhalb von zwei Jahren zum Tod. Durch eine Reihe von Bekämpfungsmaßnahmen konnte das Auftreten von BSE erfolgreich eingedämmt werden. Der erste Schritt war 1994 das Verfütterungsverbot von Tiermehl an Wiederkäuer. 2001 bzw. 2002 folgte dann das totale Tiermehlverfütterungsverbot.

Dazu kam die Entfernung des sogenannten spezifizierten Risikomaterials.

Ein weiterer Schritt im Hinblick auf den Verbraucherschutz war die BSE-Schnelltestung von geschlachteten Rindern. Da Prionen erst im Spätstadium der Erkrankung nachzuweisen sind, beschloss die Europäische Union, Rinder ab einem Alter von 24 bis 30 Monaten (je nach Untersuchungskategorie) untersuchen zu lassen. 2009 wurde das Testalter auf 48 Monate hochgesetzt, 2011 auf 72 Monate und seit 2013 liegt das Testpflichtalter für Rinder, die zum menschlichen Verzehr geschlachtet werden, bei 96 Monaten. Der Schnelltest wird an Gehirnmaterial durchgeführt. Die stete Erhöhung des Testpflichtalters ist den Erfolgen der eingeleiteten Maßnahmen zu verdanken.

Wegen der Vorfälle um die BSE-Untersuchung von Gehirnproben durch ein nicht zugelassenes Privatlabor und der Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten auch in anderen Bundesländern kam Bayern 2003 zu dem Beschluss, die Untersuchung von testpflichtigen Schlachtrindern ausschließlich in die Verantwortung des LGL zu überführen. Das LGL bedient sich privater Laboreinrichtungen und stellt durch besondere Qualitätssicherungsmaßnahmen und durch ein enges staatliches Beratungs- und Kontrollnetz ein besonders hohes Maß an Zuverlässigkeit sicher.

**Von den Landesuntersuchungsämtern
zum Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL)**

Dank all dieser Bekämpfungsmaßnahmen sind seit 2007 keine BSE-Fälle mehr in Deutschland aufgetreten. Bis 2014: Am 9. Januar und 5. Februar wurde jeweils ein Fall von atypischer BSE festgestellt. Beide Rinder stammten aus Brandenburg

Neben der klassischen BSE gibt es die atypische BSE, die in seltenen Fällen spontan bei Tieren ab einem Alter von acht Jahren auftritt. Die weltweite Verteilung der atypischen BSE-Fälle und das Auftreten nur bei älteren Tieren sprechen für eine spontane Entstehung dieser äußerst seltenen Erkrankung, wie bei den spontanen Fällen der Creutzfeld-Jakob-Erkrankung beim Menschen. Daher ist auch zukünftig damit zu rechnen, dass vereinzelte Fälle von atypischer BSE bei Rindern auftreten, die nicht im Zusammenhang mit der Verfütterung infektiöser tierischer Produkte stehen.

Eine Besonderheit der spontan oder erblich bedingten transmissiblen spongiformen Enzephalopathien ist die Übertragbarkeit auch der Formen, die nicht durch Infektion entstanden sind. Somit bergen diese atypischen BSE-Fälle grundsätzlich die Gefahr einer Einbringung des Erregers in die Futtermittel- und Lebensmittelketten. Dies muss bei der weiteren Überarbeitung der BSE-Bekämpfungsmaßnahmen berücksichtigt werden.

Bovine Virusdiarrhoe/Mucosal Disease (BVD/MD)

Bei BVD/MD handelt es sich um eine Virusinfektion der Rinder, bei der es je nach Infektionszeitpunkt zu unterschiedlichen Krankheitsbildern kommt. Die Infektion verläuft bei gesunden, erwachsenen Rindern meist subklinisch mit milden Krankheitssymptomen wie Durchfall, Fieber und Schleimhautveränderungen im Maul. Bei trächtigen Rindern wird das Virus über die Plazenta auf den Fetus übertragen. In Abhängigkeit vom Trächtigkeitsstadium kommt es zu Aborten, Missbildungen, oder zur Geburt von persistent infizierten (PI) Kälbern (Dauerausscheider, Virämiker). PI-Tiere scheiden das Virus lebenslang in großer Menge aus

und spielen die Hauptrolle bei der Übertragung und damit auch bei der Bekämpfung der Infektion. Bei PI-Kälbern tritt meist im Alter von sechs Monaten bis zwei Jahren die Mucosal Disease (MD) auf, die durch Fieber, Appetitlosigkeit und hochgradige, oft blutige Durchfälle gekennzeichnet ist und innerhalb von zwei Wochen tödlich endet. Die meisten PI-Tiere sterben im ersten Lebensjahr an Mucosal Disease (MD).

Das LGL führte im Jahr 2003 eine Studie zur Schätzung der Prävalenz der BVDV-Infektionen in Bayern durch. Auf Grundlage der Erkenntnisse aus dieser Studie wurde in Bayern von 2005 bis 2010 ein staatlich unterstütztes freiwilliges BVD/MD-Bekämpfungsverfahren unter Federführung des LGL durchgeführt, das mit dem Inkrafttreten der BVDV-Bundesverordnung (BVDV-VO) 2011 durch ein Pflichtbekämpfungsverfahren abgelöst wurde. Der Tierhalter muss jetzt alle nach dem 01. Januar 2011 geborenen Rinder auf das BVD-Virus untersuchen lassen. PI-Tiere müssen unverzüglich geschlachtet oder getötet werden.

Infektiöse Bovine Rhinotracheitis (IBR / IPV / BHV 1)

Beim Erreger dieser Infektionskrankheit von Rindern handelt es sich um das bovine Herpesvirus 1 (BHV 1). Die Infektion mit dem bovinen Herpesvirus führt zu verschiedenen Krankheitsbildern. Häufig verläuft die Infektion bei Einzeltieren oder sogar in ganzen Beständen klinisch unauffällig. Sehr variable klinische Manifestationen sind jedoch möglich. Die vorwiegend respiratorische Form wird als Infektiöse Bovine Rhinotracheitis (IBR) bezeichnet. Daneben gibt es eine genitale Form (IPV) und bei Infektion trächtiger Tiere können Aborte auftreten. Einmal infizierte Tiere bleiben lebenslang latent infiziert. Das Virus kann dann jederzeit wieder produziert und ausgeschieden werden und somit unbemerkt zur Infektion von Kontaktieren führen.

Für die Diagnose bei akuter klinischer Erkrankung stehen am LGL spezifische PCR-Verfahren in Kombination mit der Virusisolierung über die Zellkultur zur Verfügung. Monitoring- und Verbringungsuntersuchungen werden serologisch durchgeführt. Die Umsetzung der Sanierung nach der Verordnung zum Schutz der Rinder vor einer Infektion mit dem Bovinen Herpesvirus Typ 1 (BHV1 VO) ist in den einzel-

nen Bundesländern unterschiedlich weit fortgeschritten. Bayern erreichte 2011 als erstes, Bundesland Deutschlands den Status „BHV-1-frei“ nach Artikel 10 der Richtlinie 64/432/EWG.

Seither kam es zu einigen wenigen BHV-1-Ausbrüchen, die jedoch durch konsequentes Handeln schnell eingedämmt werden konnten und sich dadurch nicht ausbreiteten. Damit war der Status der BHV-1-Freiheit in Bayern nicht gefährdet.

Bei den Rindern sind neben diesen bekannten Seuchen auch zwei Erkrankungen aufgetreten, die bislang in Deutschland nicht verbreitet waren (Blauzungenkrankheit und Schmallenbergvirus)

Blauzungenkrankheit (Bluetongue Disease, Bluetongue, BT)

Die Blauzungenkrankheit ist eine Viruserkrankung bei Wiederkäuern, die weltweit in tropischen und subtropischen Regionen verbreitet ist. Der Erreger wird durch blutsaugende Mücken (Gniten) übertragen, in denen sich das Virus auch vermehren kann. Das Ausbreitungsgebiet der Erkrankung weitet sich seit einigen Jahren nach Norden aus. Die Erkrankung ver-

läuft häufig ohne auffällige Symptome. Oft kommt es aber nach mehrtagigem Fieber zu Veränderungen an der Haut und Schleimhaut. Besonders schwerwiegend verläuft die Erkrankung bei Schafen. Die Symptome sind bei Rindern in aller Regel weniger ausgeprägt. Durch Rückgang der Milchleistung, Fruchtbarkeitsstörungen und Kümmer kommen es aber zu wirtschaftlichen Schäden.

Nachdem die Blauzungenkrankheit im August 2006 erstmals in den Niederlanden auftrat, kam sie über Belgien auch nach Deutschland. In den Jahren 2007 und 2008 konnte eine kontinuierliche Ausbreitung der BT in Deutschland festgestellt werden. Da es eine Vielzahl von Infektionen mit ähnlichem klinischen Bild gibt, ist die Diagnose nur durch den Virus- oder Antikörperfachweis möglich. Das LGL führt den BTV-Antikörperfachweis sowie die real time PCR zum Nukleinsäurenachweis durch.

Bei dem Seuchengeschehen 2007/2008 waren interessanterweise überwiegend Rinder mit schweren klinischen Symptomen betroffen, die Einführung der Impfung konnte die Seuchenausbreitung eindämmen. Während in Deutschland im Jahr 2007 noch ca. 21.000 Krankheitsfälle (Bayern: 290) auftraten, waren die

Fallzahlen mit Einführung der Pflichtimpfung im Frühsommer 2008 stark rückläufig. Im Jahr 2009 wurden nur noch 145 Krankheitsfälle, hiervon 5 Fälle in Bayern, gezählt.

Auf Grund der rückläufigen Fallzahlen konnte zum 01. Januar 2010 die Impfverpflichtung aufgehoben und auf freiwillige Impfung umgestiegen werden. Seit dem Februar 2012 ist Deutschland wieder frei von Blauzungenkrankheit.

Schmallenberg-Virus (SBV)

SBV wurde im November 2011 erstmals durch das Friedrich-Loeffler-Institut aus Probenmaterial von einem Rind isoliert und charakterisiert. Die vorläufige Benennung erfolgte nach dem Ort Schmallenberg (NRW), dem Herkunftsland des Materials. Seitdem wurden SBV-Infektionen in vielen europäischen Ländern bei verschiedenen Wiederkäuerarten nachgewiesen. Der tatsächliche Ursprung ist noch unbekannt, das Virus ist eng verwandt mit dem asiatischen Akabane-Virus. Bisher gibt es keinen Hinweis auf eine Präsenz von SBV in Europa vor 2011. Man geht daher von einem Neueintrag der Infektion nach Zentraleuropa im Frühjahr oder

Frühsommer 2011 aus. Seitdem hat in Deutschland eine schnelle, bundesweite Ausbreitung stattgefunden. Seit Ende August 2012 wird die Infektion auch in Südbayern vor allem bei Rindern nachgewiesen. Serologische Daten sprechen für eine hohe Seroprävalenz.

Die Übertragung von SBV auf Wiederkäuer erfolgt vermutlich durch blutsaugende Insekten (Gniten). Zur Ansteckung kommt es somit hauptsächlich saisonal in der Weideperiode, wenn die Mücken in hoher Dichte präsent sind.

Akute Infektionen können bei Rindern und kleinen Wiederkäuern zu Symptomen wie Milchrückgang, Fieber und Durchfall führen. Bei einer Infektion in der Trächtigkeit können neben Aborten und mumifizierten Feten, insbesondere Früh- oder Totgeburten, sowie schwere Mißbildungen auftreten.

Das LGL führt die molekulare Diagnostik in Form der PCR durch. Für den indirekten Nachweis können Blutproben auf die Präsenz spezifischer Antikörper mittels ELISA oder Neutralisationstest untersucht werden. Aussagen über den Zeitpunkt der Infektion oder ein akutes Krankheitsgeschehen können auf diese Weise allerdings nicht gemacht werden.

Tuberkulose

Die Tuberkulose (früher auch als Schwindsucht bekannt) ist eine seit langem bekannte, bakterielle Infektionskrankheit von Mensch und Tier. Hauptsächlich wird die Lunge befallen, es können aber auch andere Organsysteme betroffen sein. Durch konsequente Bekämpfung der Rindertuberkulose ist Deutschland seit 1997 offiziell anerkannt frei von Rindertuberkulose. Mit dieser Anerkennung wurde von der früher durchgeführten flächendeckenden Tuberkulinisierung der Rinderbestände auf eine Überwachung im Rahmen der Schlacht- tier- und Fleischuntersuchung am Schlachthof umgestiegen.

Auf Grund von vermehrten Feststellung von TBC bei Rindern aus dem Allgäu im Jahr 2012 und Erkenntnissen über das Vorkommen von TBC in der Rotwildpopulation wurde in Bayern ein Untersuchungsprogramm in den Landkreisen entlang der Alpenkette entwickelt und durchgeführt. Dabei wurden und werden umfangreiche Untersuchungen sowohl in der Rotwild- als auch in der Rinderpopulation durchgeführt.

Im Rahmen dieser Untersuchungen wurde in 33 Rinder haltenden Betrieben der Ausbruch

der TBC festgestellt. Der Schwerpunkt lag dabei im Allgäu, jedoch war auch ein Betrieb in Oberbayern im Landkreis Bad Tölz betroffen.

Auch beim Rotwild wurde man fündig. In den sogenannten „hot spots“ Rappenalptal (an der Grenze zum österreichischen Lechtal) und Karwendel konnten dabei die meisten Nachweise beim Rotwild geführt werden.

Die Entwicklung der Untersuchungsergebnisse machte es Mitte 2014 möglich, den Untersuchungsumfang im Rahmen dieses Untersuchungsprogrammes deutlich zu reduzieren.

Das LGL war an der Entwicklung des Untersuchungsprogrammes maßgeblich beteiligt und führte alle Laboruntersuchungen durch. Auch zahlreiche Vorträge bei Jägern, Landwirten und Tierärzten zählten neben Pressearbeit zu den Aufgaben des LGL.

Die Entwicklung der Ergebnisse sprechen trotz vieler kontrovers geführter Diskussionen für den Erfolg des Untersuchungsprogrammes bei der Bekämpfung dieser Zoonose.

Auch bei anderen Tierarten traten Seuchen auf, die zum Teil auch für den Menschen bedeut-

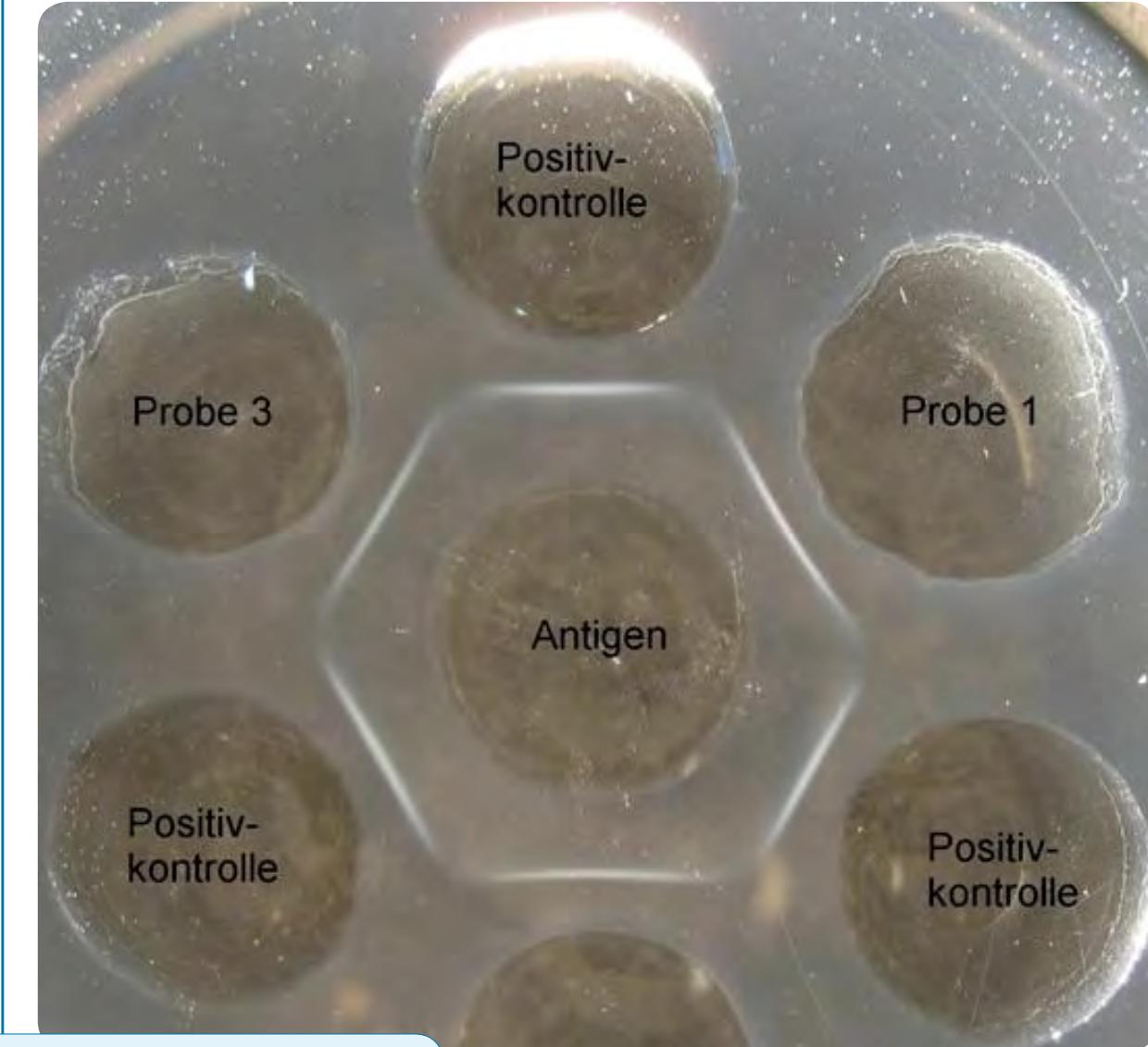
sam sind. Zunächst soll eine Seuche erwähnt werden, die bei Reitern Entsetzen auslöste.

Ansteckende Blutarmut der Einhufer (Equine infektiöse Anämie, EIA)

Die ansteckende Blutarmut der Einhufer ist eine systemische Viruserkrankung bei Pferdeartigen. Die Übertragung erfolgt in erster Linie durch große blutsaugende Insekten wie Pferdebremsen und Wadenstecher. Da das Virus in den Insekten nur kurze Zeit infektiös bleibt, kommt eine Verbreitung durch die Insekten über größere räumliche Distanzen hinweg nicht vor. Einmal infizierte Tiere bleiben lebenslang Virusträger und stellen potenzielle Infektionsquellen dar. Eine spezifische Therapie existiert nicht. Die Krankheit kann akut oder chronisch verlaufen, wobei die Krankheitszeichen häufig fehlen und die gesund erscheinenden Tiere, als Virusträger eine große Gefahr für die Weiterverbreitung der Erkrankung darstellen. Die akute Form äußert sich durch hohes Fieber, Apathie, Schwäche und punktförmige Blutungen auf den Schleimhäuten. Chronisch erkrankte Tiere leiden unter rezidivierenden Fieberschüben und entwickeln eine Blutarmut (Anämie), durch die virusbedingte Zerstörung der roten Blutkörperchen.

Die EIA ist weltweit verbreitet und kommt regional gehäuft in Amerika, Afrika, Asien, Australien und in osteuropäischen Ländern vor. Das Virus ist in Deutschland nicht heimisch, jedoch kann es immer wieder zu vereinzelten EIA-Ausbrüchen kommen. Im Jahr 2010 gab es 27 amtlich bestätigte Fälle in Deutschland. Die EIA wird nach der „Verordnung zum Schutz gegen die Ansteckende Blutarmut der Einhufer“ des Bundes bekämpft. In Bayern wurden 2010 insgesamt 19 Ausbrüche erfasst. Betroffen waren 18 Pferde und ein Esel. Im Rahmen der Ermittlungsuntersuchungen stellte sich heraus, dass alle bayerischen Fälle auf die illegale Einfuhr von Einhufern aus Rumänien zurückzuführen waren. Es hat sich kein hiesiges Tier bei einem der infizierten Equiden angesteckt.

Die Diagnose wird serologisch mittels ELISA-Test oder einem Agar-Gel-Immunodiffusions-Test, dem sog. Coggins-Test, am LGL durchgeführt. Reaktive Ergebnisse des etwas empfindlicheren ELISA-Tests müssen mit dem Coggins-Test bestätigt werden. Neben den Laboruntersuchungen bearbeitete das LGL viele Anfragen von Verbänden und besorgten Pferdehaltern im Zusammenhang mit den Ausbrüchen.



Der Coggins-Test zur Diagnostik der infektiösen Anämie der Einhufer

Tollwut

Der Erreger der klassischen, sogenannten terrestrischen Tollwut ist weltweit verbreitet. In Mitteleuropa waren Füchse die Hauptüberträger der Tollwut. Das Virus kann alle Säugetiere und den Menschen infizieren. Die Übertragung erfolgt durch den Speichel eines infizierten Tieres, in der Regel durch einen Biss. Von der Eintrittsstelle aus wandert das Virus an den Nervenbahnen entlang bis ins Gehirn, wo es sich vermehrt und eine Entzündung hervorruft. Die Krankheit äußert sich bei Mensch und Tier in Wesensveränderungen, Bewusstseinsstörungen und fortschreitenden Lähmungen. In der Regel endet die Tollwut tödlich. Es gibt keine wirksame Behandlung und eine sichere Diagnose ist erst nach dem Tod möglich.

Die Tollwutdiagnostik war von jeher eine unserer wichtigsten Aufgaben, da es sich bei der Tollwut um eine der gefährlichsten Zoonosen handelt.

In den meisten westlichen Ländern Europas ist die Tollwut durch umfassende Bekämpfungsmaßnahmen, insbesondere durch die orale Immunisierung der Füchse, getilgt worden. Der letzte in Bayern positiv getestete

Fuchs stammt aus dem Jahr 2001. Bayern ist deshalb mit Wirkung vom 28. September 2008 von der Weltorganisation für Tiergesundheit OIE (Office International des Epizooties) als „frei von terrestrischer Tollwut“ eingestuft worden. Als Hauprisikofaktor für die Wiedereinschleppung der Tollwut gilt derzeit, wie die letzten beiden Fälle in Bayern (2010 ein Hund aus Bosnien-Herzegowina, 2013 ein Hund aus Marokko) deutlich zeigen, der Import von Hunden aus Gegenden, in denen die Tollwut noch verbreitet ist (z. B. Osteuropa, Afrika und Asien). Zum Nachweis der anhaltenden Tollwutfreiheit in Bayerns Wildtierpopulation ist ein flächendeckendes Tollwut-Monitoring durch die Bundes-Verordnung zum Schutz gegen die Tollwut vorgeschrieben

Seit einiger Zeit ist eine weitere Form der Infektion mit einem Tollwuterreger vermehrt in das Bewusstsein der Öffentlichkeit getreten: die Fledermaustollwut. Epidemiologisch sind die terrestrische und die Fledermaustollwut nahezu vollständig getrennt. In Deutschland werden pro Jahr etwa zehn Fälle von Fledermaustollwut gezählt. Eine Übertragung von Fledermaustollwut auf andere Tiere tritt in Europa insgesamt eher selten auf. Grundsätzlich geht von der Fledermaustollwut jedoch die gleiche



Paul Mannhardt mit dem 1.000. Tollwutfall

Gefahr für Mensch und Tier aus wie von der Fuchstollwut. In Bayern wurde bisher nur einmal im Oktober 2012 bei einer Fransenfledermaus aus dem Landkreis Lichtenfels Tollwut nachgewiesen. Das LGL führt in Kooperation mit dem Landesamt für Umwelt und den Koordinationsstellen für den Fledermausschutz in Bayern seit 2011 ein kontinuierliches Tollwut-Monitoring bei Fledermäusen durch.

Geflügelpest/Vogelgrippe

Das Jahr 2005 stand ganz im Zeichen des Erregers H5N1. Dieser Subtyp des Influenza A-Virus ist einer der Erreger der Geflügelpest bei Tieren auch auf den Menschen übertragbar. Die Klassische Geflügelpest wird durch hochpathogene aStämme des Influenza A-Virus vom Subtyp H5 oder H7 hervorgerufen. Alle Geflügelarten, aber auch viele Ziervogelarten sind hochempfänglich für die Infektion. Wasservögel erkanken seltener und weniger schwer, scheiden aber dennoch das Virus aus und können so als Reservoir für die Ansteckung dienen. Die Krankheit verläuft mit schweren allgemeinen Krankheitszeichen. Bei Hühnern und Puten können innerhalb weniger Tage bis zu 100 % der Tiere erkranken und sterben. Die wirtschaft-

lichen Verluste sind entsprechend hoch. Kranke Tiere scheiden den Erreger massenhaft aus. Menschen können sich durch intensiven Kontakt mit infiziertem Geflügel anstecken. In Abhängigkeit vom jeweiligen Virusstamm können Infektionen beim Menschen auch tödlich verlaufen.

Die Geflügelpest ist eine wirtschaftlich besonders bedeutsame Tierseuche und Zoonose und ist deshalb anzeigepflichtig und wird nach der Geflügelpest-Verordnung bekämpft. Seit Ende 2003 grasiert die Geflügelpest in vielen Ländern Südostasiens. Dabei war das Virus bis 2004 bei Tieren auf wenige Länder Ost- und Südostasiens beschränkt, erreichte bis zum Jahresende 2005 dann aber auch die Türkei, die Ukraine und Südosteuropa. Auch beim Menschen breitete sich die Vogelgrippe weiter aus und erreichte mit ersten Erkrankungs- und Todesfällen 2005 die Türkei.

Die Ausbreitung der Geflügelpest von Asien nach Europa veranlasste die Bundesregierung, Anfang September 2005 eine Elverordnung zum Schutz vor der Geflügelpest zu erlassen. Die rechtlichen Vorgaben erforderten unter anderem ein Wildvogelmonitoring, eine stichprobenartige Untersuchung von Hausgeflügel,

das entgegen dem Aufstellungsgebot nicht in geschlossenen Ställen untergebracht werden konnte, und eine Untersuchung bei gehäuftem Auftreten von krankem oder verendetem Wildgeflügel.

Im Februar 2006 wurde erstmals der Influenza A Subtyp H5N1 diagnostisch eindeutig in Bayern nachgewiesen. In den folgenden Monaten kam es zu zahlreichen Nachweisen von H5N1 aus Wildvögeln in unterschiedlichen Regionen im gesamten Freistaat. .

Ende August 2007 war es dann soweit Nachweis der Geflügelpest in einem Hausgeflügelbestand. Betroffen war ein Entenmastbetrieb im Landkreis Erlangen-Höchstadt. Je ein Entenmastbetrieb in Schwandorf, Dingolfing und Rottal-Inn folgten. Die örtlichen Behörden leiteten unverzüglich die Tötung der Bestände ein und legten entsprechende Sperrgebiete fest. In diesem Zusammenhang hatte das LGL zwei Aufgabenbereiche zu bewältigen: Laboruntersuchungen und Vorbereitung der Tötungsaktionen unter Einhaltung tierschutzrechtlicher Forderungen.

Die Geflügelpest ist in Deutschland wieder getilgt, der letzte Fall bei Hausgeflügel wurde 2008 nachgewiesen.



*Einsatz der LGL-Spezialeinheit
in der Geflügelpestbekämpfung*

Die Ausbildung



Die Ausbildung Veterinärmedizinisch-technischer Assistenten (VMTA) in Oberschleißheim

Die Ausbildung Veterinärmedizinisch-technischer Assistenten (MTA-V) in Oberschleißheim

Alles begann am 22. Februar 1940, als im Reichsgesetzblatt die „Erste Verordnung über die Berufstätigkeit und die Ausbildung medizinisch-technischer Gehilfinnen und medizinisch-technischer Assistentinnen“ veröffentlicht wurde, ergänzt durch eine Bekanntmachung, die die VPA als einzigen Ausbildungsort in ganz Bayern bestimmte. Die Ausbildung an der Staatlichen Berufsfachschule für veterinärmedizinisch-technische Assistentinnen kurz: MTA-V Schule umfasste schon damals einen theoretischen und einen praktischen Teil.

Zu den Hauptfächern zählten neben Chemie und Physik, Anatomie, Physiologie, klinische Chemie, Parasitologie, Serologie und die Untersuchung von Lebensmitteln tierischer Herkunft. Nebenfächer waren Photographische Technik, Mikro- und Farbenphotographie, Zeichnen, Kurzschrift und Maschinenschreiben, das heute durch PC-Anwenderkenntnisse ersetzt wird. Jede technische Assistentin sollte imstande sein, wenigstens eine Skizze des im Mikroskop gesehenen Bildes entwerfen zu können.

Bedauerlicherweise machte die politische Situation um 1940 auch vor der damaligen MTA-Ausbildung nicht Halt. So war jüdisch-stämmigen medizinisch-technischen Assistenten das Arbeiten mit radioaktiver Strahlung und lebenden Krankheitserregern verboten, was damals einem Berufsverbot gleichkam. Für die Ausbildung wurde eine Gebühr von 10 Reichsmark erhoben. Von 1944 bis 1945 fungierte der damalige Amtsleiter Prof. Dr. Hugo Grau gleichzeitig auch als Schulleiter. Der erste Kurs für staatlich anerkannte veterinärmedizinisch-technische Assistentinnen an der VPA begann im April 1944 und dauerte bis März 1945. An diesem Kurs nahmen zwei Schülerinnen teil.

Nach der Kriegszeit wurde die Ausbildung 1963 unter der Schulleitung von Prof. Dr. Hans Schellner wieder aufgenommen, ihm folgte Prof. Dr. Beck. Die Ausbildung basierte auf dem 1958 entstandenen MTA-Gesetz mit der zugehörigen Ausbildungs- und Prüfungsverordnung aus dem Jahr 1960, die 1971 und 1993 novelliert wurde. Die aktuell gültige Ausbildungs- und Prüfungsverordnung stammt aus dem Jahr 1994.

Dr. Ernst Schmittdiel war der erste Schulleiter, der nach Gründung des LUA nicht gleichzeitig die Amtsleitung innehatte. Ihm folgten Dr. Wilhelm Grötsch, Dr. Barbara von Wangenheim und Dr. Reiner Faul, der die Schule bis heute leitet.

Seit 1963 wurden mehr als 600 veterinärmedizinisch-technische Assistentinnen und Assistenten in Oberschleißheim ausgebildet. Der Unterricht fand von 1963 bis 1978 im Gebäudeteil D des heutigen LGL, im Raum D-203 (heutiges Schreibzimmer), statt und später im großen Hörsaal im Erdgeschoss. Ab 1981 wurden praktische Übungen der Klinischen Chemie und Histologie in den Gebäudeteil A, Raum A-103, verlagert. Die Schülerpraktika finden ausschließlich in den Laboratorien der Schule bzw. des LGL statt. Aktuell durchlaufen die Schülerinnen und Schüler ca. 20 unterschiedliche praktische Ausbildungsbereiche, ergänzt durch vielfältigen theoretischen Unterricht in mehr als 25 Fächern, die sie auf den späteren Berufsalltag vorbereiten. Die Ausbildung endet mit einer schriftlichen, praktischen und mündlichen staatlichen Abschlussprüfung.

Die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt sind für VMTA immer noch recht gut, auch weil die Anforderungen sich mit der Zeit stets aktualisiert und gewandelt haben, von einer eher helfenden und unterstützenden Tätigkeit hin zu einem weitestgehend selbstständigen, eigenverantwortlichen Arbeitsbereich.

VMTAs wirken mit bei der Diagnostik von Krankheitserregern, der Qualitätsbeurteilung von Lebensmitteln und der Untersuchung unterschiedlichsten Probenmaterials von Mensch und Tier oder ganz allgemein auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes. MTV-A ist immer noch ein nachgefragter Beruf. Am 16. September 2014 begann ein neuer dreijähriger Lehrgang mit 20 Schülerinnen am LGL.



*Vier Generationen von Amtsleitern:
Ernst Schmittdiel, Georg Beck, Hugo Grau,
Hans Schellner, 1979 (v. l. n. r.)*

Die Leiter der Veterinärpolizeilichen Anstalt



Prof. Dr. med. vet. Wilhelm Ernst

Adolf Wilhelm Ernst wurde am 16. Mai 1879 in Augsburg geboren. Im Juli 1900 schloss er das Studium der Veterinärmedizin an der Tierärztlichen Hochschule in München ab. Bis 1902 war er als Assistent am Institut für Tierpathologie und Seuchenversuchsstation der tierärztlichen Hochschule in München tätig. Im Verlaufe des Jahres 1902 promovierte er an der veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Bern. Nach Ablauf seines Militärdienstes und Abschluss seiner Promotion kehrte er als Assistent an das Institut für Tierpathologie der tierärztlichen Hochschule in München zurück und arbeitete dort bis 1907 als Assistent weiter.

Von 1907 bis 1913 war er als städtischer Tierarzt bei der amtlichen Milchuntersuchungsstelle in München beschäftigt. Anschließend wurde er mit den tierärztlichen Geschäften und der Verwaltung der Arbeitsstätte des Innenministeriums für die Zwecke der Veterinärpolizei an der medizinischen Klinik der tierärztlichen Hochschule München betraut. Am 1. Juli 1913 wurde Ernst zum Bezirkstierarzt ernannt und arbeitete in dieser Funktion ein Jahr bei der Rindertuberkulose-Untersuchungsstelle des Bayerischen Innenministeriums. Schon 1909, als damit gerechnet werden konnte, dass zur Unterstützung der staatlichen Tierseuchenbekämpfung in Bayern eine eigene technisch-wissenschaftliche Anstalt für diagnostische Zwecke und Serumgewinnung geschaffen werden musste, wurde Ernst vom Innenministerium zu den Vorarbeiten für die Errichtung der Anstalt herangezogen. Im Auftrage des Staatsministeriums des Innern hat er 1910 und 1911 längere Reisen zur Besichtigung einschlägiger Anstalten zum Studium ihrer Arbeitsmethoden sowie zu seiner besonderen Unterrichtung in Fragen der Tierseuchenbekämpfung, besonders der

Serodiagnostik und Serotherapie unternommen. Mit der Fertigstellung der VPA erfolgte 1914 die Ernennung von Ernst zum Direktor der VPA. Gleich in den ersten Tagen des Ersten Weltkrieges wurde er zum Kriegsdienst eingezogen, da die VPA aber schon bald nach Kriegsausbruch vor allem mit der Organisation und Durchführung der serologischen Untersuchung auf Rotz für den gesamten Pferdebestand des bayerischen Heeres beauftragt war, wurde Ernst zurückberufen. So konnte er am 30. Januar 1915 seine Tätigkeit an der VPA wieder aufnehmen. Er blieb bis 1927 in dieser Funktion tätig. Ab 1927 übernahm er die ordentliche Professur für Hygiene an der tierärztlichen Fakultät in München. Gleichzeitig wurde Ernst die Vorstandschaft des tierhygienischen Institutes übertragen. Von 1936 bis 1941 war er zudem Prorektor der Universität. 1939 wurde Ernst als Oberstabsveterinär einberufen. Da die Untersuchungsstelle im Bereich des Standorts München lag, ging man davon aus, dass er seine sonstigen Tätigkeiten weiterhin erfüllen konnte. Am 15. November 1945 wurde Prof. Ernst auf Weisung der Militärregierung mit sofortiger Wirkung von seinem Dienst als Professor an der Tierärztlichen Fakultät der Universität München entbunden. Ab diesem Zeitpunkt bezog Ernst keinerlei Einkünfte mehr. Dagegen erhob

er 1946 Einspruch. Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus teilte ihm mit, dass sich eine Wiedereinstellung nach den Richtlinien über die Wiedereinstellung von im Spruchkammerverfahren entlasteter Beamter richtete. In einem Prüfungsverfahren der Spruchkammer München-Land wurde Ernst als Mitläufer eingestuft. Die finanzielle und gesundheitliche Situation von Ernst wurde immer schlimmer. 1948 richteten sowohl die Tierärztliche Fakultät als auch Ernst ein Gesuch um Wiedereinstellung und Versetzung in den Ruhestand an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Dem Antrag wurde nicht stattgegeben. Ernst wurden jedoch von Oktober 1948 an Versorgungsbezüge auf der Grundlage von 60 % des im Zeitpunkt der Entfernung verdienten Versorgungsanspruchs als ordentlicher Professor gewährt. Im August 1951, bat Prof. Ernst das Staatsministerium für Unterricht und Kultus darum, seine Versorgungsbezüge von 60 auf 80 % zu erhöhen. Mit dem Einverständnis des Staatsministeriums der Finanzen kam man dieser Bitte bis zu seinem Tod am 31. Dezember 1951 nach.



**Dr. med. vet.
Ludwig Drescher**

Am 23. August 1886 wurde Ludwig Drescher in Winnweiler in der Pfalz geboren. Er studierte Veterinärmedizin in München und Berlin, wo er 1909 approbierte. Danach war er in verschiedenen Städten tätig. Von 1911 bis 1913 war er als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter an der Abteilung für Tierhygiene des Kaiser-Wilhelm-Instituts in Bromberg angestellt. 1912 legte er erfolgreich die Prüfung für den tierärztlichen Staatsdienst ab und promovierte im darauf folgenden Jahr. Ab 1913 arbeitete er wieder als Tierarzt bzw. als Bezirkstierarzt. 1914 bis 1916 nahm er als Abteilungsveterinär am I. Weltkrieg teil. Anschließend bekam er an der VPA eine Anstellung als Assistent. Zwei Jahre später

wurde er zum Assessor und 1920 zum Bezirkstierarzt befördert, 1922 zum Veterinärrat. Ab Januar 1928 wurde er zum Direktor der VPA bestellt. Weil er sich 1933 öffentlich mit antinazistischen Äußerungen gegen die Regierung bekannt hatte, wurde Drescher im Jahre 1934 in ein Disziplinarverfahren verwickelt. Er wurde als Direktor der VPA entlassen und 1935 unter Beibehaltung seiner bisherigen Amtsbezeichnung und Diensteinkommen als Bezirkstierarzt in den Verwaltungsbezirk Lichtenfels versetzt. 1939 bis 1940 leistete er Kriegsdienst. Danach wurde er nach Rehau zur Wahrnehmung der amtstierärztlichen Dienstgeschäfte der Kreise Rehau und Hof/Saale beordert. Ende 1945 entnahm die amerikanische Militärregierung des Dienstes in Hof. Bis zur Wiederaufnahme seiner Dienstgeschäfte in Lichtenfels im Juni 1946 blieb Drescher vom Dienst entbunden. Eine Rückkehr an die VPA kam, wie aus einem Schreiben vom September 1947 hervorgeht, auch nach Kriegsende nicht in Frage. Als Gründe wurden vor allem genannt, dass Drescher seit 1934 weder wissenschaftlich noch bakteriologisch tätig war und an beiden Augen wegen Altersstar operiert worden war. 1948 teilte Drescher dem Innenministerium mit, dass er auf die Direktorenstelle an der VPA verzichtete. Ab 1948 war er als Kommissarischer Sachbearbeiter



Prof. Dr. med. vet. Alfred Beck

Alfred Beck wurde am 21. Juni 1889 in Richen bei Sinsheim geboren. Im Juli 1912 beendete er sein Studium der Veterinärmedizin an der Tierärztlichen Hochschule in Stuttgart. Nachdem er im Oktober des gleichen Jahres seine Promotion abgeschlossen hatte, erhielt er eine Anstellung als Assistent am Tierhygienischen Institut der Universität Freiburg im Breisgau, die er bis August 1914 ausübte. Während er von 1914 bis 1918, Kriegsdienst leistete, legte er im Dezember 1917 sein Examen als Tierzuchtinspektor ab. Für den badischen Staatsdienst qualifizierte er sich 1920. Von 1921 bis 1927 war er als Assistent am Tierseucheninstitut der Universität Leipzig beschäftigt. Während dieser Zeit legte er die Landwirtschaftliche Diplomprüfung ab, habilitierte im Jahr 1925 und arbeitete bis Oktober 1927 als Privatdozent

für polizeiliche Tiermedizin und Seuchenlehre an der Universität Leipzig. Nach seiner Zeit in Leipzig ging Beck nach Freiburg im Breisgau, um dort bis 1931 als Veterinärrat und Abteilungsleiter des Tierhygienischen Instituts der Universität zu arbeiten. Im Oktober 1931 wurde Beck zum außerordentlichen Professor für Anatomie und Physiologie der Haustiere und für Tierheilkunde an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim ernannt. Ein Grund, warum Beck von 1934 bis 1935 zum Rektor der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim befördert wurde, war seine Mitgliedschaft in der NSDAP seit Mai 1933. Nachdem die endgültige Besetzung der Direktorenstelle der VPA seit Anfang 1934 nicht geklärt war, legte das Reichs- und Preußische Ministerium des Innern dem Bayerischen Innenministerium nahe, über die Eignung Becks nachzudenken. Infolge dieser Aufforderung fragte das Bayerische Innenministerium am 29. Mai 1935 bei Prof. Beck an. Beck knüpfte daran die Bedingung, seinen Professorentitel weiter führen zu dürfen und eine ordentliche Honorarprofessur mit Lehrauftrag für Veterinärpolizei und angewandte Seuchenlehre zu erhalten. Mit Wirkung vom 1. Januar 1936 wurde Beck in die Stelle des Direktors eingewiesen und im April 1936 zum Honorarprofessor an der Tierärztlichen Fakultät der Ludwig

Maximilians Universität in München ernannt. Aufgrund seiner Zugehörigkeit zur NSDAP bzw. ihrer Gliederungen wurde Beck ab Mai 1945 aus dem Dienst entfernt und blieb bis August 1947 interniert. Im Mai 1949 bekam Beck eine Stelle als Veterinärreferent beim Regierungspräsidium Südwürttemberg-Hohenzollern, wurde anschließend beim Tierärztlichen Landesuntersuchungsamt Tübingen angestellt und schließlich ab Juli 1952 zum Leiter des Tierärztlichen Landesuntersuchungsamtes Tübingen ernannt. Er war für Planung und Einrichtung des neu erbauten Untersuchungsamtes in Aulendorf verantwortlich. Leiten konnte Beck das Institut nur noch kurzfristig. Er starb am 2. November 1957 in Stuttgart.



Prof. Dr. med. vet. Hugo Grau

Hugo Grau wurde am 15. April 1899 in Marktl am Inn geboren. Nach Ableistung seines Kriegsdienstes von 1917 bis 1919, studierte Grau von 1919 bis 1923 Veterinärmedizin in München und promovierte dort anschließend. Bis 1924 war er als Volontärassistent am Tierhygienischen Institut der Universität in München beschäftigt und ab 1924 als praktischer Tierarzt in Marktl am Inn tätig. 1929 nahm er die Tätigkeit des Prosektors am veterinärmedizinischen Institut der Universität Leipzig auf. Zwei Jahre lang erledigte er die Aufgabe des „Vorschneidens“ und der Vorbereitung von anatomischen Präparaten. Die Nachfolge Prof. Baums an der tierärztlichen Fakultät in Leipzig kam nicht zustande, da Grau den Nachweis seiner „arischen Abstammung“

nicht vorweisen konnte. Dem Ruf an die tierärztliche Fakultät in München konnte Grau ebenfalls aus diesem Grund nicht Folge leisten. Von 1935 bis 1938 nahm er eine Professur an der Landwirtschaftlich-Tierärztlichen Hochschule Karadj im Iran an und half während dieser Zeit im Iran beim Aufbau weiterer veterinärmedizinischer Institute. Weil seine Frau an Herzbeschwerden litt, wollte Grau nach Ablauf der drei Jahre, seinen Aufenthalt im Iran nicht verlängern, sondern nach Deutschland zurückkehren. Doch auch dabei stellte seine jüdische Herkunft ein großes Problem dar. Grau war gezwungen, indem er der dortigen Auslandsorganisation seine nicht arische Abstammung verschwieg, der NSDAP beizutreten. So konnte er 1939 wieder nach Deutschland zurückkehren. Hugo Grau überlebte die Zeit des nationalsozialistischen Regimes als ein als „Mischling“ eingestufter jüdischer Tierarzt vermutlich nur, weil er die Protektion des Reichstierärzeführers Weber genoss, der als überzeugter Nationalsozialist auch an Arbeitskräften nicht rein arischer Abstammung fest hielt, wenn diese ihm für die jeweiligen Posten gut geeignet schienen. Nach der Rückkehr aus Persien und nach dem Scheitern verschiedener Berufungsverhandlungen erhielt er 1939 die Leitung des Staatlichen Veterinäruntersuchungsamtes in Karlsbad. Diesem

100 Jahre VPA

Die Leiter

Amte gliederte er eine Abteilung ‚Tiergesundheitsdienst‘, vergleichbar mit den preußischen Tiergesundheitsämtern, an. Am 11. Mai 1945 musste er wegen des russischen Einmarsches aus Karlsbad flüchten. Er nahm Kontakt mit dem Innenministerium auf und bot sich für die Leitung der VPA an. 1945 wurde ihm mitgeteilt, dass er mit der einstweiligen Leitung der VPA beauftragt werde. Die Militärregierung stimmte Grau als Leiter der VPA von Anfang an zu. Jedoch musste er sich wegen seiner Parteizugehörigkeit vor der Spruchkammer verantworten, die ihn in die Gruppe der Mitläufer einstufte. Am 28. November 1948 wurde Prof. Dr. Grau zum Direktor der Anstalt ernannt. 1953 wurde Grau mit Entschließung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zum ordentlichen Professor für „Anatomie, Histologie und Entwicklungslehre“ und gleichzeitig zum Vorstand des Tieranatomischen Instituts ernannt: In den Jahren 1955 und 1956 war Grau Dekan der Tierärztlichen Fakultät in München und auch Mitglied des Senats der Universität München. Er schaffte es, aus dem bislang in Hütten und Baracken provisorisch eingerichteten tieranatomischen Institut eine weltweit angesehene Schule zu machen.

Bis zu seiner Emeritierung Ende Juli 1964 war Grau Professor für Anatomie, Histologie und Entwicklungsgeschichte an der Tierärztlichen Fakultät München. Mitte Mai 1965 erhielt er den Bayerischen Verdienstorden „für hervorragende Dienste um den Freistaat Bayern und das Bayerische Volk“. Diese Auszeichnung würdigte vor allem den „Wiederaufbau einer wirksamen Tierseuchenbekämpfung nach 1945“, aber auch seine Verdienste um die Wissenschaft. Am 27. Juni 1984 starb Prof. Grau in Weilheim in Oberbayern.

100 Jahre VPA

Die Leiter



**Prof. Dr. med. vet.
Hans Schellner**

Am 14. August 1899 wurde Hans Schellner in Berlin-Spandau geboren. Nachdem er 1917 sein Abitur bestanden hatte, nahm er bis zu seiner Verwundung 1918 am Ersten Weltkrieg teil. Im darauf folgenden Jahr begann er an der Tierärztlichen Hochschule in Berlin mit dem Studium der Veterinärmedizin und schloss dieses 1922 ab. 1922 promovierte er auch und fand seine erste Anstellung als Hilfstierarzt in der allgemeinen Tierseuchenbekämpfung und in der Bekämpfung der infektiösen Anämie der Pferde. 1923 trat er als Veterinäroffizier in die Reichswehr ein. Acht Jahre lang arbeitete er am Heeresveterinäruntersuchungsamt in Berlin in den Abteilungen Bakteriologie, Serologie, Pathologie und Lebensmittelhygiene. Im Jahr 1927 legte er die Prüfung für den tierärztlichen

Staatsdienst ab. Nach 1927 war er am Robert-Koch-Institut tätig und ab 1931 als Abteilungsleiter am Heeresveterinäruntersuchungsamt in Berlin. Im Rahmen dieser Tätigkeit widmete er sich speziellen mikrobiologischen und serologischen Aufgaben. 1931 bis 1939 konnte er dank Sonderabordnungen an intensiven Weiterbildungen im Rahmen der Bakteriologie, Serologie, Pathologie, Futtermitteluntersuchungen und Lebensmittelkonservierung teilnehmen. Während diesen Weiterbildungen habilitierte er sich 1937 an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Berlin. Als der Zweite Weltkrieg ausbrach, musste Schellner als Armeeveterinär Kriegsdienst ableisten. Nachdem er kurze Zeit als kommissarischer Amtstierarzt in Erding gearbeitet hatte, wurde er am 17. August 1945 an die VPA in Oberschleißheim versetzt, wo er neben den Abteilungen für Serologie und Impfstoffproduktion auch die stellvertretende Leitung der Anstalt übernahm. Die Berufung auf den Lehrstuhl für Hygiene in Berlin im Jahr 1947, lehnte er genauso ab wie den Ruf auf den Lehrstuhl für Tierärztliche Nahrungsmittelkunde in Gießen. Schellner war kein Mitglied der NSDAP und wehrte sich gegen eine entsprechende Einstufung. Das Bayerische Staatsministerium für Sonderaufgaben bestätigte dies. 1948 wurde Schellner zum Oberre-

gierungsveterinärrat und stellvertretenden Direktor der VPA ernannt. Als Prof. Dr. Hugo Grau, der bisherige Leiter der VPA, 1953 einem Ruf als Ordinarius für Anatomie und Histologie an der Tierärztlichen Fakultät München folgte, wurde Schellner zum Direktor der mittlerweile seit zwei Jahren umbenannten Bayerischen Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung ernannt. In dieser Funktion wirkte er bis zu seiner Ruhestandversetzung im August 1964. Im Dezember 1956 wurde er von der Tierärztlichen Fakultät der Ludwig Maximilians Universität München zum Honorarprofessor ernannt und ihm der Lehrauftrag für das Gebiet der Zoonosen übertragen. Nicht nur in seinem wissenschaftlichen Werdegang, sondern auch in den Arbeitsbereichen an der Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung, spiegelten sich seine umfangreichen und vielseitigen Arbeiten auf den verschiedensten Gebieten der Veterinärmedizin wider. In den 12 Jahren unter der Leitung von Prof. Schellner wurde die Landesanstalt erheblich nicht nur in Bezug auf fachliche Kompetenz sondern auch durch Bauten erweitert: Unter seiner Leitung wurde ein Labor für die Toxoplasmose-Diagnostik geschaffen, die Lebensmittelüberwachung ausgebaut, die Rindertuberkulose getilgt und ein Programm zur Bekämpfung der Brucellose bei Rind und Schaf

erarbeitet. Aufgrund dieser wichtigen und umfangreichen Arbeiten wurde die Bayerische Landesanstalt mit 13 Abteilungen und ca. 110 Belegschaftsmitgliedern zum größten Veterinäruntersuchungsinstitut der Deutschen Bundesrepublik (Stand 1959). Schellner verfasste über 50 wissenschaftliche Arbeiten und unzählige Referate. Außerdem wurden unter seiner Leitung 72 Dissertationen in Schleißheim angefertigt. Daneben war er beispielsweise seit 1945 im Prüfungsausschuss für den tierärztlichen Staatsdienst in Bayern tätig und seit 1953 Delegierter der Bayerischen Landestierärztekammer. Von 1957 bis 1967 war er Vorsitzender des Fachausschusses Veterinärmedizin der deutschen Forschungsgemeinschaft Bad Godesberg und wurde 1963 durch den Bundesminister der Verteidigung in den „Wissenschaftlichen Beirat für das Sanitäts- und Gesundheitswesen der Bundeswehr“ berufen, in dem er bis 1967 tätig war. Neben diesen Tätigkeiten war Prof. Schellner Mitarbeiter bei verschiedenen tierärztlichen Zeitschriften. Er war Ehrenmitglied der Bayerischen Tierärztekammer und ihm wurde 1975 das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen, um nur einige Ehrungen zu nennen. Am 1. Dezember 1980 verstarb Prof. Dr. Hans Schellner im Alter von 81 Jahren.

Der Leiter der bayerischen Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung



Prof. Dr. med. vet. Georg Beck

Georg Beck wurde am 4. Juni 1912 in Witzhofen bei Amberg geboren. 1933 begann er mit dem Studium der Veterinärmedizin an der Tierärztlichen Fakultät der Universität München. Nach seiner Approbation 1938 begann Beck an der VPA als Praktikant in der bakteriologischen Fleischuntersuchung. Ab Januar 1939 arbeitete er als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter an der neu errichteten Veterinäruntersuchungsanstalt in Nürnberg. Im April 1939 promovierte er an

der Chirurgischen Tierklinik. Von Dezember 1939 bis zum Kriegsende leistete Beck Heeresdienst. 1940 legte er die Prüfung für den tierärztlichen Staatsdienst in Bayern ab. Zum Regierungsveterinärrat im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit wurde er im November 1941 ernannt. Wann Beck in amerikanische Kriegsgefangenschaft geriet, geht aus den Unterlagen nicht hervor. Fest steht jedoch, dass er erst 1947 entlassen wurde und anschließend als

praktischer Tierarzt arbeitete. Schon im Jahr 1948 konnte er seine Arbeit an der Veterinäruntersuchungsanstalt in Nürnberg wieder aufnehmen. In seiner Funktion als kommissarischer Leiter widmete er sich ganz der Modernisierung und Erweiterung dieser für den nordbayerischen Raum zuständigen Veterinäruntersuchungsanstalt und bemühte sich, die heimischen Rinderbestände von Tuberkulose und Brucellose gezielt zu sanieren. 1948 wurde er Mitglied des wissenschaftlichen Beirates im Verband Großstädtischer Milchversorgungsbetriebe. Am 1. August 1950 wurde Beck zum Oberregierungsveterinärrat und zum Direktor der Veterinäruntersuchungsanstalt in Nürnberg ernannt. Zwölf Jahre später wurde er zum Regierungsveterinärdirektor befördert. Im Februar 1964 berief ihn das Bundesministerium für Gesundheitswesen in den Ausschuss für Milchhygiene und zwei Monate später in die Kommission für die Gesamtreform des Lebensmittelrechts. Als Direktor Schellner in den Ruhestand eintrat, wurde Beck ab dem 1. Januar 1965 zu dessen Nachfolger ernannt. Als Leiter der Bayerischen Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung in Schleißheim lag ihm der „Ausbau der Qualitätsbewertung“ und die gesundheitliche „Überwachung der von Tieren stammenden Lebensmittel“ sehr

am Herzen. Zusammen mit den zuständigen Behörden führte er „die Aus- und Fortbildung der in der Lebensmittelüberwachung Bayerns tätigen Tierärzte und Überwachungsbeamten“ durch. Besonderes Augenmerk in Bezug auf die der Landesanstalt übertragenen Aufgaben, legte Beck auf die Ermittlung von Zoonosen wie z. B. Tollwut, Toxoplasmose, Salmonellose und Leptospirose. Ab Januar 1970 trug Beck die Bezeichnung des Oberveterinärdirektors, die ab 1975 in „Leitender Veterinärdirektor“ geändert wurde. 1972 wurde er zum Honorarprofessor an der Universität München und zwei Jahre später Leiter des Fachbereichs Veterinärwesen beim Landesuntersuchungsamt für das Gesundheitswesen Südbayern. 1976 wurde er unter anderem Leiter des Arbeitsgebietes Lebensmittelhygiene der Deutschen Veterinärmedizinischen Gesellschaft. 1977 trat er in den Ruhestand. Beck starb am 14. Juli 1993, kurz nach Vollendung seines 81. Lebensjahres.

Die Präsidenten des Landesuntersuchungsamtes Südbayern



Professor Dr. Dr. h.c. Erich Coduro

1974 übernahm Prof. Coduro zusammen mit dem Juristen Oberregierungsrat Peter Bentheues in Südbayern die Aufgabe, die einzelnen Fachdisziplinen zusammenzuführen und die neue Behörde aufzubauen. Prof. Coduro war Leiter der Chemischen Untersuchungsanstalt München und Ministerialrat im Bayer. Innenministerium. Prof. Dr. Erich Coduro, wurde 1925 in München geboren. Er studierte hier an der Ludwig-Maximilians-Universität Lebensmittelchemie. 1968 wurde er zum Leiter der Chemischen Untersuchungsanstalt berufen und war ab 1969

gleichzeitig als Ministerialrat in der Gesundheitsabteilung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern tätig. Als 1. Präsident oblag ihm im Wesentlichen die Zusammenführung der Fachdisziplinen Chemie, Medizin und Veterinärmedizin und der Aufbau einer einheitlichen Verwaltungsorganisation. Gleichzeitig begannen die Planungen für eine räumliche Zentralisierung durch den Neubau der Labor- und Verwaltungsgebäude in Oberschleißheim in zwei Bauabschnitten. Auch nach außen galt es, die Bedeutung der Zusammenführung der drei Disziplinen sichtbar zu machen. Der Bayer. Innenminister Dr. Bruno Merk nannte die Zusammenfassung der ehemals selbständigen Ämter zu einer Behördeneinheit eine „Pionierat Bayerns“ auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes. Prof. Coduro genoss durch seine hohe fachliche Kompetenz auch nach außen großes Ansehen. So war er u.a. Honorarprofessor an der Technischen Universität München und dort Vorsitzender des Prüfungsausschusses, er war Mitglied der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Mitglied und später jahrelang

Präsident der hochangesehenen Lebensmittelbuchkommission der Bundesregierung, Beauftragter der FAO zur Reform der Lebensmittelüberwachung in der damaligen Tschechoslowakei. Bei vielen Fachzeitschriften, z.B. der ZLR - Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht hat Coduro als Redaktionsmitglied und Autor namhafter Beiträge mitgewirkt. Ausgezeichnet wurde er von der Universität Budapest mit dem Ehrendoktor und vom Bundespräsidenten mit dem Großen Bundesverdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Befragt nach seiner besonderen Erkenntnis aus der Zeit der Pionierarbeit im Aufbau einer modernen Lebensmittelüberwachung sagt Prof. Dr. Coduro: „Mir hat besonders imponiert, dass der Fachbereich Veterinärmedizin von Anfang an zu einer auch personellen Zusammenarbeit bereit war und den Zusammenschluss aktiv unterstützt hat“.

Im Jahr 1990 trat Dr. Coduro in den Ruhestand, aber auch danach war er noch viele Jahre im Bereich der Lebensmittelchemie in vielen Gremien und als Autor tätig.

Dr. med. vet. Sigurd Henner

Zum Nachfolger von Prof Dr. Coduro wurde 1990 der Veterinärmediziner und leitende Veterinärdirektor Dr. Sigurd Henner berufen. 1933 in Hainichen geboren studierte Henner Tiermedizin in München und kam nach einigen praktischen Tätigkeiten als Fachtierarzt für Mikrobiologie 1966 zur Bayer. Landesanstalt für Tierseuchenbekämpfung in Oberschleißheim.

Seine wichtigsten Erfolge waren die Fortsetzung der interdisziplinären Zusammenarbeit und die Anpassung der Labortätigkeiten an den technischen Fortschritt, einschließlich des Aufbaus der EDV-gestützten Untersuchungsmethoden. So wurde unter seiner Leitung im Fachbereich Chemie eine neue Abteilung eingerichtet



mit den Aufgabenfeldern Qualitätssicherung, Massenspektrometrie, Elementaranalyse und Gebrauchsgegenstände, in der Medizin eine neues Sachgebiet Umwelthygiene, allgemeine Hygiene sowie Wasser- und Arzneimittelmikrobiologie. Schwerpunktuntersuchungen im Bereich der Lebensmitteluntersuchungen bezogen sich u.a. auf Dioxinbelastungen von Lebensmitteln. In seine Zeit fiel auch ein in Bayern weitausgebreiteter Seuchenzug der Schweinepest, der zu einem enormen Anstieg der zu bewältigenden Untersuchungen und Beratungsaufträgen der Entscheidungsträger in Ministerien, Regierungen, Landratsämtern und Verbänden führte.

Große Beachtung in der Öffentlichkeit fanden zwei „Tage der Offenen Tür“ in Oberschleißheim, zu denen jeweils über 3.000 Besucher kamen.

Auch außerhalb des Landesuntersuchungsamtes genoss Dr. Henner dank seines großen Fachwissens hohe Anerkennung. So war er in zahlreichen Ausschüssen des damaligen Bundesgesundheitsamtes in Berlin tätig und jahrelang Mitglied im Ausschuss der Bayer. Tierseuchenkasse der Bayer. Versicherungskammer

und Delegierter der Bayer. Landestierärztekammer sowie Mitglied des Prüfungsausschusses zur Prüfung für den tierärztlichen Staatsdienst und im Prüfungsausschuss bei der Bayer. Landestierärztekammer für die Fachtierarztkennung sowie Lehrer und Prüfer an der Fachschule für veterinärmedizinisch-technische Assistentinnen und Assistenten. Auch war Dr. Henner Qualitätsprüfer bei der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft.

Am 1. Januar 1997 trat Dr. Henner in den Ruhestand.



Dr. Dr. Peter Moritz

Nachfolger von Dr. Henner wurde 1997 der leitende Ministerialrat im Bayer. Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien, Frauen und Gesundheit Dr. Dr. Peter Moritz. 1936 in Kiel geboren studierte Moritz in Heidelberg Chemie und Medizin, in beiden Fächern promovierte er auch. Nach seinem Studium war er bis 1976 wissenschaftlicher Assistent an der Ludwig-Maximilians- Universität in München. Nach beruflichen Stationen u.a. als Leiter des Staatlichen Gesundheitsamtes in Bald Tölz und Referatsleiter bei der Regierung von Oberbayern wurde er im Bayer. Staatsministerium des Innern, später im Bayer. Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung,

Familien, Frauen und Gesundheit Referatsleiter und stellvertretender Leiter der Gesundheitsabteilung. In seine Dienstzeit fallen neben der Anpassung der Untersuchungsmethoden in den einzelnen Bereichen einschließlich der zeitgerechten EDV-Unterstützung die personellen und organisatorischen Vorbereitungen für einen Zusammenschluss der Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen Süd- und Nordbayern zum Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit für ganz Bayern, das 2002 vollzogen wurde.

Am 1. Mai 2001 trat Dr. Dr. Moritz in den Ruhestand.

Der erste Präsident des LGL



Prof. Dr. med. Volker Hingst

Prof. Dr. med. Volker Hingst wurde am 5. Mai 1948 in Kiel geboren. Hier studierte er auch Humanmedizin. Seine Promotion brachte er 1979 an der Universität Hamburg zum Abschluss. Von 1977 bis 1981 war er als wissenschaftlicher Angestellter in der Abteilung Hygiene und Mikrobiologie bzw. Hygiene, Sozialhygiene und Gesundheitswesen der Universität Kiel tätig, von 1981 bis 1992 in der Abteilung Allgemeine Hygiene und Umwelthygiene bzw. Hygiene und Medizinische Mikrobiologie der Universität Heidelberg.

Hier erwarb er 1983 die Anerkennung als Facharzt für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie und als Facharzt für Hygiene und Umweltmedizin. 1985 habilitierte er in Hygiene und Medizinische Mikrobiologie an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, wo er 1985 auch zum Privatdozenten und 1987 zum Universitätsprofessor ernannt und zum Leitenden Oberarzt und stellvertretenden Leiter der Abteilung Hygiene und Medizinische Mikrobiologie am Hygieneinstitut der Universität Heidelberg bestellt wurde. Von 1992 bis 2002 leitete er das Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg. Er blieb außerplanmäßiger Professor an der Universität Heidelberg. Am 1. Oktober 2002 wurde Prof. Hingst an das Bayer. Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit versetzt und gleichzeitig zum Präsidenten des Amtes ernannt, das er aufbaute und leitete, bis er am 1. August 2008 in Ruhestand trat. Er ist Träger des Schülke-Preises, des Wallhäußer-Preises, der Ehrenmedaille der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene und der Johann-Peter-Frank-Medaille des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes.

Ausblick

Ausblick

Wie die Entwicklung von der Veterinärpolizeilichen Anstalt über das LUA zum LGL zeigt, waren Tiergesundheit und Verbraucherschutz auch in der Vergangenheit sehr wichtige Aufgabenbereiche. Es gilt, immer weiter Schritt zu halten mit der aktuellen Entwicklung, weil einerseits besiegt Geglaubtes wieder auftauchen kann, wie das Beispiel Tuberkulose zeigt, und andererseits auch Neues auftritt, wie das Schmallenberg-Virus bei den Tieren oder SARS und MERS beim Menschen verdeutlichen. Durch die Globalisierung und den Klimawandel ist jederzeit mit dem Auftreten neuer Tierkrankheiten zu rechnen. Veterinäre stehen also vor der ständigen Herausforderung, eine möglichst schnelle, sensitive und spezifische Diagnostik alter und neuer Krankheitserreger beim Tier sicherzustellen. Die Durchführung und Weiterentwicklung von Diagnostik und Labormethoden in staatlicher Hand ist auch in Zukunft notwendig.

Daneben ist bei der Bekämpfung von Tierseuchen die Begrenzung wirtschaftlicher Schäden mit der immer stärker werdenden Forderung nach Tierschutz in der Gesellschaft in Einklang zu bringen und bestehende Standards wie „Keulung statt Impfung“ müssen kritisch hinterfragt werden. Tierschutz ist ein zunehmend wichtiges gesamtgesellschaftliches Thema und deshalb wird immer mehr Augenmerk auf die Prävention gelegt werden. Auch das neue Tiergesundheitsgesetz baut neben bewährten Maßnahmen zur Bekämpfung von Tierseuchen verstärkt auf Vorbeugung.

Die klassische Übertragung von tierischen Krankheitserregern über Lebensmittel wird durch neue Trends und Themen erweitert. Gesellschaftliche Erwartungen und moderner Lebensstil spiegeln sich in der Haltung zu gentechnisch veränderten Organismen, Novel Food, Nahrungsergänzungsmitteln oder Verzehr von Insekten wider.

Ausblick

„Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft“

Wilhelm von Humboldt, 1767-1835.

Auch eine erweiterte Sicht auf Erreger über Feintypisierung und Resistenzgene schafft neue Aufgabenbereiche.

Im Gegensatz zur Vergangenheit haben heute integrierte Untersuchungseinrichtungen neben der Diagnostik eine umfassende Risikobewertung, Risikomanagement und Risikokommunikation sicherzustellen.

Die Anforderungen und Erwartungen werden in Zukunft nur durch eine intensive Zusammenarbeit aller Verwaltungsebenen, über ein Netzwerk der Untersuchungseinrichtungen und enge Kooperation mit Universitäten, anderen wissenschaftlichen Einrichtungen und Institutionen erfüllt werden können.

LGL - Wir sind dabei.

Danksagung

An dieser Festschrift haben viele Personen mitgewirkt.

Neben der grundlegenden Dissertation von

Dr. Katharina Rosalinde Daniela Laubenbacher-Freudenstein
haben sich zahlreiche Autorinnen und Autoren
im Rahmen der AG-Historie im LGL daran beteiligt:

Vizepräsident Dr. Dr. Markus Schick,

Redaktionsleitung

Dr. Hermann Gerbermann, Leitung AG Historie
und in alphabetischer Reihenfolge:

Peter Bentheus,

Dr. Karin Deischl,

Anna Maria Denk,

Dr. Michael Erber,

Dr. Reiner Faul,

Dr. Friederike Forster,

Dr. Martina Heinisch,

Dr. Peter Kämpf,

Dr. Michaela Knoll-Sauer,

Dr. Hans-Peter Schellner sowie

Pressesprecherin Claudia Schuller.



www.lgl.bayern.de